DAS GLÜCK BRAUCHT EIN ZUHAUSE

Sanierungskritik: „Seit Beginn der siebziger Jahre läßt sich jedoch nicht länger übersehen, daß nicht asoziale Randgruppen den öffentlichen Frieden stören, sondern – genau umgekehrt – jene als Therapie dagegen hingestellten gigantischen „Sanierungen" unserer Städte. Zahllose Bürgerinitiativen haben seither aufgedeckt, in welchem Ausmaß viele Bürger durch die Exmittierung aus angestammter Wohnwelt in die Kälte von Neubausiedlungen erkrankt sind. Die Vertreibung bedeutet für viele, daß „die beiden Pfeiler des reifen Ich, nämlich die Identität mit der eigenen Lebensgeschichte und die Kommunikation mit der anderen .. weitgehend zerstört werden (Alfred Lorenzer)."

(H.E. Bahr, 1977)

ABRISS WOHNUNGSNOT MIETERSELBSTHILFE

IN BERLIN WEDDING

HERAUSGEGEBEN VON:
DER EVANGELISCHEN VERSÖHNUNGSGEMEINDE UND DER BERLINER MIETER-GEMEINSCHAFT E.V.

EIN BUCH ZUR GLEICHNAMIGEN AUSSTELLUNG VON: MARTIN DÜSPOHL
GÖTZ KREIKEMEIER
THOMAS NÖTZOLD
ALBERT REINHARDT

MEDITATION
GRAFIK DESIGN
MULTI MEDIA
ENVIRONMENT
KOMMUNIKATION

EIN BUCH
ZUR GLEICHNAMIGEN
AUSSTELLUNG

VON: MARTIN DÜSPOHL
GÖTZ KREIKEMEIER
ALBERT REINHARDT
THOMAS NÖTZOLD

FOTOS:

Die Fotos zur historischen Wohnungsnot im Wedding entstanden zwischen 19o2 und 192o im Auftrag des Vorstandes der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker. Außerdem enthält Teil 1 Fotos aus der "Arbeiter-Illustrierten-Zeitung", der "Roten Fahne", aus dem Heft "Die Kinderhölle in Berlin", den Bänden "Berlin und seine Bauten" und aus den Veröffentlichungen des Bez.-Amtes Wedding (vgl. Literaturliste).

Den Abriß in Wedding hat Götz Kreikemeier fotografiert (bis auf zwei Fotos von H.W. Linders). Die Karikatur stammt aus Bez.-Amt Wedding, 1961.

Der dritte Teil der Ausstellung"Instandbesetzung als Mittel zur Selbsthilfe am Beispiel der Prinzenallee 58" wurde von Wolfgang Dargel,Reiner Herzog und Albert Reinhardt im Frühjahr 1982 fotografisch und textlich neu bearbeitet.

HERAUSGEGEBEN VON
DEP EVANGELISCHEN
VERSÖHNUNGSGEMEINDE
UND
DER BERLINER MIETER
GEMEINSCHAFT E.V.
REDAKTION: MARTIN DÜSPOHL,
MANFRED FISCHER, GERHARD
HESS, RAINER JUST,
ALBEPT REINHARDT
GESTALTUNG UND KOORDINATION: RAINER JUST
TECHNISCHE BEARBEITUNG UND DRUCK:
NEUE FORM BERNAUER 111

© BERLIN 1982

1. AUFLAGE 1982 32oo EXEMPLARE

PREIS: 9.8o DM

Mit dem nebenstehenden Zitat von Dr. Dieter Hoffmann Axthelm hat uns Günther Kühne von der "Bauwelt" gegrüßt und ermutigt, als wir 1979 den Versuch unternahmen, das Gebäude der alten Schrippenkirche zu retten. Der Versuch ist gescheitert, die Aufgabe, die mit den Stichworten "historisches Bewußtsein" und "neue Ebene(n) des Verkehrs unter Menschen" angedeutet wird, ist eher größer geworden. Heute, 1982, da die Schrippenkirche ein 1oo-jähriges Jubiläum feiern muß, sind wir fast ohne Orte der Erinnerung am Wedding. Besonders aber für die Kirche und die Gemeinden wird damit die Aufgabe gestellt, ein Gedächtnis zu bewahren gegenüber dem, was an Not und Hilfe den Wedding geprägt hat und zu dokumentieren, was um uns herum geschah und noch geschieht. Gemeinde muß dabei nicht zunächst von sich reden; da sie verstrickt ist in das örtliche Geschehen, die Gottesdienstbesucher ja auch die Bewohner dieses Bezirks sind, beschreibt sie mit der Wohnwelt und was darin geschieht oder unterbleibt auch sich selbst. Unser "besonderer" Beitrag liegt also nicht in der Auswahl des Themas (etwa "Die Ev. Kirche und..."), sondern im Blickwinkel der Betrachtung. Aus der Nähe Jesu zu den Armen folgt die Sicht "von unten" her. Damit aber "Sicht von unten" nicht zur Froschperspektive wird, braucht sie eine entsprechende Weite und Verbindung zu anderen Betrachtungsweisen "von unten".

Unser Beitrag zum Jubiläum der Schrippenkirche betont deshalb den Kontext. Einmal den Kontext der Arbeit der alten "Schrippenkirche" mit den Wohnungs- und Arbeitslosen. Wir empfehlen dazu den Katalog zur Ausstellung "Wohnsitz - Nirgendwo" herausgegeben vom Künstlerhaus Bethanien (Christian Chruxin, Karin Kerner, Klaus Trappmann).

Zum anderen den Kontext des verlorenen Baudenkmals "Schrippenkirche". Dazu legen wir zusammen mit der Berliner Mietergemeinschaft e.V. dieses Buch "Abriß, Wohnungsnot, Mieterselbsthilfe" vor. (Außerdem steht die dokumentierte Ausstellung "Das Glück braucht ein zu Hause" zur Verfügung). Es erinnert in seinem 1. Teil an "Wohnungsnot damals" und "Selbsthilfe damals", der 2. Teil hält den "Abriß im Wedding ...1891... und seit 196o" fest, im 3. Teil beschreiben die Betroffenen den Vorgang "Instandbesetzung als Mittel zur Selbsthilfe am Beispiel der Prinzenallee 58".

Zu diesem Ausstellungsteil des Buches gibt Martin Düspohl (Seite 4) eine Einführung. Der Textteil bietet als grundsätzliche Stellungnahme zum Thema von Seiten unserer ev. Kirche (Seite 113) den Brief Bischof Dr. Martin Kruses vom Oktober 1981. Er hat eine heftige Auseinandersetzung ausgelöst. Als wesentlichen Beitrag von der fachwissenschaftlichen Seite sind die Ergebnisse eines Forschungsprojekts des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIfU) mit dem Titel "Wirkungsanalyse von Sanierungsmaßnahmen - Gebietsstruktur und soziale Lage" (Seite 116) abgedruckt. Wir danken Günther Kühne für die Erlaubnis, den zusammenfassenden Bericht "Sanierung in Berlin zwischen Wahlkampf und Routine", den Heidede Becker, Michael Lehmbrock und Jochen Schulz z.Wiesch in der Stadtbauwelt veröffentlicht haben, zu verwenden.

Zur Mietersituation speziell auch bei uns im Wedding hat Gerhard Hess von der Berliner Mietergemeinschaft e.V. einen Beitrag "Jeder Mensch braucht eine gute Wohnung - sie darf nicht vom Geldbeutel abhängen!" verfaßt (Seite 125).

„Historisches Bewußtsein hängt wesentlich an Orten. Wo es nur noch an Jahreszahlen hängt, ist es abstrakt und ohne Nutzen. Die Geschichte eines Viertels gehört zur Vollständigkeit des Lebens im Viertel, vor allem dann, wenn es ausnahmsweise eine ist, deren man sich nicht zu schämen braucht. Aber darin erschöpft sich der Fall nicht. Die Räume der alten Arbeiteröffentlichkeit werden auch heute gebraucht. Die private Öffentlichkeit des Fernsehens oder des unaufhaltsam auf uns zukommenden Kabel-Videos werden nicht das letzte Wort bleiben. Viele kleine Teilzentren, viele informelle Foren werden gebraucht, um zwischen sprachloser Fernsehpolitik und der erdrückenden psychischen Misere der Kleinfamilie in ihren vier Sozialen-Wohnungsbau-Wänden eine neue Ebene des Verkehrs unter Menschen zu entwickeln."
(Dr. Dieter Hoffmann Axthelm)

Daran anschließend geht es um "Rat und Hilfe für Weddinger Mieter, Informationen und Kontakte zum Aktivwerden". Sie finden "Adressen von Mieterorganisationen und - Initiativen" Seite 128). Eine Literaturliste (Seite 129) schließt das Buch ab.

Wir danken allen, die dazu mitgeholfen haben, daß durch die Zusammenarbeit so vieler und so unterschiedlicher Menschen dieses Buch erscheinen konnte. Wir hoffen, daß die Leser darin Pfade aus der Vereinzelung finden.

Manfred Fischer

"Wer heute zu uns in den Wedding kommt, erlebt eine neue Wirklichkeit", heißt es in einer Broschüre des Bezirksamtes. Das kann man wohl sagen: Der Berliner Bezirk Wedding, Europas größtes innerstädtisches Sanierungsgebiet, macht mancherorts den Eindruck, als habe der letzte Bombenangriff erst vor wenigen Tagen stattgefunden: Sanierungswüsten, Trümmergrundstükke, verlassene und verkommene Mietskasernen fallen besonders in der Gegend um den Gesunbrunnen stärker ins Auge als die in den letzten Jahren aus den Boden gestampften und in offiziellen Broschüren vorgelegten Neubaublocks. Einer von uns hat Abriß und Sanierung, wie sie sich vor unserer Haustür abspielte, drei Jahre lang mit der Kamera beobachtet (1978-1981). Seine Bilder dokumentieren die Veränderungen: Einzelhandelsgeschäfte schließen, Mietshäuser leeren sich, verfallen und kommen schließlich - oft erst nach Jahre - unter die Abrißbirne.

Einige meiner Photos haben wir im Sommer 1981 in der alten Markthalle an der Badstraße ausgestellt. Ursprünglich wollten wir historische Ansichten von Weddinger Straßen und Häusern hinzufügen und mit der Gegenüberstellung zeigen, daß der "Kiez von früher doch besser war", wie es uns ältere Nachbarn erzählt hatten. Doch weit gefehlt: Die alten Bilder von Weddinger Wohnungen aus der Zeit um den ersten Weltkrieg, die wir zufällig ausfindig machten, veranschaulichten uns mit großer Eindringlichkeit, welches Elend damals in den Häusern herrschte, die jetzt abgerissen werden. Diesen Wohnverhältnissen nachzutrauern, erschien uns völlig falsch. Aber was meinten die alten Nachbarn, wenn sie manchmal recht überschwenglich aus den 2oer Jahren erzählten? Die historischen Photographien entstanden im Auftrag der Ortskrankenkasse mit dem Ziel, die Öffentlichkeit auf die unmenschlichen Wohnbedingungen als Hauptursache vieler Krankheiten aufmerksam zu machen. Sind diese Bilder vielleicht nicht repräsentativ? Ausstellungsbesucher, die die Zeit noch aus eigener Anschauung miterlebt haben, waren sich uneins: Die einen bemängelten "unzulässige Übertreibung", die anderen bestätigten: Ja, so ist es gewesen. Manchmal gab es richtigen Streit.

Wahrscheinlich vermissen die älteren Bewohner heute etwas anderes: den Zusammenhalt unter Nachbarn, die Vertrautheit in den umliegenden Straßen, die vielfältigen Formen von Arbeiterkultur, die noch vor 5o Jahren das Leben im Wedding bestimmten. Wenn das Bezirksamt heute zurecht darauf verweist, daß sich der "Lebensstandard erheblich verbessert hat, dann vergißt es die Erwähnung der Sanierungsfolgen. Und das sind nicht nur höhere Mieten, nicht nur anonyme Neubauwohnungen, es ist besonders der Verlust gewachsener Lebenszusammenhänge, und mehr noch: die Auslöschung der Erinnerung daran. Wenn Straßen und Häuser verschwinden, an die sich Erinnerungen knüpften, dann versagt auch das Gedächtnis. Der uniforme soziale Wohnungsbau überdeckt die Spuren der Geschichte, z.B. in der Kösliner Str., in der Ackerstraße, demnächst am Nettelbeckplatz....

Sicherlich, viele wollen heute gar nicht mehr an "früher" erinnert werden, richtig ist aber auch, daß wenige das Vergessen aktiv herbeiführen, wenn sie ein weitgehend traditionsloses Stadtbild schaffen und nur einige wenige - romantische Traditionen pflegen, so bei der Rekonstruktion der alten Pankemühle und des Luisenhauses.

Mit unserer Ausstellung wollten wir einerseits der Zerstörung des Gedächtnisses entgegenwirken, andererseits Orte aufzeigen, wo die schon fast verlorene Gemeinschaftlichkeit erfolgreich verteidigt wird und wo Perspektiven für Formen gemeinschaftlichen Zusammenlebens entwikkelt werden. Ein Beispiel dafür ist die Instand-Besetzung des Hauses Prinzenallee 58, wo einer von uns seit längerer Zeit wohnt.

Der Titel, den wir der Ausstellung und dem Buch schließlich gaben, gilt heute wie damals. Während uns aber die mit diesem Slogan werbende Bausparkasse glauben machen will, solches Glück sei in Eigenheimen von jedem zu erwerben, deckten zuletzt die Instand-Besetzer auf, daß die Ursachen "fehlendes Wohnungsglück" jetzt genau wie früher in der Spekulation mit Wohnraum und in verfehlter öffentlicher Wohnungspolitik zu suchen sind, und daß "Bausparen" dagegen kaum ein allgemeines Mittel sein kann.

Die Weddinger Geschichte ist erst völlig unzureichend erforscht, aufgeschrieben und dargestellt. Im Stadtbild verschwindet sie mehr und mehr und das bescheidene Heimatarchiv des Bezirks wird sie nicht festhalten können. Wirklich lebendig wird die Geschichte des Wedding auch noch nicht mit Photos und Texten, wie wir sie in diesem Buch vorstellen, lebendig wird sie erst durch die Erzählungen der alten Weddinger, sie sind die Experten ihrer Geschichte.

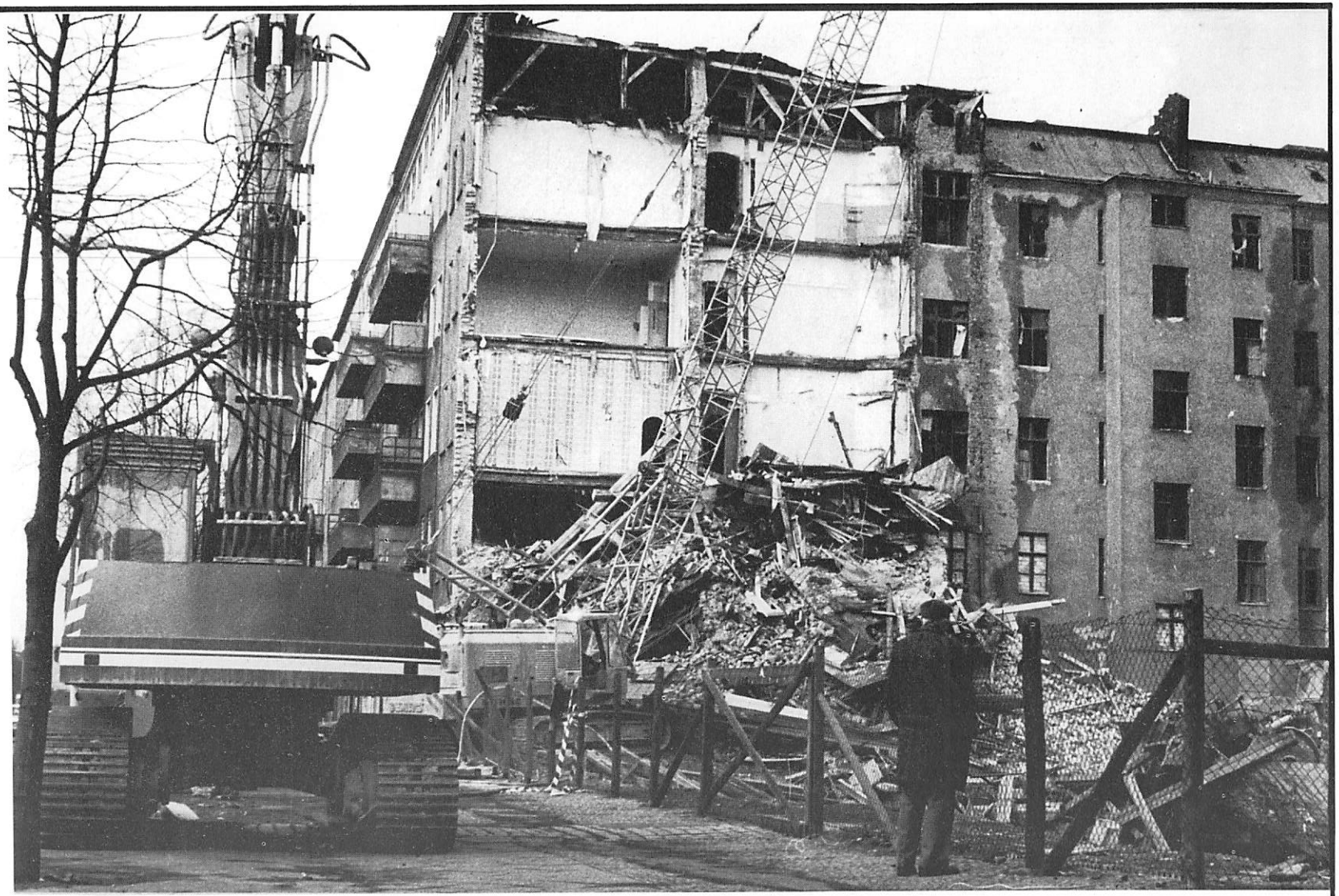
Die "Kulturinitiative Pankehallen", die aus dem Projekt in der alten Markthalle hervorgegangen ist, wird sich u.a. bemühen, die heimatgeschichtliche Arbeit fortzusetzen, z.B. mit einer "Geschichts- und Erzählwerkstatt", wo Erinnerungen mit Tonband festgehalten oder aufgeschrieben werden; mit stadtteilgeschichtlichen Ausstellungen in kleinerem Rahmen und mit der Sammlung heimatgeschichtlicher Dokumente.
Alle, die an einer solchen Arbeit interessiert sind, fordern wir zur Mitarbeit auf.

Martin Düspohl, Thomas Nötzold
Götz Kreikemeier, Albert Reinhardt

(Kontakt: M. Düspohl, Wriezener Str. 7, 1ooo Berlin 65, Tel. 493 11 36)

"Berlin erstickt in dem steinernen Sarge, in den es gezwängt wurde und den es selber bauen half. Die folgenden Bilder und Druckseiten schildern diesen Sarg, sowie die Kräfte, die ihn bauten und die ihn hoffentlich zerbrechen, aber sie schildern auch die Übermacht des bürokratischen Schlendrians und die fast zwangsweise Gleichgültigkeit der in Mietskasernen und Paragraphen erstickenden Opfer dieser Bürokratie,die Berlins Neugestaltung zu verhindern droht, nachdem sie die Kraft zur Neugestaltung vielleicht schon vernichtet hat."

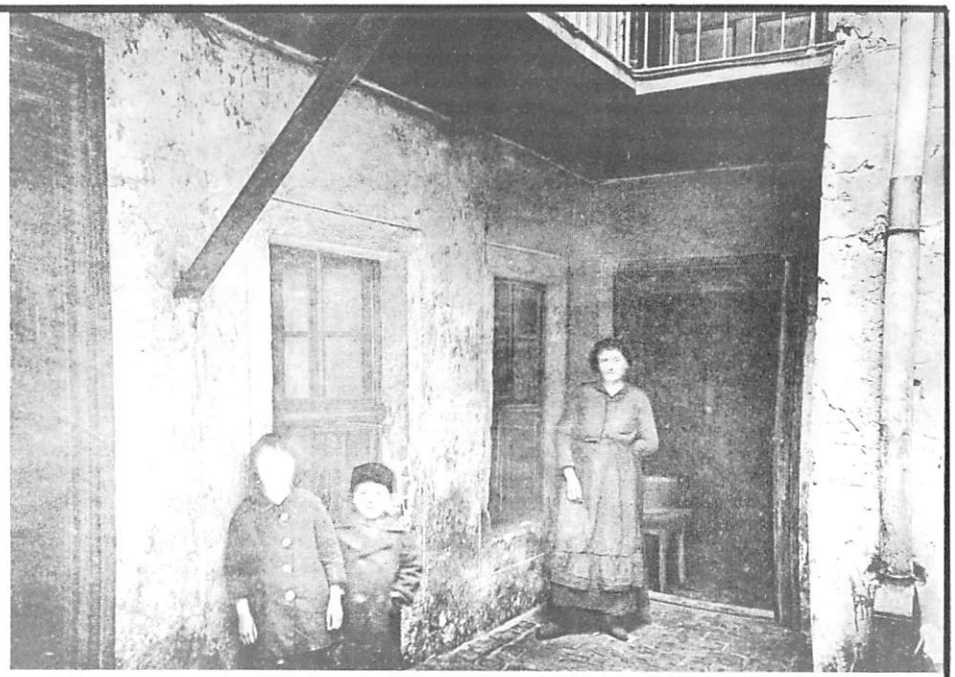
(Werner Hegemann, 193o)



Lindower Straße 25, Erdgeschoß,
Quergebäude, 1919/2o.
Wohnung völlig dunkel und feucht. Die Inhaberin der Wohnung schläft mit ihren 3 Kindern in einer völlig dunklen und feuchten Stube und teilt ihr Bett mit 2 der Kinder.

"Zahlen und Zustandsschilderungen , die ich geben werde, beweisen,wie wenig private Hausbesitzer sich darum bekümmern, ob Wohnungen, die sie vermieten, Forderungen sozialer Menschenökonomie genügen, ob Säuglinge, Kinder, Erwachsene darin gedeihen oder leiblich und seelisch verderben können.Kein Nachtwächter oder Laternenanzünder wird in einer geordneten Gemeindeverwaltung angestellt, ohne daß er zuvor auf seine Befähigung und allgemeine staatsbürgerliche Zuverlässigkeit hin angesehen worden wäre; aber das Schicksal von oft mehr als 1oo Bewohnern einer Mietskaserne legt man skrupellos in fremde Hände, ohne zu fragen, inwieweit die allgemeine Wohlfahrt in Mitleidenschaft gezogen wird von der gesundheitlichen, körperlichen und geistigen Verfassung der vielen Bewohner. Es gibt in Berlin Wohngrundstücke, die die Einwohnerzahl von kleinen Dörfern (bis 1ooo Menschen) haben."

(Victor Noack, 1925)



WOHNUNGSNOT DAMALS

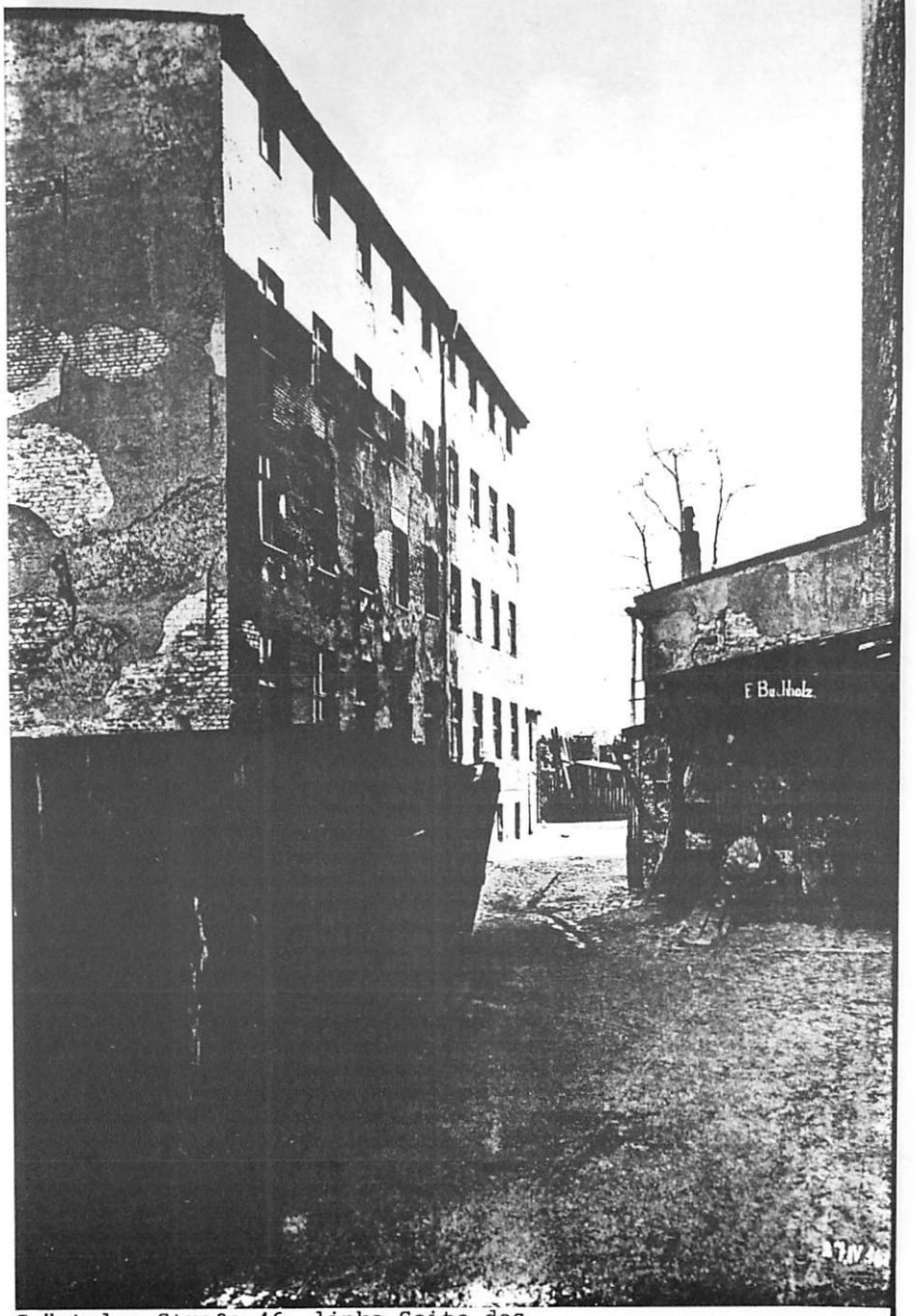
Prinzenallee 25/26, II. Quergebäude,
3 Treppen, 1918. Küche.
Die Wohnung ist sehr feucht, die Tapete in großem Umfang abgefallen.

Grüntaler Straße 46, Küche im Seitenflügel, 1915/16.
Der Raum wird von einem fußleidenden Kranken allein bewohnt. Die Wände sind feucht und die Luft dumpfig.

Grüntaler Straße 46, rechte Seite des Hofes, 1915/16.
Zum Wohnraum des Kranken führt die linksseitige der drei nebeneinander liegenden Türen.

"Dieser Tage sagte mir der Besitzer etlicher Berliner proletarischer Mietskasernen: Das ist mir ganz egal, ob ich in meinen Häusern Wohnungen für Menschen oder Schweineställe habe, solange ich nicht für die Unterhaltung der Häuser hinreichend entschädigt werde!
Dieser Ausspruch erhellt blitzartig die Situation: Selbstverständlich kann die Allgemeinheit vom einzelnen nicht verlangen, daß er Arbeitskraft und erworbenes Geldkapital für gemeinnützige Aufgaben umsonst opfere. Ich weiß wohl, daß so mancher Mietskasernenbesitzer unter den Folgen der gebundenen Wohnungswirtschaft schwer leidet. Aber der Begriff "angemessene Entschädigung" ist unbestimmt. Der Staat kann nicht die Zustände im Wohnungswesen davon abhängig sein lassen, ob der zufällige Hausbesitzer im einzelnen Falle die Verzinsung des investierten Kapitals als angemessen erachtet."

(Victor Noack, 1925)



Grüntaler Straße 46, linke Seite des Hofes, 1915/16.

Seestraße 27, 19o9.
Ebenerdige Küche, in welche man zuerst gelangt.Der Raum ist verräuchert und düster.

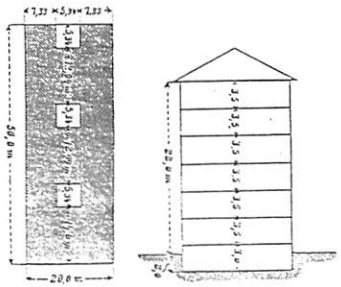
"Berlin hatte 45o ooo Einwohner,als sein Polizei-Präsident die seit 2o Jahren dringend wiederholten Forderungen einsichtiger Sozialpolitiker in den Wind schlug und den kühnen Bebauungsplan aufzustellen begann, der unabsehbare grüne Flächen Berlins für den Bau dichtgepackter großer Mietskasernen mit je zwei bis sechs schlecht beleuchteten Hinterhöfen amtlich herrichtete und vier Millionen künftiger Berliner zum Wohnen in Behausungen verdammte, wie sie sich weder der dümmste Teufel noch der fleißigste Berliner Geheimrat oder Bodenspekulant übler auszudenken vermochte. ...

Die neue 'Baupolizei-Ordnung für Berlin und dessen Baupolizeibezirk' von 1853 dachte fast nur an möglichste Sicherung vor Feuergefahr. Ihre sanitätspolizeilichen Vorschriften waren dürftig und unbestimmt. ...

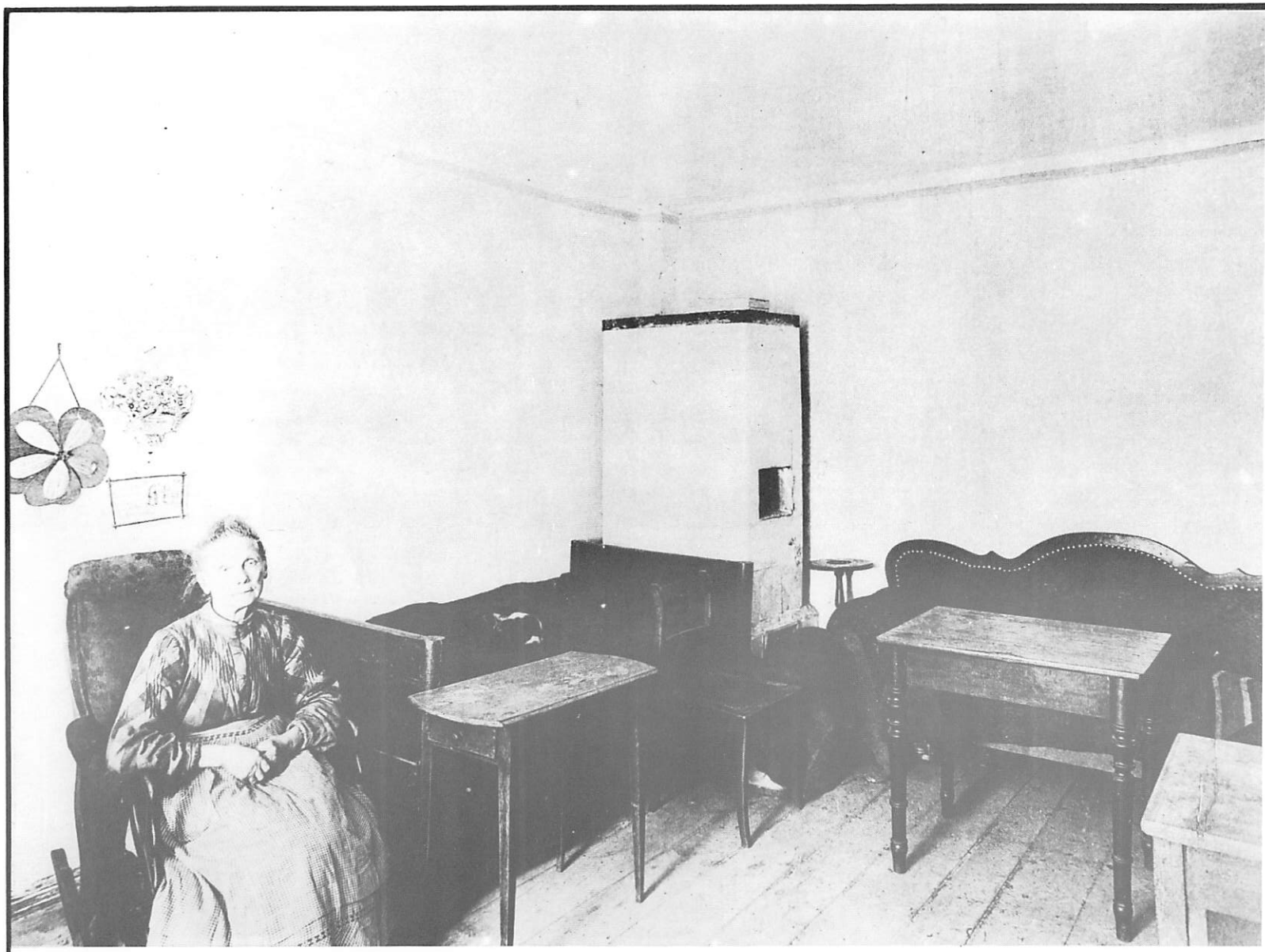
Auf den großen Hintergeländen gestattete die Regierung die berühmten Berliner Höfe; sie brauchten nur 5,3 Meter breit und 5,3 Meter tief zu sein und wurden von Hinterhäusern umgeben, die 22 Meter oder genauso hoch sein durften wie die Vorderhäuser an der Straße. Mindestens die Hälfte der Fenster dieser Häuser gingen auf die kleinen Hinterhöfe. Eine Beschränkung der ausnutzbaren Baufläche gab es nicht. Auf dem Hintergelände wäre die preußische Regierung wohl auch ganz ohne Luft- und Lichtschächte ausgekommen - gegen fensterlose Räume machte sie keine Einwendungen -, wenn sie nicht vor dem Feuer Angst gehabt hätten: die von ihr geforderten Höfe hatten gerade die Mindestbreite, die zum Umdrehen der Feuerspritze erforderlich war."

(Werner Hegemann, 193o)

Seestraße 27, 19o9.
Wohn- und Schlafzimmer, bewohnt vom Ehepaar und zwei Söhnen, 1o und 16 Jahre alt. In diesem verräucherten Raum werden an kalten Tagen Lumpen sortiert,die Aufnahme zeigt ihn in aufgeräumtem und gesäubertem Zustand.



Grundriß und Querschnitt eines typischen Berliner Hauses,wie es nach der von 1853 bis 1887 geltenden Berliner Bauordnung gebaut wurde. In sieben bewohnbaren Geschossen konnten 325 - 65o Menschen untergebracht werden. Die beiden 56 Meter langen Seitenwände sind natürlich fensterlose Brandmauern.



Müllerstraße 32 b, 1908.
Die Inhaberin der Stube, eine Zeitungsfrau, sammelt als Nebenverdienst Küchen-Abfälle, die sie teils zur eigenen Ernährung verwendet, teils als Viehfutter verkauft. Warmes Essen ist ihr seit geraumer Zeit unerschwinglich.

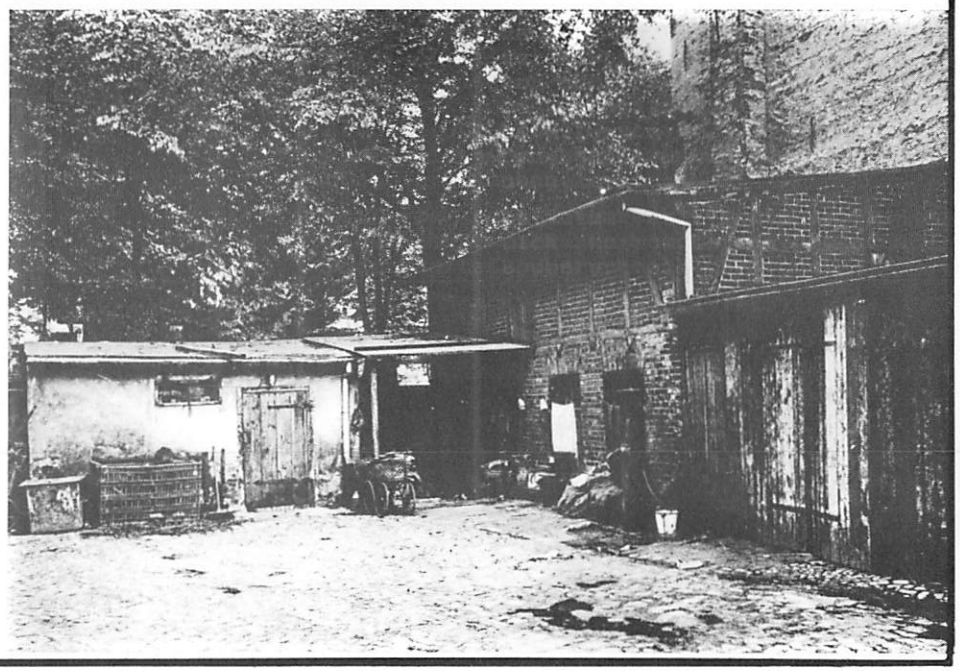
"Die Berliner Mietskaserne ist im wesentlichen Produkt des alten Bebauungsplanes von 1858. Damals wurden Landtagsabgeordnete gewählt auf Grund eines Wahlsystems, von dem selbst die 'Kreuzzeitung' am 18. April 1866 geschrieben hat: daß es 'nichts anderes zeitige, als die Repräsentation des Geldkapitals mit dem lügnerischen Schein, daß diese eine Vertretung des ganzen Volkes wäre'; - daß es 'die Herstellung einer modernen Geldaristokratie' bedeute, 'die alles Höhere und Edlere in den Staub des gemeinsten Materialismus herunterzieht'! Das Kommunalwahlsystem der damaligen Zeit enthielt zu alledem noch das Hausbesitzerprivileg, wonach die Hälfte der Stadtverordnetensitze den Hausbesitzern reserviert, das heißt denjenigen Parteien verfassungsmäßig die Majorität gesichert wurde, die gegen das öffentliche Interesse an hohen Mieten, am Hochbau, Mietskasernenbau, d.h. möglichst skrupelloser profitabelster Ausnutzung des Grund und Bodens und langsamer Stadterweiterung, d.h. engster Bevölkerungsdichte, möglichster Verschärfung der Wohnungsnachfrage interessiert sind.

Es würde zu weit führen, Ihnen das Korruptionssystem an Beispielen aus jener Zeit zu demonstrieren. Sehen Sie, so wurde 1858 der Berliner Bebauungsplan Gesetz, der die Berliner Mietskaserne in Reinkultur züchtete und das entsetzliche Unglück, das moralische und physische Siechtum der Bevölkerung heraufbeschwor, das Sie in den Zahlen meines heutigen Vortrages kennengelernt haben.

Ist etwa seit November 1918 die unheimlich korrumpierende Macht des privaten Bodenkapitals überwunden?"

(Victor Noack, 1925)

Müllerstraße 32 b, 1908.
Vollständig finstere Küche der Zeitungsfrau.

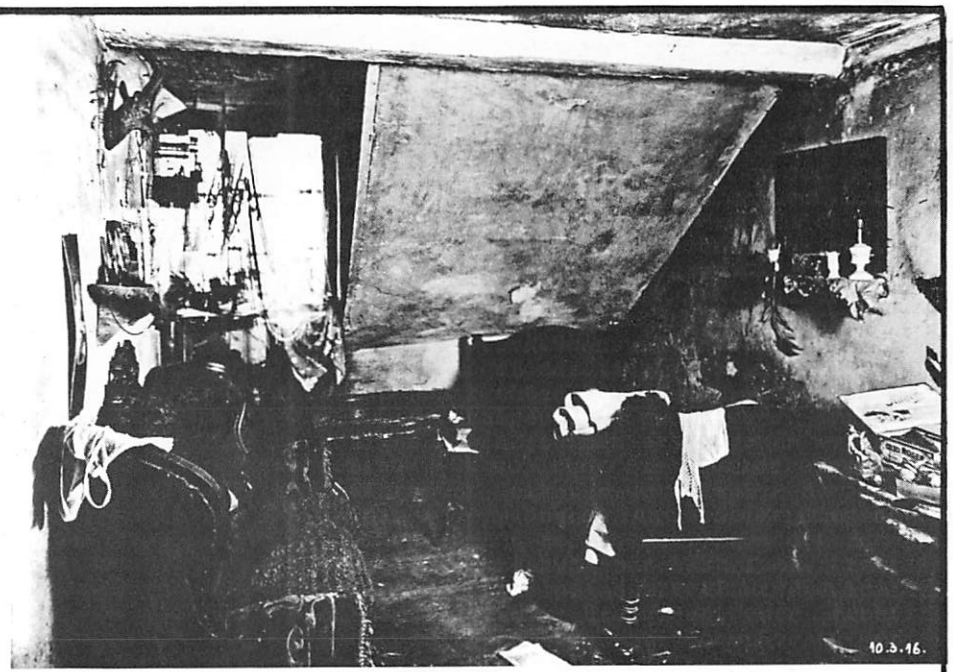


Müllerstraße 32 b, 1908.
Außen-Ansicht der Wohnung der Zeitungsfrau.

Grüntaler Straße 41, Stube und Küche im Dachgeschoß, 1916.
Küche mit eisernem Ofen. Der Putz brökkelt von den Wänden.

"Von einem greisen Gewährsmanne, der in jenen bedeutsamen sechziger Jahren dem Polizei-Präsidium nahegestanden hatte, erhielt Reichsminister Bernhard Dernburg 1912 die Auskunft, der Berliner Bebauungsplan von 1858 sei eigentlich nur ein Hauptlinienplan gewesen und der Polizei-Präsident habe eigentlich zwischen die im Plane ausschließlich eingetragenen breiten Verkehrsstraßen je nach Bedarf die erforderlichen schmaleren, billigeren und für Wohnzwecke brauchbaren Nebenstraßen einfügen wollen. Solche Wohnstraßen wären in der Tat erforderlich gewesen, wenn die sonst übergroßen Baublöcke anders als mittels ganz neuartig monströser, vielhöfiger Mietskasernen erschlossen werden sollten. Da nun aber - so berichtete der Gewährsmann weiter - der Straßenbau bis in die 187oer Jahre nicht eine Angelegenheit der Stadt Berlin war, sondern dem staatlichen Fiskus zur Last fiel, entschloß man sich auf dem Polizei-Präsidium nachträglich, die Wohnstraßen lieber nicht zu bauen und damit dem Staate wesentliche Ersparnisse zu ermöglichen. Gereicht es doch, wie der Geheime Baurat Kyllmann noch im Jahre 19o5 in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung feststellte, dem zum Straßenbau verpflichteten zum Vorteil, wenn er möglichst wenig Straßen und dafür möglichst tiefe Baublöcke herstellt."

(Werner Hegemann, 193o)



Grüntaler Straße 41, Stube und Küche im Dachgeschoß, 1916.
Dunkel und feucht, die Wände sind undicht. Ein Ofen ist nicht vorhanden.

Bellermannstraße 75, Dachwohnung, 19o4.
In der Wohnung wohnen außer der an Influenza darniederliegenden Kranken noch ein Ehepaar.

Stralsunder Straße 15, Quergebäude im Keller, 1918.
Der Raum liegt sehr tief, ist dunkel und feucht.

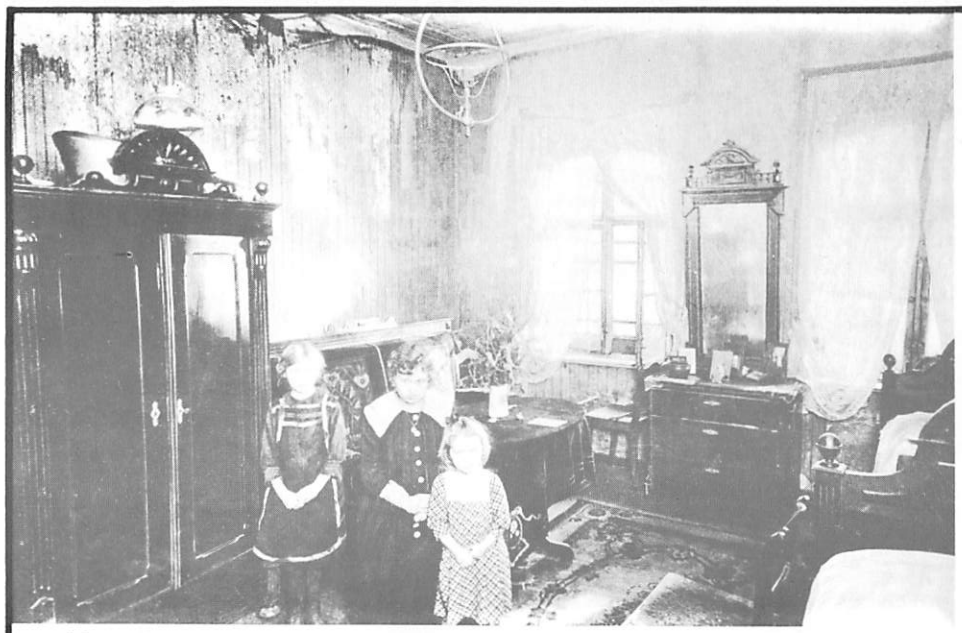
"1905 wohnten von den 2040148 Einwohnern des damaligen Berlin 1 088 269 in Wohnungen, in denen jedes heizbare Zimmer mit 3 - 13 Menschen belegt war. 158 511 Berliner wohnten in 23 786 Einzimmerwohnungen, in denen jedes heizbare Zimmer mit 6 - 13 Menschen belegt war.
Von den 249 457 Einzimmerwohnungen hatten 34 000 keine Küche oder Nebenraum; 188 000 hatten eine Küche, aber sonst keinen Nebenraum.
Im Jahre 1925 gab es in Groß-Berlin noch 44 600 Schlafgänger und 130 500 Zimmermieter. Im selben Jahr wohnten noch 70 743 Berliner in Kellern."

(nach Werner Hegemann, 1930)

Badstraße 41, Küche und Stube im 4. Stockwerk, 1916.

Badstraße 42/43, Vorderhaus 4 Treppen, 1917.
Die aus 4 Köpfen bestehende Familie bewohnt seit 6 Jahren Stube und Küche. Die Wände der Küche sind schwarz geräuchert, der Putz bröckelt ab. Die Decke hat große Flecken, da vom Dach Regenwasser durchgelaufen ist. Der Mann leidet an Gelenkrheumatismus.

Soldiner Straße 72/74, Quergebäude
1. Geschoß, 1919/2o.
9 Personen schlafen in dem Raum, in einem der Betten 3 Kinder.



Schlegelstraße 9, Quergebäude zweiter Aufgang, 1919/2o.
Die Wände sind dünn und feucht, eine Wand sitzt voller Pilze, die Tapeten sind von der Feuchtigkeit gelöst, die Möbel sind von der Wand abgerückt. In dem Raum schlafen 4 Personen.

Lynarstraße 8, Seitenflügel parterre, 1912.
Wohnung bestehend aus Stube und Küche, bewohnt von einem an Rheumatismus leidenden Mann, seiner Frau und 4 Kindern.

"Die von preußischer Staatsweisheit geschaffenen Kleinwohnungen bestanden meistens aus einem Zimmer mit Küche und waren im amtlich berechneten Durchschnitt mit je 7,2 Menschen besetzt. Heinrich von Treitschke, der heute zu den Würdeträgern preußischer Staatsweisheit zählt, aber damals noch als politischer Kopf galt, wurde auf diese zum Himmel schreienden Übelstände hingewiesen. Mit einem Blick zum Himmel antwortete darauf Herr von Treitschke in seiner Schrift 'Der Sozialismus und seine Gönner' (1874):

'Jeder Mensch ist zuerst selbstverantwortlich für sein Tun; so elend ist keiner, daß er im engen Kämmerlein die Stimme seines Gottes nicht vernehmen könnte.'

In der größten Stadt der Welt, in London, wohnen durchschnittlich 8 Menschen in jedem Haus; in Philadelphia wohnen 5, in Chicago 9, in der Insel- und Wolkenkratzerstadt New York 2o, in der eingeklemmten alten Festungsstadt Paris 38 Menschen in jedem Hause. Aber in Berlin, das sich wie London, Chicago oder Philadelphia ungehemmt im flachen Land entwickeln konnte, wohnen durchschnittlich 78 Menschen in jedem Hause, und die meisten dieser Kasernen sind gartenlos.

In dieser einzigartigen Stadtschöpfung des bürokratisierten deutschen Geistes entbrannte kurz vor dem Krieg ein Streit zwischen den statistischen Ämtern der Städte Berlin und Schöneberg darüber, ob 6oo ooo oder 'nur' 567 27o Großberliner in Wohnungen wohnten, in denen jedes Zimmer mit mehr als vier Personen besetzt ist. Gleichzeitig fehlten für eine halbe Million Kinder die Spielplätze. Dabei wurde aber weder vom Staat noch von den Berliner Städten etwas Wirksames zur Bekämpfung der Wohnungs- und Spielplatznot unternommen."

(Werner Hegemann, 193o)

Stettiner Straße 53, Kellergeschoß,
linker Seitenflügel, 1919/2o.
Der Raum wird von der lungenkranken Mutter mit 8 Kindern bewohnt,es sind 3 leere Bettstellen vorhanden. Die Kinder husten und sind blasenleidend.

"Großstadtkinder!
Eine in Berliner Volksschulen unter solchen von sechs und mehr Jahren durchgeführte Statistik ergab: 7o% hatten keine Vorstellung von einem Sonnenaufgang, 54% kannten keinen Sonnenuntergang, 76% keinen Tau, 82% hatten nie eine Lerche gehört, 49% nie einen Frosch, 53% hatten keine Schnecke, 87% keine Birke, 59% nie ein Ährenfeld gesehen; 66% kannten kein Dorf, 67% keinen Berg, 89% keinen Fluß. Mehrere Schüler wollten einen See gesehen haben: als man nachforschte, ergab es sich, daß sie einen - Fischbehälter auf dem Marktplatz meinten. Nicht bessere Resultate zeitigte eine Rundfrage unter 12o zehn- bis sechzehnjährigen Kindern in Hamburg. Die Zahlen stammen von dem Arzt Dr. Ebeling etwa aus dem Jahre 1912."

(Victor Noack, 1925)

Ramlerstraße 16, Seitenflügel parterre, 1919/2o.
Die Wohnung besteht aus einer Küche und einem Zimmer, das auch als Arbeitsraum für Damenkonfektion dient und feucht ist.

Lynarstraße 8, Seitenflügel parterre, 1912.
Da der Verdienst des Mannes sehr gering ist, trägt die Frau Frühstück aus und besorgt die Hausreinigung, während dieser Zeit sind die Kinder dann ohne jede Aufsicht.

Grüntaler Straße 6, zweites Quergebäude, erstes Geschoß, 1919/2o.
Zimmer und Küche für 9 Menschen, 3 Erwachsene und 6 Kinder.

"Nach der niedrigsten Schätzung (von Dr. Engelsmann, Kiel) beträgt die Zahl der Abtreibungen in Deutschland täglich 2ooo. Andere Schätzungen bringen die Zahl auf täglich fast 3ooo... Eine der mächtigsten Ursachen dieses Verlustes ist nicht so sehr die allgemeine Armut, sondern der z.T. willkürlich durch schlechte Aufschließungs- und Verkehrspolitik verschuldete Mangel an Wohnraum. Dieser Mangel vor allem verursacht auch das rasche Zunehmen sogenannter Wohnverbrechen: Unzucht, Kuppelei, Notzucht, Blutschande und Ehebruch, sowie der Geschlechtskrankheiten namentlich unter Kindern."

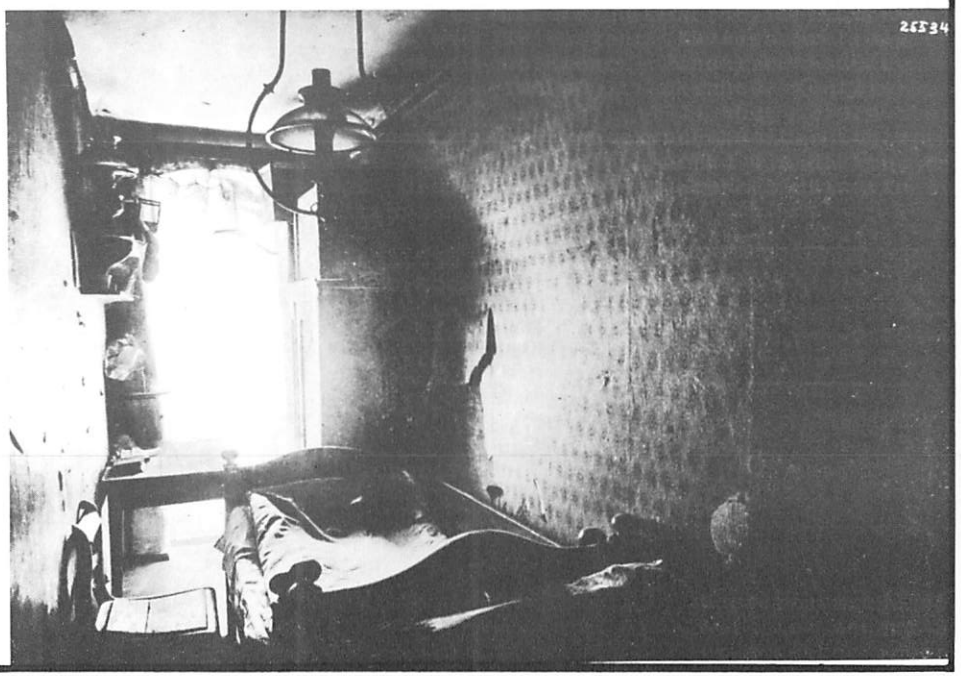
(Werner Hegemann, 193o)

"Dr. Erich Langer, Oberarzt in der dermatologischen Abteilung des Rudolf-Virchow-Krankenhauses in Berlin, berichtet im Februar 1925 in der Forensisch-Medizinischen Vereinigung zu Berlin, daß die Geschlechtserkrankungen unter Schulmädchen seit der Vorkriegszeit sich vermehren:
In der Station für geschlechtskranke Kinder des Krankenhauses zu Hannover wurden bis Kriegsausbruch täglich 5-6, im letzten Kriegsjahr (1918) aber täglich mehr als 4o geschlechtskranke Kinder behandelt. Im Rudolf-Virchow-Krankenhaus (Berlin) wurden 1921 133, 1924 aber 25o geschlechtskranke Kinder behandelt. Mithin eine Zunahme um 49%, annähernd die Hälfte. Von diesen geschlechtskranken Kindern litten an:

	1921	1924
Gonorrhöe	26	67
Gonorrhöeverdacht	27	1o1
Kongenitaler Lues	33	35
Lues II.resp.Latenz	17	2o
Luesverdacht	3o	27
	133	25o

(Victor Noack, 1925)

Hussitenstraße 65, Quergebäude I.,
2 Zimmer und Küche, 1918.
In dieser Stube schlafen die Eheleute und
4 Kinder im Alter von 5 - 14 Jahren.



Hussitenstraße 65, 1918.
Auf die andere Schlafstube entfallen 4
erwachsene Kinder.

"Im Deutschen Verein zur Fürsorge für jugendliche Psychopathen berichtete Dr. Gumpert im November 1924 eine Anzahl von den in der dermatologischen Abteilung des Virchow-Krankenhauses im Laufe des Jahres 1924 beobachteten Fällen.

Ich gebe davon nur sieben wieder, und zwar in dem erschütternd lakonischen Aktenstil, wie sie dort aufgeführt sind:

L.L., 7jährig, Vater tot, 2 Brüder, eine 13jährige Schwester, mit der sie zusammenschläft. Familie bewohnt eine Stube und Küche. Die Stube ist vermietet, der Untermieter hat das Kind mißbraucht und angesteckt.

Erne I., 1o Jahre, Mutter geschieden, lebt mit einem anderen Manne zusammen, arbeitslos. Familie bewohnt eine Stube. 8jährige Schwester, mit der sie zusammenschläft. Patientin ist vom "Onkel", der im Hause lebt, mißbraucht und angesteckt worden.

Erna F., 11 Jahre. Vater Arbeiter. 17jähriger Bruder. Familie bewohnt eine Stube und Küche. Freund des Bruders hat das Kind vor 1o Tagen vergewaltigt. Patientin verkehrt geschlechtlich mit dem Bruder, der Bruder mit der Mutter.

Lotte R., 9 Jahre. Vater tot, Geschwister leben nicht im Hause, eine Stube und Küche. Patientin ist vom 48jährigen Untermieter monatelang mißbraucht und infiziert worden.

Hilde G., 11 Jahre. Vater arbeitslos, 4 Geschwister, Familie bewohnt eine Stube, Mutter hat sich vor 2 Jahren vom Mann angesteckt. Ihre 4 Kinder, die in einem Bett, 2 am Kopf-, 2 am Fußende schlafen, sind infiziert.

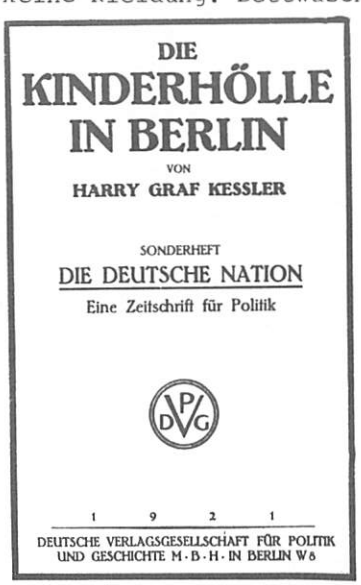
Hans S., 1o Jahre, Gonorrhöe. Aus dem Bericht der Schulärztin geht hervor: Vater Rohrleger, hat immer verdient, gibt zu Hause wenig Geld ab. Mutter vor 14 Tagen an Tuberkulose gestorben. 8 Kinder, von denen mehrere arbeiten, teilweise erschreckend elend. Bei 2 Mädchen (14 und 8 Jahre) ebenfalls positiver Gonokokkenbefund. Die ganze Familie geht in Lumpen und ist verlaust. Sie wohnt in einer Laube, die aus Schlafraum und Küche besteht. 2 Betten, ein Kinderdrahtbett, ohne jede Bezüge. In diesen drei Betten schlafen 9 - 1o Personen, darunter bisher die tuberkulosekranke Mutter und die drei gonorrhöekranken Kinder.

Else R., 13 Jahre, 3 Schwestern, 3 Brüder. Familie bewohnt zwei Stuben. Patientin hat sich angeblich in der Schule durch eine Freundin angesteckt. Sie hat den 11jährigen Bruder infiziert, der gleichzeitig manifeste syphilitische Erscheinungen zeigt."

(Victor Noack, 1925)

Drontheimer Straße 21 a, Quergebäude, 4 Treppen, 1917.
Die Wohnung von zwei Stuben und Küche wird von zwei Personen männlichen und zwei Personen weiblichen Geschlechts mit 4 Kindern unter 14 Jahren bewohnt und ist so feucht, daß die Pilze an den Wänden sichtbar sind und die Tapeten abfallen. In diesem Raum schlafen 4 Menschen. Die Kinder sind am Tage sich selbst überlassen, da die Frau zur Arbeit gehen muß.

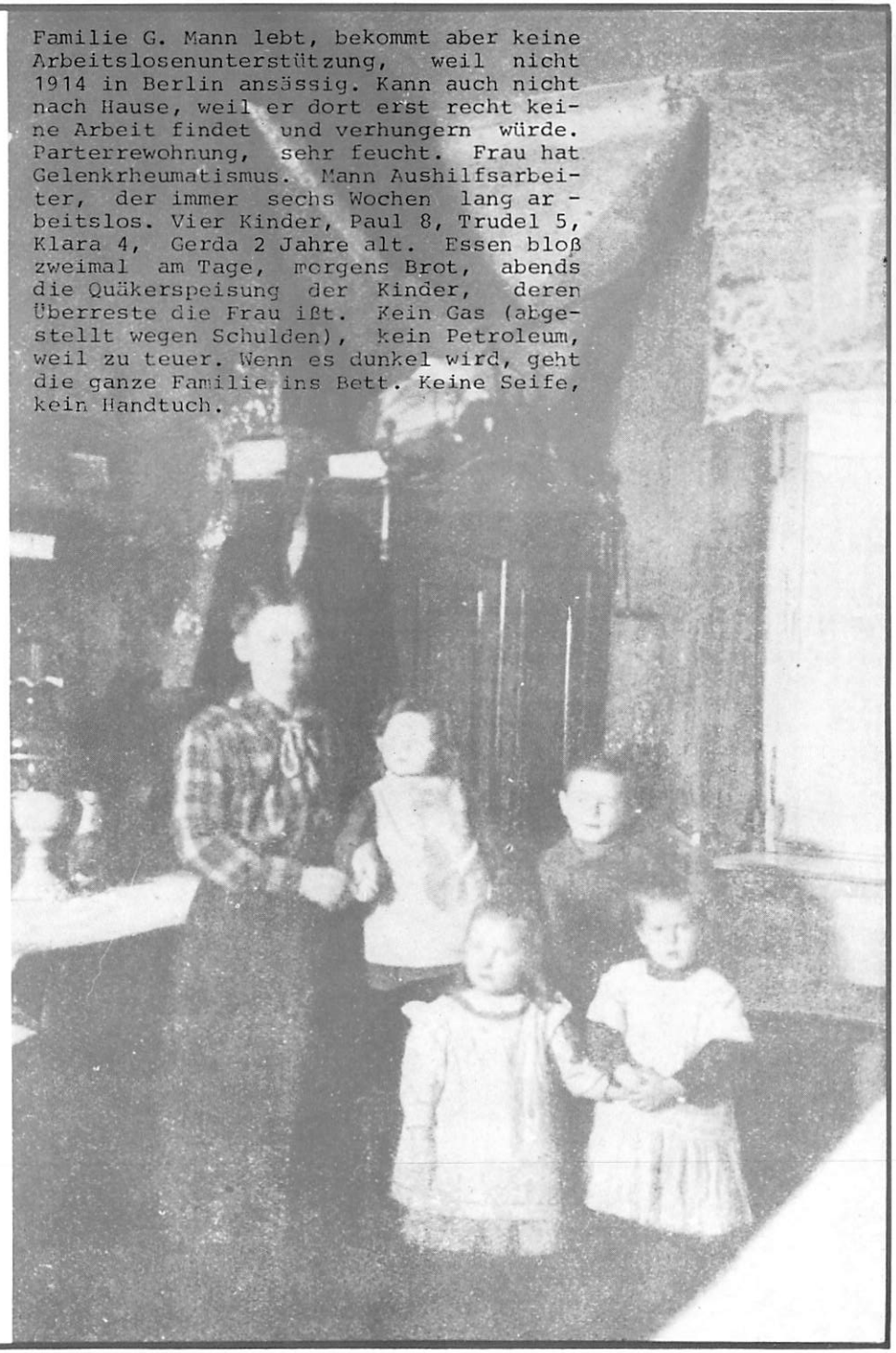
Familie G. Klempnermeister. 1ooo Mark Monatverdienst. Kellerwohnung, Laden, Vorderraum und völlig dunkler Hinterraum, in dem von den elf Mitgliedern der Familie sechs schlafen müssen. Für diese elf Familienmitglieder nur vier Betten. Alle Kinder unterernährt und mit skrofulösem Aussatz bedeckt. Die Mutter hat von der letzten Entbindung her noch eine Venenentzündung. Die Kinder haben fast keine Kleidung. Bettwäsche fehlt ganz.



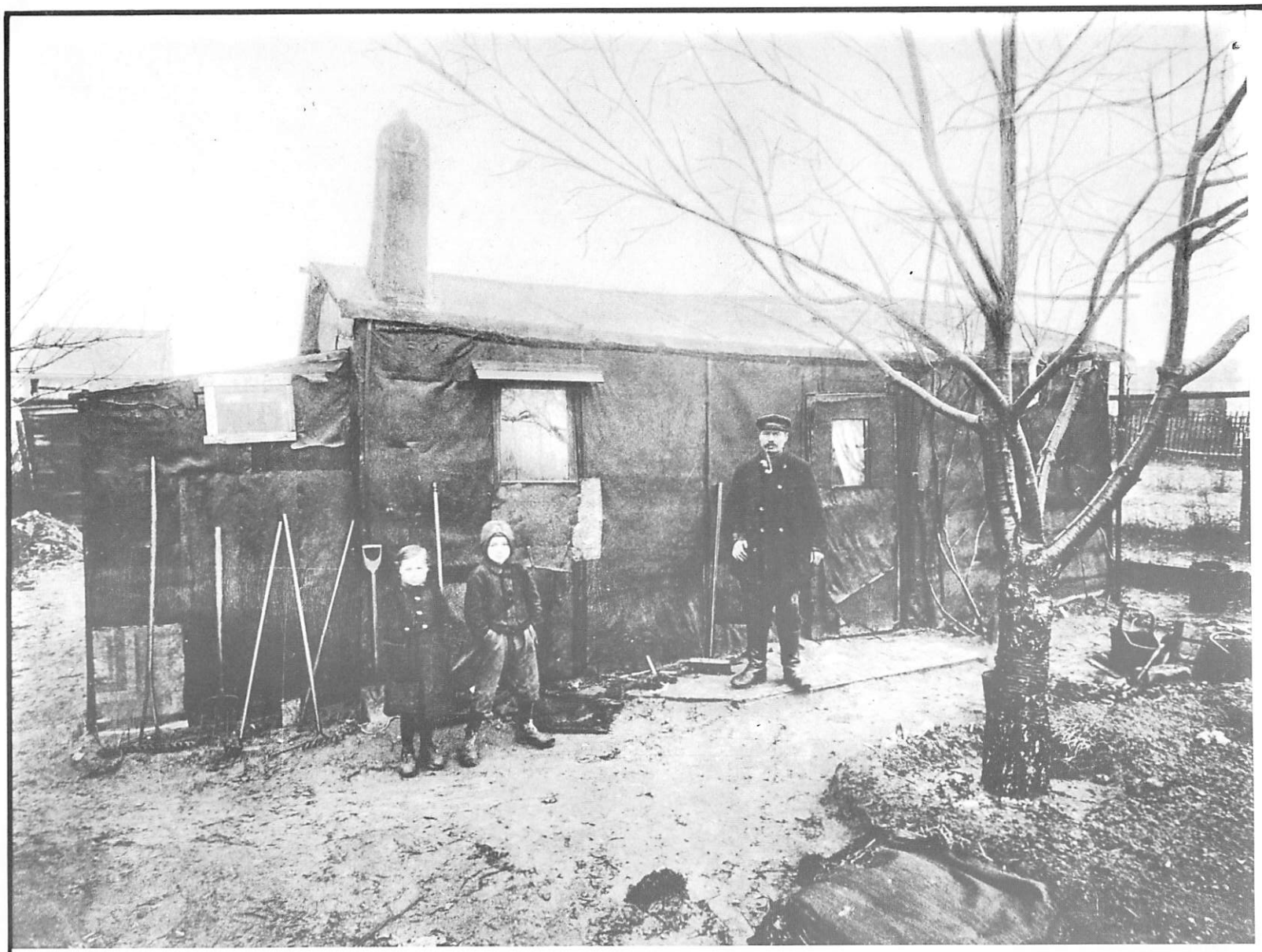
Familie S., Vater Schlosser, lungenkrank. Fünf Kinder. 12o Mark Wocheneinnahme für die ganze Familie. Für sieben Personen zwei große Betten, zwei Kinderbettchen. Max S. (photografiert), acht Jahre alt, rachitisch. Auch die anderen Kinder rachitisch.

Familie P. Betreibt eine sehr ordentlich aussehende Papierhandlung ("Leibibliothek, Spielwaren, Scherzartikel, Feuerwerk"). Vater sehr kränklich infolge des Krieges. Mutter Wöchnerin. Sechs Kinder. Wally und Willy, 8 und 7 Jahre alt, sind bloß 9o cm hoch und haben erst vor kurzem laufen gelernt.

Portierfamilie aus Berlin N. Sieben Kinder, von denen zwei lungenkrank. Der Mann ist gestorben. Die Frau hat freie Wohnung und Hausreinigung und außerdem für zwei Kinder 8o Mark wöchentlich Unterstützung. Alle Kinder unterernährt, das jüngste (Paul), 8 Jahre alt, lungenkrank.



Familie G. Mann lebt, bekommt aber keine Arbeitslosenunterstützung, weil nicht 1914 in Berlin ansässig. Kann auch nicht nach Hause, weil er dort erst recht keine Arbeit findet und verhungern würde. Parterrewohnung, sehr feucht. Frau hat Gelenkrheumatismus. Mann Aushilfsarbeiter, der immer sechs Wochen lang arbeitslos. Vier Kinder, Paul 8, Trudel 5, Klara 4, Gerda 2 Jahre alt. Essen bloß zweimal am Tage, morgens Brot, abends die Quäkerspeisung der Kinder, deren Überreste die Frau ißt. Kein Gas (abgestellt wegen Schulden), kein Petroleum, weil zu teuer. Wenn es dunkel wird, geht die ganze Familie ins Bett. Keine Seife, kein Handtuch.



Laubenkolonie Neu-Holland, Barfußstraße, 1919/2c.
Die sogenannte Laube wird bewohnt von 3 Erwachsenen und 2 Kindern.

"Mir scheint aber, daß der eigentliche und tiefste Grund für den Zusammenbruch der bisherigen Wohnungswirtschaft in der wirtschaftspolitischen Unentschiedenheit liegt, in der man zwischen dem rein privatkapitalistischen und dem rein gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbausystem hin und her geschwankt hat. Das Volk lehnt diese Unentschiedenheit gefühlsmäßig schon seit Jahren ab. Es will nicht einsehen, daß der Wohnboden eine Ware ist, die neben dem Gebrauchswert auch noch einen Rentenwert haben könne. Es kann auch nicht einsehen,daß der Mieter einer Neubauwohnung den Kapitalwert dieser Wohnung doppelt bezahlen soll, und zwar einmal in dem Kapitalwert selbst,den die gesamte Volkswirtschaft(und nicht nur der einzelne Kapitalbesitzer) erarbeitet und dann noch ein zweites Mal in dem Zins und der Abschreibung der Bauten."

(Martin Wagner, 1932)

"Die heutige Lage der Wohnungswirtschaft zeigt viel deutlicher als irgendein anderes Beispiel, daß der Kapitalismus nicht mehr in der Lage ist, die Bedürfnisse der Volksmassen zu befriedigen und dabei doch seine Existenzgrundlage, die Schaffung und Sicherung von Profit und seine Verwandlung in neues Kapital, zu erhalten."

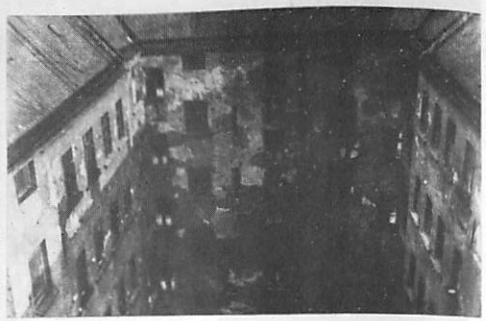
(Alexander Schwab, 193o)

"Wenn man rückschauend diese Phase kummunaler Entwicklung betrachtet, dann ist man immer wieder erstaunt und erschüttert zugleich, mit welcher Bescheidenheit,mit wieviel biederem Sinn, ja, mit welch oft rührender, kindlicher Hilflosigkeit die Menschen - unsere Urgroßeltern - das Leben in den engen, unhygienischen Wohnungen ertrugen.
Bei zwölfstündiger Arbeitszeit, bei Inkaufnahme gesellschaftlicher Diskriminierungen verloren sie nie ihren schnodderigen Humor, ihre treffsichere Schlagfertigkeit , ihre verschmitzt-pfiffige Schläue."

(Bez.-Amt Wedding, 198o)

Inneres der Laube.

Die A-J-Z erzählt vom Leben der Bauarbeiterfamilie Fournes, Berlin-Wedding, Kösliner Str. 10. Wir geben hier einen Tatsachen-Bildbericht aus dem kapitalistischen Alltag einer siebenköpfigen Bauarbeiterfamilie, nachdem wir vor kurzem den sozialistischen Alltag in der „24 Stunden"-Reportage aus dem Leben einer siebenköpfigen Moskauer Metallarbeiterfamilie zeigten



Das ist die Kösliner Straße — saubere Fassaden, hinter denen sich dunkle Hinterhöfe, verfallene Wohnhöhlen, Elend und Not verbergen

HIER – in der „roten Gasse" – wohnt die Bauarbeiterfamilie FOURNES

Unvergessen ist der Maitag 1929, als das Straßenpflaster zur Barrikade emporwuchs, jeder Passant aus der Kösliner Straße von bewaffneten Ordnungshütern untersucht wurde, „verirrte" Polizeikugeln vier Arbeiter töteten . . .

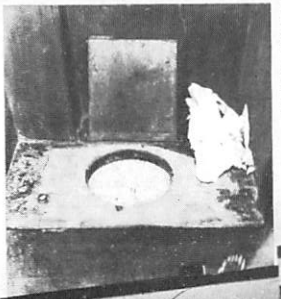
So wurden Ordnung und Ruhe in der Kösliner Straße wieder voll und ganz hergestellt!

Die Ordnung: Im Haus Nr. 19 exmittiert man eine lungenkranke Frau mit ihren zwei Kindern, die dann acht Tage im Hausflur „wohnt"

Die Ruhe: Im Haus Nr. 20 findet man den Arbeitslosen Julius Ruthvill, der dort verhungert und erfroren ist. (In der Selbstmordstatistik von 1930, nach der täglich 58 Selbstmorde in Deutschland geschehen, werden solche „Unglücksfälle" nicht registriert)

Selbst die Familie eines „gut" bezahlten Bauarbeiters kann sich keine eigene Wohnung — nur einen eigenen Briefkasten leisten

Vier Mietsparteien wohnen auf diesem Flur in der Kösliner Straße 10 — unter ihnen Familie Fournes



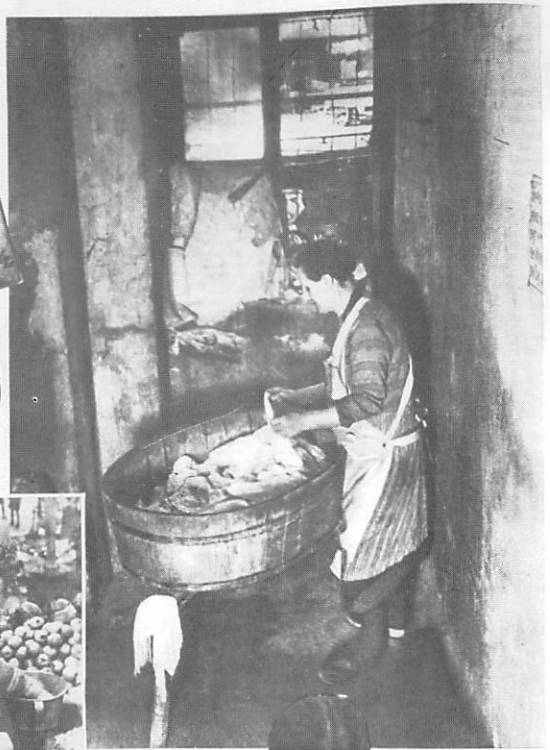
Und die berühmte deutsche Hygiene sieht in Proletarierwohnungen so aus: Neben der Familie Fournes benutzen noch sechs weitere Familien dieses Klosett

Der licht- und luftlose Hinterhof im Hause der Familie Fournes, Kösliner Straße 10. Als Vater und Mutter Fournes vor 23 Jahren ein junges Paar waren und in dieses Haus zogen, hofften sie wohl, daß sie später, mit mehreren Kindern, eine größere und gesündere Wohnung beziehen könnten. Für die erste Zeit würden sie sich schon mit Stube und Küche einrichten. Die Kinder wuchsen heran — vier Jungens und ein Mädel — aber die Wohnung wurde nicht besser. Warum?

Weil die „gesunden Wohnsiedlungen", deren sich die SPD rühmt, für den heute zwar beschäftigten, morgen aber wahrscheinlich schon wieder arbeitslosen Vater Fournes ebenso unerschwinglich sind, wie für seine nun erwachsenen Kinder. Weil die bescheidenste 2½-Zimmerwohnung in der pompösen Friedrich-Ebert-Siedlung 94—104 Mark Miete plus 300 Mark „Gesellschaftsbeitrag" kostet — ganz egal, was der Bewohner verdient und nicht wie in der Sowjet-Union, wo der Mietspreis nach dem Einkommen gestaffelt wird. Weil in Deutschland nach Profit — und nicht nach sozialen Interessen gebaut wird, haben mehr als die Hälfte der Berliner Einwohner nicht mal ein Bett für sich und über eine Million von ihnen vegetiert in überfüllten Wohnungen. Weil das alles so ist, lebt die 7köpfige Familie Fournes weiter in der Kösliner Straße und nicht in der feinen Ebert-Siedlung . . .

Mutter Fournes war einmal ein hübsches junges Mädel, bevor sie durch viele schwere Arbeit allzufrüh alterte. Die Schwerarbeit begann schon vor ihrer Ehe, denn von ihrem vierzehnten Lebensjahr an mußte sie in Stellung gehen. 15 Jahre „diente" sie bei „Herrschaften" als „Mädchen für Alles"

Mutter Fournes Arbeitstag



Wenn Mann und Kinder zur Arbeit gegangen sind, macht sich Mutter Fournes wie Millionen proletarischer Hausfrauen auf die tägliche Jagd nach billigen Lebensmitteln. Nachdenklich betrachtet sie die appetitlichen Schaufenster der Delikatessengeschäfte. „Die richtige Ernährung" — „Gesundheit ist Reichtum" steht auf den Schildern, die die lockende Auslage umrahmen. Mit einem stillen Seufzer geht sie weiter — das ist nichts für Proletarierfrauen — um schließlich bei einem billigen Standhändler einzukaufen

Die vielen schönen Maschinen, die Haus- und Küchenarbeit so sehr erleichtern, sind auch hier, wie für jeden proletarischen Haushalt, unerschwinglich: Statt der praktischen Kartoffelschälmaschine, muß Mutter Fournes Küchenmesser für 7 Menschen Kartoffeln schälen. Dann wird in der dunklen Küchenecke gekocht und Geschirr abgewaschen

In dieser elenden, verfallenen Waschküche im Keller des Hauses muß Mutter Fournes bei Petroleumbeleuchtung ihre Wäsche waschen. Dreißig Familien müssen auf diese Weise ihren Waschtag halten. Keine der technischen Errungenschaften, die die Mühseligkeit des Waschtages vermindern, steht diesen Arbeiterfrauen zur Verfügung

Immer gibt es einen ganzen Berg zerrissener Sachen, die alle aufs Ausbessern warten. Mutter kommt erst zur Ruhe, wenn sie wenigstens einen Teil Strümpfe und Wäsche geflickt hat

Links: Wenn die Wäsche trocken ist, geht Mutter Fournes in ein benachbartes Geschäft, um sie zu rollen. Die 58 jährige Frau muß ihre ganze Kraft einsetzen, um die schweren Keulen der Rolle zu heben

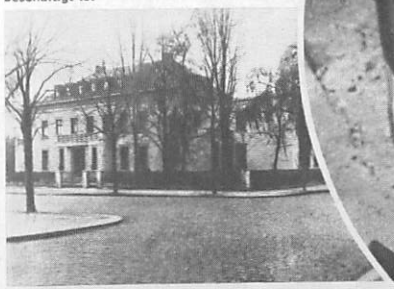
Willi, der 18 jährige Sohn, ist Arbeitsbursche. Er schaukelt mit Oeltonnen für Tankstellen und Garagen durch Berlin. Er verdient wöchentlich 20 Mk., die ihm sein mit den Nazis sympathisierender Unternehmer gewöhnlich in Raten von 5, 5 und 10 Mk. auszahlt. Er arbeitet von 8 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags

Die Tochter Marie ist Mänteinäherin bei einer Konfektionsfirma am Hausvogteiplatz. Ihre Arbeitszeit ist unregelmäßig, ebenso der Verdienst, der zwischen 16 und 18 Mk schwankt. Während der Hochsaison muß sie bis 10 Uhr abends im Akkord arbeiten — sonst droht Entlassung

Der 23 jährige Sohn Hans ist Zeitschriftenfahrer mit unbegrenzter Arbeitszeit. In der Woche legt er 200—250 Kilometer zurück, wobel er Traglasten von 1½ Zentner befördern muß. Sein Verdienst beträgt RM 34.60

Der Jüngste heißt Kurt und ist Schlosserlehrling bei der AEG. Er lernt im 3. Jahr, verdient pro Woche Mk. 9.03 bei 48 stündiger Arbeitszeit und besucht die AEG-Werkschule. Das Lehrmaterial bekommt er nicht gratis, wie es in russischen Betriebsschulen der Fall ist, sondern muß seine theoretischen Lehrmittel (Bücher, Zeichen- und Schreibmaterial) selbst bezahlen. Ob er trotz gründlichster Ausbildung später Arbeit als qualifizierter Metallarbeiter erhält, ist mehr als fraglich

Außenansicht des fast vollendeten Karstadt-Verwaltungsgebäudes, in dem Vater Fournes zur Zeit als Zementierer beschäftigt ist



Teilansicht der luxuriösen Villa des Karstadtdirektors Schöndorff in Berlin-Grunewald, Auguste-Viktoria-Str. 76/78, der ein Jahreseinkommen von RM 4 120 000 bezog! In unserem Moskauer Bildbericht konnten wir auch eine Villa zeigen: sie gehörte dem ehemaligen Direktor und steht heute den Arbeitern und ihrem Betriebsrat zur Verfügung . . .

Vater Fournes bei der Arbeit. Vorläufig verdient er noch 57—58 Mark in der Woche, aber wie jeden seiner Kollegen bewegt ihn immer der Gedanke, wie lange er noch beschäftigt und wie endlos lange dann die Stempelzeit sein wird

Als Walter Fournes dreizehn Jahre war, wurde er in die Uniform eines städtischen Straßenreinigers gesteckt und von der Schule dispensiert. Es war 1916, die große Stahlbad-Zeit, mit den Verheißungen vom „Dank des Vaterlandes". Vater Fournes war an der Front, der 13jährige Junge mußte eine Art Heimkrieger spielen . . .

. . . und heute, als erwachsener, arbeitshungriger Mensch läßt ihn das dankbare Vaterland stempeln gehen. Vorläufig bekommt er noch ganze RM 3.45 Unterstützung pro Woche, die er Mutter auf den Tisch zählt – bald wird er gar nichts mehr erhalten. Das Kind wurde zur Arbeit mobilisiert, der Mann ist in diesem System überflüssig geworden

Im Arbeitsnachweis – der wohl so heißt, weil keine Arbeit nachgewiesen werden kann – sitzt Walter und wartet, wartet, wartet! Fast die Hälfte der Berliner arbeitenden Bevölkerung erleidet das gleiche Schicksal wie er, denn 42,5 Prozent der Arbeiter und Angestellten Berlins sind schon erwerbslos

EINER von Fünf Millionen

Für einen preußischen Polizeihund werden täglich RM 2.50 für Futterkosten zur Verfügung gestellt. Für den Erwerbslosen Walter – und nicht nur für ihn, sondern für Millionen deutscher Arbeitsloser gibt es nach den notverordneten Unterstützungskürzungen pro Tag knappe 50 Pfennige. 72 000 Berliner Erwerbslose erhalten aber überhaupt nichts mehr. Das sind die Zahlen, die man zwischen den geheimnisvollen Eintragungen der Stempelkarte lesen muß!

. . . bürgerliche Blätter lassen täglich eine Zeitungsseite mit Stellenangeboten verteilen. Auf diese Weise eine Stelle zu bekommen ist so aussichtsreich, wie in einer Lotterie das große Los zu gewinnen. Aber mit der Hoffnung der Verzweiflung kommen sich die Arbeitslosen immer wieder auf diese Ankündigungen – Walter unter ihnen wie der Ertrinkende nach einem Schilfhalm greift

Links: Walter kommt vom Amt, er steckt sich eine Zigarette an – beim nächsten Schritt sieht er schon die bemalten Ordnungshüter, die gezwungen werden, ständig bei den Arbeitsämtern auf und ab zu patrouillieren, damit die Stempelordnung nicht gefährdet wird

Den kapitalistischen Preistreibern ist es gelungen, den Roggenpreis um 9%, den Weizenpreis um 25%, allein im Oktober in die Höhe zu treiben. Daneben erscheint die Verbilligung des Brotes für Erwerbslose um ganze 4 Pfennige nur als blutiger Hohn

Nicht die Pfennig-Almosen, die gemeinsame Kampffront der beschäftigten und arbeitslosen Proletarier wird Hilfe bringen! Während eines Streiks gegen Lohnabbau geht Walter zu den Streikenden, um ihnen die Solidarität der Erwerbslosen zu versichern

Beim Wegebau an der Remscheider Talsperre spannte man statt „kostspieliger" Pferde billige Wohlfahrtserwerbslose vor die 15 Zentner schwere Walze. Im Zeichen der Arbeitsdienstpflicht wird dieses Beispiel bald Schule machen, wenn nicht . . .

SO oder SO?

. . . alle Arbeitslosen und Betriebsarbeiter gemeinsam gegen das kapitalistische System kämpfen, das Millionen zum Hungertod verurteilt und ihnen Arbeit und Lohn raubt. Erst dann wird Deutschland wie die Sowjet-Union das Land ohne Arbeitslose sein!

973

Arbeitspause und Arbeitsschluss

Ein Bild für tausend ähnliche: Seit Februar 1931 liegt in Berlin-Rejnickendorf dieser Bau still. Dort sollten 250 300 Wohnungen entstehen, die nun dem Verfall preisgegeben sind. Mit ihnen sterben die Hoffnungen unzähliger arbeitsloser Bauarbeiter, Kollegen von Vater Fournes, die hier einmal beschäftigt waren

Feierabend! Fournes verläßt mit einigen Kameraden die Baustelle. Bald wird es für immer Feierabend sein — denn die Arbeit ist fast beendigt und einen 60jährigen Bauarbeiter wie Fournes will keiner haben

„Ja, wir beide stempeln nun auch schon wieder über ein Jahr!" erzählen diese beiden Bauarbeiter, die ehemalige Kollegen von Vater Fournes sind. Aus der sogenannten berufsüblichen Saison-Arbeitslosigkeit im Baugewerbe ist längst eine Dauerarbeitslosigkeit geworden wie bei allen anderen Berufsschichten. Die kapitalistische Wirtschafts-Unordnung hat auch die qualifiziertesten Arbeitskräfte auf den Aussterbeetat gesetzt

Mittagspause in der Baukantine. Da gibt es keine freundlichen, hellen Speisesäle mit guten, preiswerten Mahlzeiten, zu deren Einrichtung und Lieferung die Regierung der Sowjet-Union alle Fabriken verpflichtet. Unsere Regierung hat andere Sorgen. . . Vater Fournes sitzt zwischen seinen Kollegen, deren Gespräch sich zwischen dem Verzehren des mitgebrachten Frühstücks hauptsächlich um die Fragen Streik, Lohnabbau und Arbeitslosigkeit drehen.

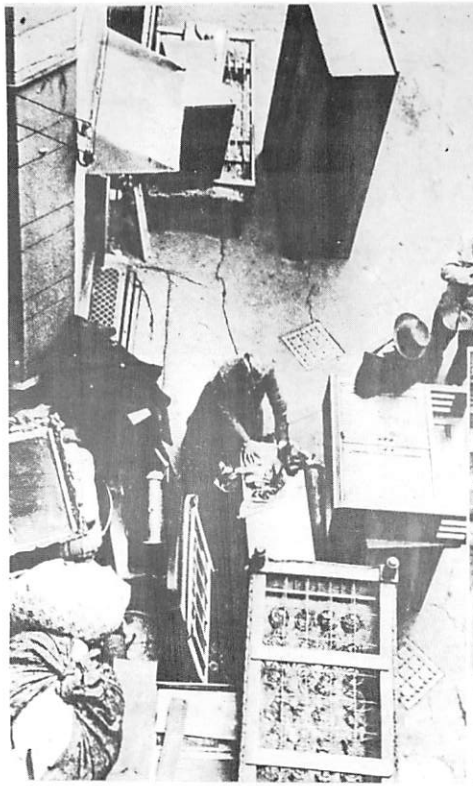
Lehrling Kurt kommt von seiner Arbeitsstelle. Er arbeitet in einem Betrieb, der zum AEG-Konzern gehört. Da versteht es sich von selbst, daß er hundemüde ist, wenn er die Fabrik verläßt

Hans muß seine Mittagspause gewöhnlich auf offener Straße halten. Wenn er grade zwischen zwei Fahrtouren Zeit hat, setzt er sich so bequem wie möglich auf seinem Rad zurecht und futtert seine Stullen

Auch im Betrieb der Tochter Marie gibt es keine Kantine. In der Arbeitspause eilt sie auf die Straße, wo sie sich an einem Getränkewagen ein Glas Milch oder eine Limonade leistet

SELBSTHILFE DAMALS

Selbsthilfe gegen Wohnungs-Elend

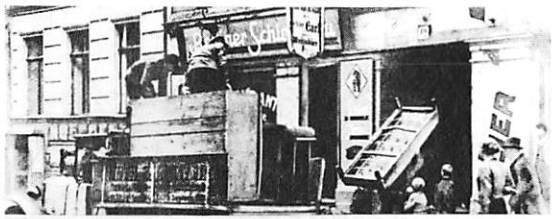


Seit sechs Jahren wohnt Frau F. mit ihren drei Söhnen in Berlin, Weinbergsweg. Solange Arbeit vorhanden war, wurde auch die Miete pünktlich bezahlt. Dann nahm man ihnen die Arbeit und drückte ihnen die braunen Stempelkarten in die Hände, der ganzen Familie. Wollten sie jetzt Brot kaufen, dann konnten sie keine Miete mehr zahlen. Sechs Monate ging das so. Dann erschien der Gerichtsvollzieher und ließ die Möbel auf die Straße stellen.

Mit scharfem Ruck hält ein kleiner Lastkraftwagen vor der Haustür. 15 junge Proleten springen ab. Proleten, mit der Stempelkarte in der Tasche. Feste Fäuste fassen zu. Im Augenblick sind die paar Möbel auf dem Wagen verstaut. Und weiter geht die Fahrt...

Das haben sich die Hauswirte nicht träumen lassen. So lange haben sie sich beklagt, daß ihre schönen Wohnungen leer stehen, und jetzt kommen die Mieter sozusagen von selbst...

Von selbst? Sie kommen, weil die Erbarmungslosigkeit anderer Hauswirte sie auf die Straße gesetzt hat, als sie die viel zu hohen Mieten nicht mehr bezahlen konnten. Sie kommen nicht allein, sondern unter tätiger Mithilfe der Erwerbslosen, die am eigenen Leibe erfahren haben, was es heißt, bei beginnender Winterkälte von bitterster Obdachlosigkeit bedroht zu sein. Etwas Neues ist geschehen. Der Hauswirt hat einen neuen Verhandlungspartner vor sich: nicht den vereinzelten Mieter, sondern eine ganze solidarische Masse. Hier, bei den Exmissionen, entsteht eine neue Front. Da schleppen Parteilose und Kommunisten mit SA-Leuten und Reichsbannerkameraden die dürftige Habe der Exmittierten die schönen neuen Treppen hinauf, und wenn sie wieder auseinandergehen, wissen sie, was proletarische Solidarität bedeutet. Die Reichsbannerkameraden werden ihren Führern, die ihnen erzählen, daß die Kommunisten nur die Einheit der Arbeiterfront sprengen wollen, nicht mehr glauben. Die SA-Männer werden gelernt haben, daß nicht mit Fürsten und Kapitalisten zusammen die soziale Befreiung zu erkämpfen ist, sondern nur beim Zusammenschluß der Werktätigen selbst. Kleingewerbetreibende, die bisher überhaupt noch nicht auf den Gedanken der Selbsthilfe, des Kampfes um ihr Recht gekommen sind, finden sich mit den Betriebsarbeitern und Erwerbslosen in einer Front. Der Gedanke der proletarischen Selbsthilfe, die in der Sowjetunion zum Sieg über den Kapitalismus und zum Aufbau eines neuen Staates geführt hat, gewinnt auch in Deutschland mehr und mehr Gestalt.

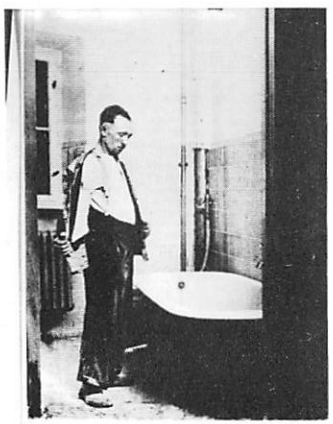


...bis der Wagen wieder hält. Grenadierstraße 19. Einige Hausbewohner sehen erstaunt aus den Fenstern. Keiner weiß etwas davon, daß heute die leerstehende Fünf-Zimmer-Wohnung von neuen Mietern bezogen werden soll. Schnell werden die Möbel vom Auto in die Zimmer transportiert.

Frau F. hat mit ihren drei Söhnen ein neues Heim gefunden. Der Staat hat sie auf die Straße gesetzt, er braucht ihre Arbeitskraft nicht mehr, sollen sie sehen, wo sie bleiben. Sie fanden Hilfe bei Gleichgesinnten, denen es heute oder morgen auch so gehen kann, und denen sie dann helfen werden.

Zwei Berliner Wohnungen. Eine armselige, halbzerfallene Laube in der Rungiusstraße (Britz) und ein komfortabler Neubaublock in der Thiemannstraße (Neukölln). Kann man diese windschiefe Baracke noch als „Wohnung" bezeichnen? Und doch hausen Proleten drin. Schon der letzte Winter war unerträglich. Sollte das Kind nicht erfrieren, mußte es fortgegeben werden. Und wieder wird es Winter. Da kam die Besitzerin des Laubengeländes und sagte: „Während des Winters dürfen Sie hier nicht bleiben." Eine Wohnung bekamen sie nicht. Da kamen die Kollegen der Stempelstelle, packten die Sachen an und trugen sie in die Thiemannstraße

Zwei Berliner Küchen. Die Küche in der Laube hat keinen Fußboden. Der Wind pfeift durch die dünne Wand. Das Bewohnen dieser Hütte wurde Frau H. untersagt, weil das keine „Wohnlaube" sei. Wir sind der gleichen Meinung. Und auch Frau H. arbeitet lieber bei fließendem warmem und kaltem Wasser in der neuen Küche, die sie durch die Solidaritätsaktion der Erwerbslosen erhalten hat.



Wenn man den Hahn aufdreht, läuft warmes Wasser in die weiße Wanne. In der Laube mußten sie das Wasser vom Brunnen holen. Eimer für Eimer. Da konnte man sich nur notdürftig säubern. Wenn man Kartoffeln und Brot gekauft hat, dann reicht das Geld nicht mehr zur Benutzung der Brausen in der Städtischen Badeanstalt.

Immer wieder greift der kleine Richard an die Röhren

Wir wollen im Meyerhof nicht verrecken

Heinrich Zille: „Mit einer Wohnung kann man einen Menschen genau so töten, wie mit einer Axt!"

Autobushaltestelle Lehniner Platz — Kurfürstendamm. Rechts der Prachtbau des Ufa-Theaters. Links das Kabarett der Komiker. Dazwischen die breite Einfahrt zu einer der größten Berliner „Mietkasernen", zum „Appartementshaus Lehniner Platz". 6 Hauptaufgänge, 4 Seitenaufgänge, vier- und sechsstöckige Gebäude. In den Aufgängen edelholzgetäfelte Fahrstühle. Rund 120 Wohnungen, die meisten mit einem Zimmer, einige mit zwei Zimmern. Große, helle Zimmer, mit breiten Fenstern, mit eingebauten Schränken, mit allen erdenklichen Schikanen modernster Wohnungstechnik. Elektrische Kochnische, marmorgekacheltes Bad. Preis der billigsten Wohnung im sechsten Stock, bestehend aus einem Zimmer, Kochnische, kleiner Diele und Bad: 120 Mark. Das ist Berlin!

Ackerstr. 132/133. Rechts eine Mietkaserne. Links eine Mietkaserne. Dazwischen die größte Mietkaserne Deutschlands, der Meyerhof. 6 enge, finstere Höfe, über denen ein kleines Stück grauer Himmel hängt. In den Aufgängen vermorschte, ausgetretene Treppen. Rund 200 Wohnungen, dazwischen Pferdeställe, Werkstätten, Kohlenkeller. Keine Zimmer, sondern Löcher, Wohnlöcher im Keller, im Parterre, im ersten, zweiten, dritten, vierten Stock. Kochstuben ohne Wasserleitungen, uralte, halb zerfallene Kochherde. Im ganzen Haus keine Badestube.

Für 30 Personen ein Klosett.

Ach was, kein Klosett: zwei Stangen, dazwischen Holzbretter, darunter ein breites Rohr. An der Wand ein Kran mit einem winzigen Ausguß darunter, angeblich eine Wasserleitung, aber was herauskommt, sieht wie Tinte aus. Im Meyerhof wohnen 1300 Menschen, oft 20 in einer Wohnung. Hier wohnen die Aermsten, die Ausgebeutetsten, die Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfänger. Das ist auch Berlin, das ist das wahre Berlin!

In den Jahren des glorreichen Krieges gegen Frankreich, in den Jahren, als Deutschland wieder einen Kaiser bekam, in den Jahren 1870/71, entstand dieses Wohnzuchthaus. Und so, wie es vor 63 Jahren erbaut wurde, so blieb es: keine Reparatur wurde seitdem wieder vorgenommen. Was scherte es den Hauswirt, wenn der Verputz von den Wänden fiel, wenn in den Kellern der Schwamm saß, wenn die Bewohner an der Schwindsucht krepierten? Hauptsache: er bekam sein Geld. Und er bekam es, dafür sorgten schon Polizei und Gericht.

In 63 Jahren hat der Meyerhof seinen wechselnden Besitzern insgesamt etwas mehr als 5 500 000 Mark eingebracht, ein vielfaches dessen, was seine Errichtung gekostet haben mag, ein Vielfaches dessen, was die Bausumme an Bankzinsen gebracht hätte. Und nicht ein Pfennig von diesen Millionen wanderte in das Haus zurück; mit dem Leben der Bewohner wurde ein Raubbau getrieben, wie man ihn sich schlimmer nicht vorstellen kann. Wenn man durch die Wohnungen und Kellerlöcher, über die Höfe und Aufgänge geht, dann faßt man sich an den Kopf. Man glaubt einfach nicht, daß Menschen so wohnen können: so etwas gibt es in einem „Kulturstaat"? So etwas gibt es in einer Stadt, in der

23 000 Wohnungen leerstehen?

Der Mann, der seit 2 Jahren aus den Mietern das Letzte herauspreßt, ist der Russe Tumerkin. Vor 15 Jahren jagten die russischen Arbeiter und Bauern ihn und seinesgleichen fort — der „sozialen deutschen Republik" blieb es vorbehalten, ihm die weitere Ausübung seines schmutzigen Handwerks zu ermöglichen.

Jahrelang sammelte sich die Wut in den Mietern an, die in dieser Hölle leben mußten; jahrelang fraßen sie ihre Empörung in sich hinein. Aber dann ertrugen sie es nicht länger, sie griffen zu ihrer schärfsten Waffe, zum Mieterstreik. Und so leuchten von den Wänden die roten Parolen, so flattern aus den Fenstern die roten Fahnen, so hängen unter den Dächern die Transparente, die die Mieter zur Einigkeit gegen den Hauswirt auffordern, die die Not dieser Menschen, die ihr erschütterndes Elend hinausschreien in die Ohren der Welt.

„Wart ihr denn nicht bei der Baupolizei?"

„O doch! Natürlich!"

„Und was hat die gesagt?"

„Ehe der herabfallende Mörtel nicht einen Menschen totgeschlagen hat, können wir nichts machen!"

„Und das Gesundheitsamt?"

„Ja, die waren sogar ein paarmal da. Aber sie haben immer nur lange Reden geführt und nichts gemacht!"

Wohnung des Schwerkriegsbeschädigten Neumann:

Eine Küche, etwa 3 mal 3 Meter groß, darin ein alter Herd, ein Wasserkran, ein Bett, ein Tisch, zwei Stühle, ein kleiner Küchenschrank. Preis der „Wohnung" monatlich 15 Mark.

„Ich kann ihnen keinen Stuhl geben," sagt die Frau, „es ist ja gar kein Platz dafür da!" Dann rückt sie das Bett von der Wand ab: „Sehen Sie mal hier!" In der Wand ist eine etwa 15 Zentimeter breite Ritze. Wenn man sich bückt, kann man durch diese Ritze ins Klosett sehen. Ein widerlicher Gestank kommt heraus, haftet in der Wohnung des Invaliden. Jedes Wort, das man im Zimmer spricht, kann man vom Klosett aus hören. Genau so ist jedes Geräusch vom Klosett her in der Wohnung vernehmbar.

Ueber dem Küchentisch sind an der Wand graue Streifen. „Wenn das Klosett oben verstopft ist", sagt die Frau, „dann

läuft der Dreck die Wände herunter

auf unseren Tisch!" Preis des Wohnloches: 15 Mark!

Wohnung des Erwerbslosen Weißhoff: eine große Stube, gegenüber die Küche. Preis im Monat: 23 Mark. Im Zimmer sind keine Tapeten an den Wänden. Weißhoff erzählt:

„Vor einem Jahr hat sich die Familie nebenan mit Gas vergiftet, und da sind die Wanzen in Scharen vor dem Gas in meine Wohnung geflüchtet. Mit 6 Kilo Schwefel habe ich die Stube ausgeschwefelt, alle Tapeten mußte ich runterreißen, 4 Tage habe ich den Schwefel in der Wohnung gelassen. Nachher hat meine Frau die Wanzen mit der Müllschippe herausgeschaufelt. Und der Hauswirt weigert sich, die Stube wieder tapezieren zu lassen. ‚Was gehen mich ihre Wanzen an?' hat der Verwalter gesagt!"

„Sind denn die Wanzen weg?"

„Ach, im Gegenteil: alles wieder voll. Im Sommer habe ich einmal am Fenster die Zeitung gelesen, da sind plötzlich von außen her lauter Wanzen auf das Papier gefallen. Die gehen hier niemals mehr raus!"

Die Frau dreht den Wasserhahn auf:

eine schwarze Brühe,

wie Tinte aussehend und widerlich stinkend, kommt heraus. „Das sollen wir trinken!" sagt die Frau.

Die Wände der Flure sind feucht, feucht die Treppenaufgänge, feucht die Wohnungen. Das ganze Haus ein riesiger Seuchenherd.

Neben Weißhoff wohnt eine alte Frau. Auf unser Klopfen hin öffnet sie die Türe einen Spalt: „Was wollen Sie?" — „Wegen der Wohnung!" sagt der Mietervertreter, der mich führt. — „Ich habe Ihnen doch schon gesagt," schreit die Alte, „bei mir ist alles in Ordnung. Ich habe eine sehr schöne Wohnung. Bei mir ist nichts!" Bumms. Die Türe ist zugeschlagen. Die Frau ist geistesgestört. Als sie vor 30 Jahren einzog, war sie normal.

Im dritten Hof ist der Gestank besonders widerlich. Von den Pferdeställen kommt es her. Und sogar die Pferde leiden unter den Verhältnissen, in denen sie hausen müssen: knochige Tiere mit großen, müden Augen.

Den ganzen Tag fahren die schweren Lastautos durch die fünf Durchfahrten. Riesige Löcher sind im Boden: Lebensgefahr für den Fahrer! Niemand kümmert sich darum.

Wenn im vierten Stock der Fußboden gewischt wird, dann läuft im dritten Stock das Wasser von der Decke herunter. Kleider, Möbel, Menschen gehen kaputt: wen kümmert es?

Im ersten Keller ist eine Schmalzsiederei, und wenn hier das Affenfett gesotten wird, dann stinkt es durch den ganzen Meyerhof. Interessiert den Hauswirt nicht!

Und so könnte man Tausende von Mängeln aufzeigen, hier ist das Treppengeländer morsch, dort bricht der Mörtel in Riesenstücken herab, hier sind aus der Mauer große Stücke herausgestoßen, dort steht ein Wohnkeller halb unter Wasser: Berlin, Hauptstadt des ersten „Kulturstaates" der Welt, im Januar 1933.

Geschlossen, einig stehen die Mieter im Kampf. Ob Kommunisten, Sozialdemokraten, Nationalsozialisten, Parteilose: sie kämpfen für ihre elementarsten Rechte, sie kämpfen um ihr nacktes Leben, um ihr bißchen Dasein, das sie menschenwürdig fristen wollen. Auch der Bäcker im Vorderhaus hat die Richtigkeit des Streiks erkannt, streikt mit.

„Jedem Deutschen eine gesunde Wohnung." Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, Artikel 155.

„Die Reinerhaltung, Gesundung und Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden." Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, Artikel 119, Absatz 1.

„Die Jugend ist gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung zu schützen." Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, Artikel 122, Absatz 1.

Und Heinrich Zille hat einmal gesagt: „Mit einer Wohnung kann man einen Menschen ebenso töten wie mit einer Axt."

Von den Wänden rufen die Losungen, unter Lebensgefahr mit roter Farbe angebracht: „Wir wollen als Menschen leben!" heißt eine Parole. Dafür müssen Menschen kämpfen!

„Machen Sie die Transparente ab!" hatte der Hauptmann vom benachbarten Polizeirevier befohlen.

„Wir?" Die Leute vom Mieterausschuß lachten. „Wir haben sie doch nicht angemacht — wir wissen gar nicht, wie sie dahingekommen sind!"

Das sind die Forderungen der Mieter:

Senkung der Mieten um 25 Prozent.
Reines Trinkwasser.
Streichung der rückständigen Mieten.
Rücknahme sämtlicher Exmissionsklagen.
Vollständige Renovierung des gesamten Gebäudes.

Es ist wie ein Hohn: für die schwarze Brühe, die aus den 60 Jahre alten Rohren läuft, sollen die Mieter monatlich 6,6 Prozent der Miete extra bezahlen!

Auf den schmutzigen Höfen spielen Kinder. Kinder, wie wir sie von den Bildern der Kollwitz kennen: bleich, hohlwangig, mit großen, tiefliegenden Augen, mit einem erschreckend wachen Blick: sie wissen, um was es da geht. Sie wissen, wem sie dieses entsetzliche Leben, dieses Aufwachsen in Dreck und Gestank, in einer Hölle zu verdanken haben.

Und genau wie die Erwachsenen, die die rote Fahne aus dem Fenster hängen haben und stolz die Plakette mit den zwei roten Fahnen im Knopfloch und an der Mütze tragen, genau wie die Erwachsenen wissen auch sie, die Kinder, was ihnen nur helfen kann: Kampf!

Kampf nicht nur gegen Mietwucher, Kampf nicht nur um sauberes Trinkwasser und um trockene Stuben, Kampf auch gegen Hunger und Frost, Kampf auch gegen das ganze System, in dem ein solcher Zustand wie der Meyerhof möglich ist.

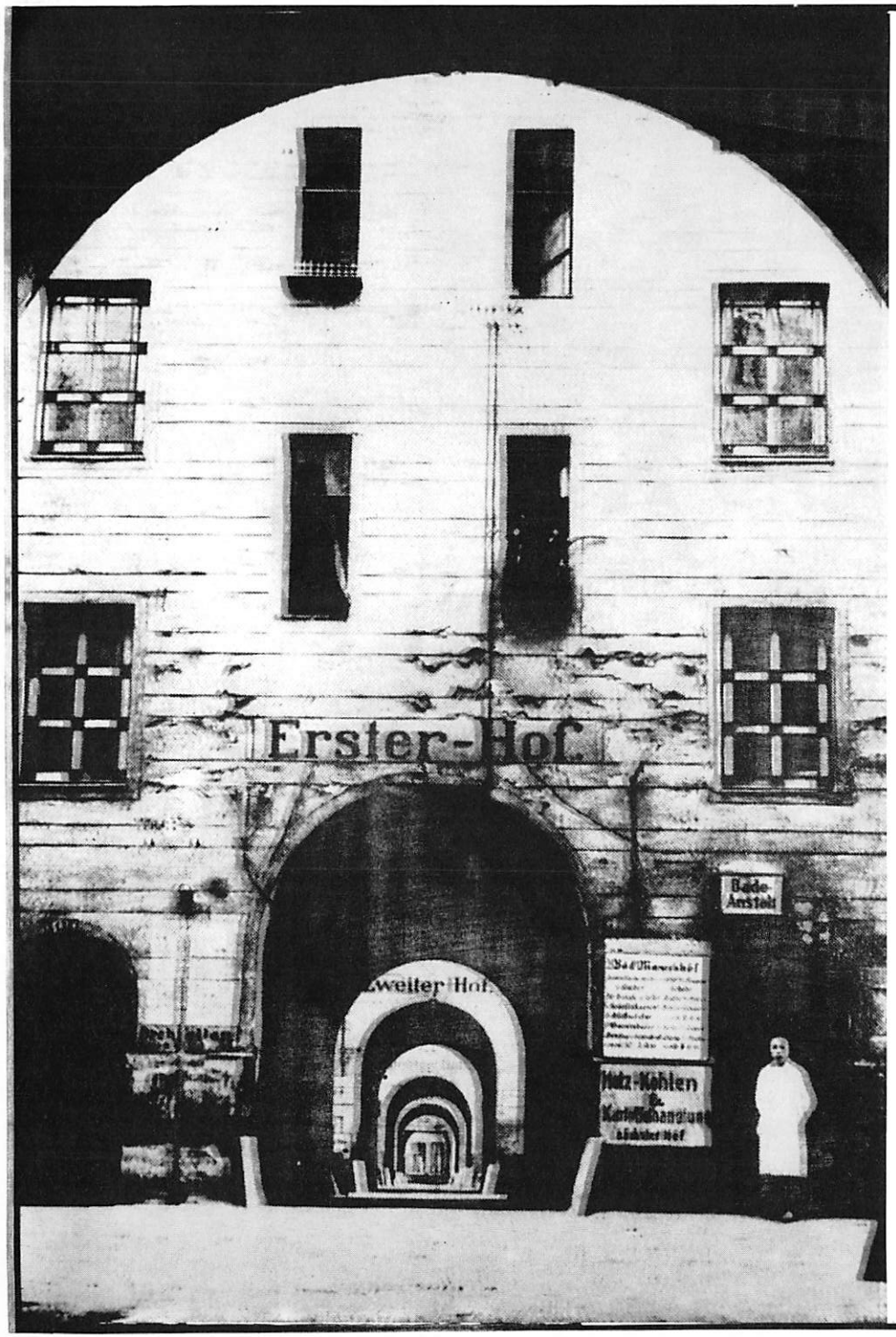
Streik im Mayerhof aber, das ist ein großer Teil des Bildes, das heißt: Kampf um eine bessere Zukunft.

Rote Fahnen wehen auf dem Meyerhof,

dieser finsteren Zwingburg des kapitalistischen Systems. Rote Fahnen wehen auf dem Meyerhof, auf der Mietkaserne im Berliner Norden.

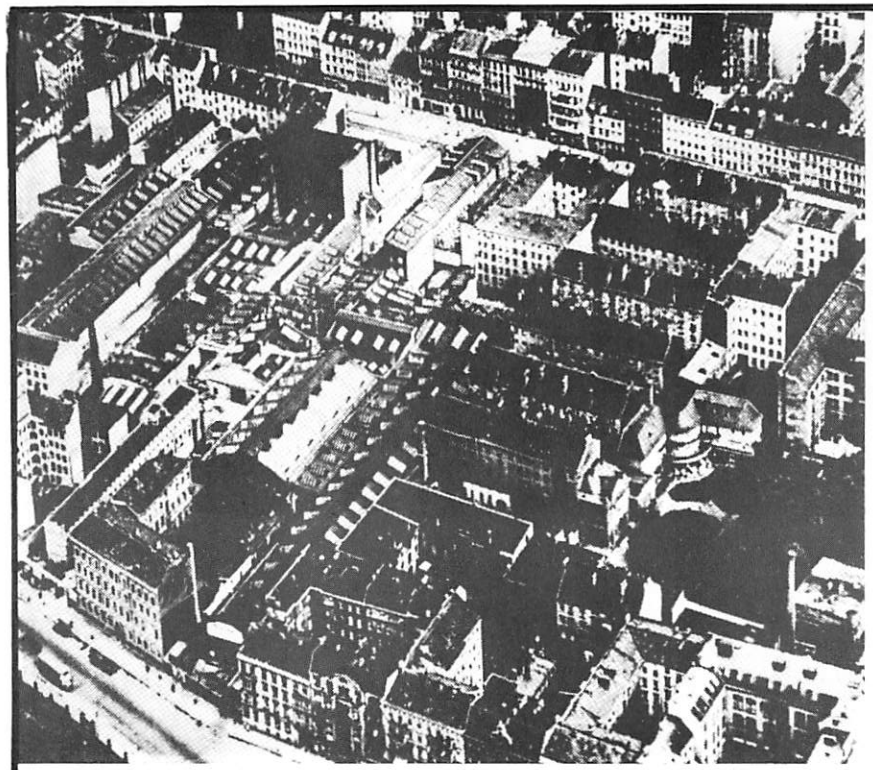
Und rote Fahnen werden eines Tages wehen auf dem „Appartementshaus Lehniner Platz", werden wehen auf allen Gebäuden der Stadt, des Landes, der Welt!

Georg W. Manfred.



"Meyers Hof, Ackerstraße 132/133 gebaut im Jahre 1874 als Mietskasernenanlage aus sieben mehrgeschossigen Wohnhäusern um sechs 1o Meter breite Höfe. Im zweiten Weltkrieg weitgehend zerstört. Die Wohnungen bestanden aus Stube, Küche und Kammer, waren jedoch nicht zusammenhängend, sondern es lagen die Stuben auf der einen, Kammer und Küche auf der anderen Seite des durchgehenden Mittelkorridors, so daß bis zu sieben Wohnungen an demselben Flur lagen. Das ganze Grundstück enthielt 3oo Wohnungen dieser Art und wurde von 2ooo Personen bewohnt. Brunnen und Abtritte befanden sich auf den Höfen.

(nach "Berlin und seine Bauten", 1896)



Hir ist Mieterstreik-Wir fordern

Aus dem Reisetagebuch eines Architekten:

Mieterstreik in der "Weißen Stadt"

"Berlin, 3o.1. - 19.2.1932
In dieser kalten Winternacht habe ich auf dem Weg nach Haus zwischen Anhalter Bahnhof und Potsdamer Platz 1o8 Nutten gezählt. Ich wohnte in der "Weißen Stadt" in Reinickendorf/Wedding, in einer Mustersiedlung, die unter der Leitung von Professor Salvisberg nach Plänen einer Gruppe bekannter Architekten gebaut wurde. Die Bewohner der Siedlung setzen sich zum größten Teil aus Angestellten, Kleinbourgeoisie und Intelligenz zusammen.
Für unsere geräumige, rational gebaute Wohnung (3 Zimmer mit Kochnische, Badezimmer, Gas, Elektrizität, Warmwasser und Zentralheizung) muß man 78 Mark zahlen. Bauherr und Eigentümer der Siedlung ist eine sogenannte "Gemeinnützige Baugesellschaft Primus AG". In Berlin hat diese Gesellschaft an die 5ooo Häuser gebaut. Desto verwunderlicher ist es, daß von den 12oo Wohnungen unserer "Weißen Stadt" 3oo leerstehen.
Nach Berechnungen des statistischen Büros Berlin, standen am 1.12.1932, 26 655 Wohnungen und 23 o28 Produktionsstätten leer. Diese leerstehenden Gebäude werden von der Polizei - damals noch SPD - sorgfältig für die Eigentümer und Spekulanten bewacht, während 1oo - 11o ooo Menschen in Baracken am Rande der Stadt neben den Neubauten hausen, andere hunderttausend leben in beängstigender Enge in alten Arbeiterunterkünften.
Die Hausverwaltung "Primus AG", die ein Eckhaus am Eingang der Siedlung bewohnt, nimmt die Mieten der Bewohner ein. Eines schönen Tages lasen wir unter den Fenstern des Kontors die Losung: "Früher Essen, heute Wohnungsmiete". Auf der gegenüberliegenden Seite stand: "Jeder senkt seine Monatsmiete um 1o%". Das war "Mieterstreik". Am Abend fand eine Mieterversammlung statt, es wurde eine Resolution angenommen. Man wollte die Miete gruppenweise bezahlen, um eine Mietsenkung herbeizuführen und die unentschlossenen Mieter zu gewinnen.
Man macht sich nur schwer eine Vorstellung vom menschlichen Leid in diesen Wohnungen. Die Wohnung, in der ich lebte, wurde von einem Studenten, einer Photographin, die in einem Atelier beschäftigt war, und einem arbeitslosen Techniker bewohnt. Die Gespräche drehten sich allesamt um die drohende Ausweisung aus der Wohnung wegen nicht bezahlter Miete. Unsere Wohnungsnachbarn überlegten, wie man einer Ausweisung entgegenwirken könnte. Einer von ihnen fand eines Abends eine Erklärung vor seiner mit 4 Siegeln versehenen Wohnung vor: "An Herrn X. Mit dem heutigen Tage werden Sie aus Ihrer Wohnung ausgewiesen. Sie haben nicht mehr das Recht, diese zu betreten. Ihre Sachen finden Sie in der Abstellkammer in der Straße sowieso." Im allgemeinen erfolgt die Ausweisung aus dieser "allgemeinnützigen Wohnung" unter Polizeischutz. In solchen Fällen organisiert der Mieterbund eine Demonstration. Einmal haben in solch einem Fall Jugendliche, die im Haus wohnen, ein 3o Meter langes Plakat am Siedlungseingang aufgehängt: "Polizisten, schießt nicht auf Arbeiter!"

Die deutsche Bauwirtschaft ist nahe an der Katastrophe. Innerhalb von 4 Jahren ist das Investkapital von 8,9 Millionen auf 4,5 Millionen Mark gesunken. Der allgemeine Rückgang beträgt 6o% in der Bauindustrie (Mitte 1932). In großen und mittleren deutschen Städten betrug das Wohnungswachstum 193o im ersten Quartal 43 478 Wohnungen, 1931 25 532 Wohnungen und 1932 1o 857 Wohnungen. Diese Zahlen beweisen deutlich genug, wie es um das Bauen im Kapitalismus steht. Parallel zum Absinken des Wohnungsbaus wächst die Massenarbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern Deutschlands. Schon im April 1932 waren es 879 993. ...

Den überall auf bekannte Art und Weise arbeitenden Architekten gibt es nicht mehr, in Deutschland sind anerkannte Talente jetzt damit beschäftigt, ihre künstlerischen Archive zu sichten. Die professionellen Organe sind mit Arbeitsannoncen überfüllt. Aus den letzten größeren Bauten von Erich Mendelsohn und Peter Behrens (Geschäftshäuser "Kolumbia", "Berolina" im Zentrum Berlins) hängen aus Hunderten von Fenstern Schilder, aus denen hervorgeht, daß die Räume zu vermieten sind. Die bürgerliche Architektur stirbt. Sie stirbt an den Widersprüchen ihrer Gesellschaftsstruktur.

Die Zugspitze der Krise wirft die Architekten, die vom Baukapital abhängig sind, auf die Straße. Auf dieselbe Straße, die schon von der hungrigen Menge des Arbeitslosenheers bevölkert ist.

In einem Keller arbeitet die "Arbeitsgenossenschaft sozialistischer Architekten", die dem "Einheitsverband der Bauarbeiter" nahesteht. Die Mitglieder dieser proletarischen Zelle wissen, daß sie abgesehen von ihrer beruflichen Arbeitslosigkeit nicht ohne Arbeit sitzen:
diese Architekten wissen, daß nur unermüdliche revolutionäre Arbeit zu einer sozialistischen Architektur führt."

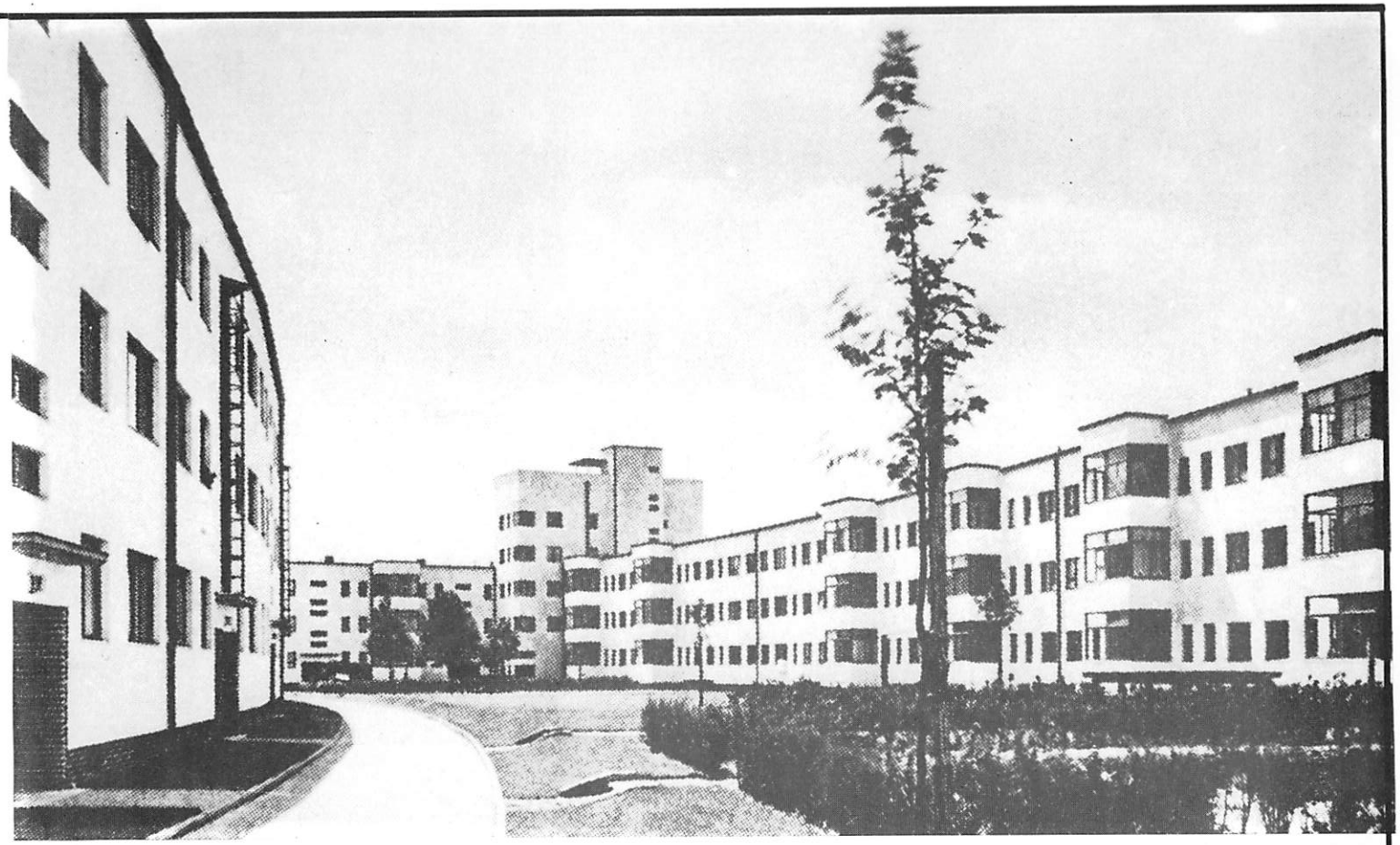
Hannes Meyer, 1933

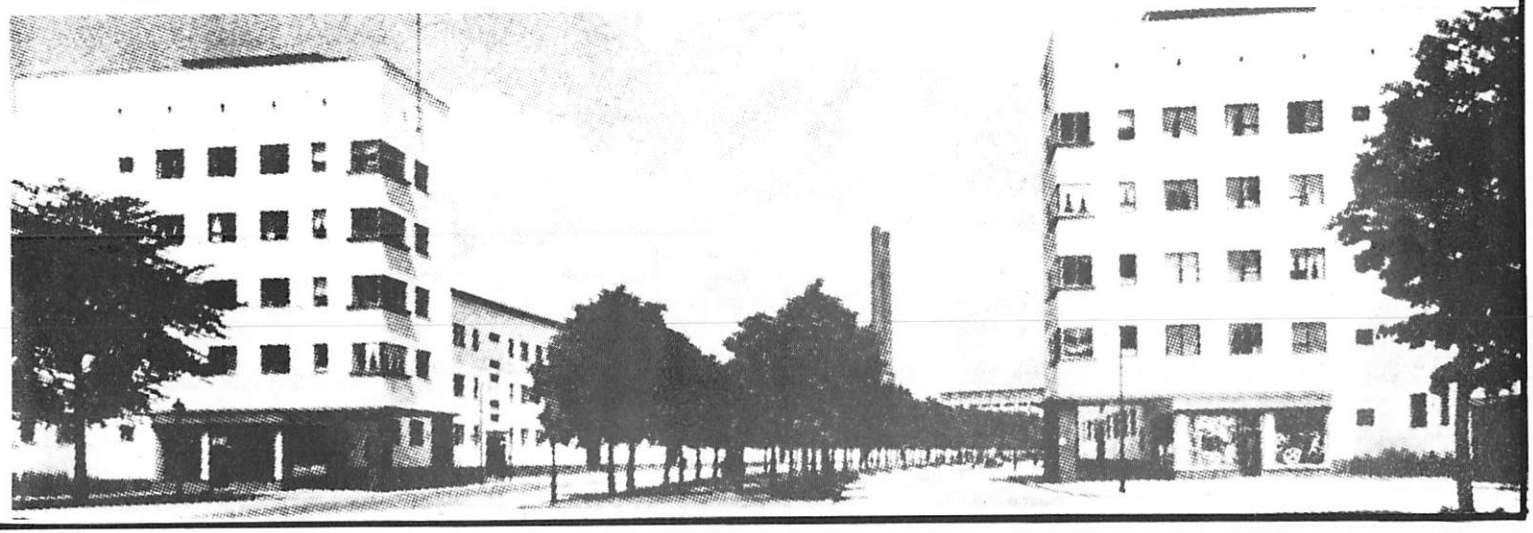
Siedlung "Weiße Stadt", 193o

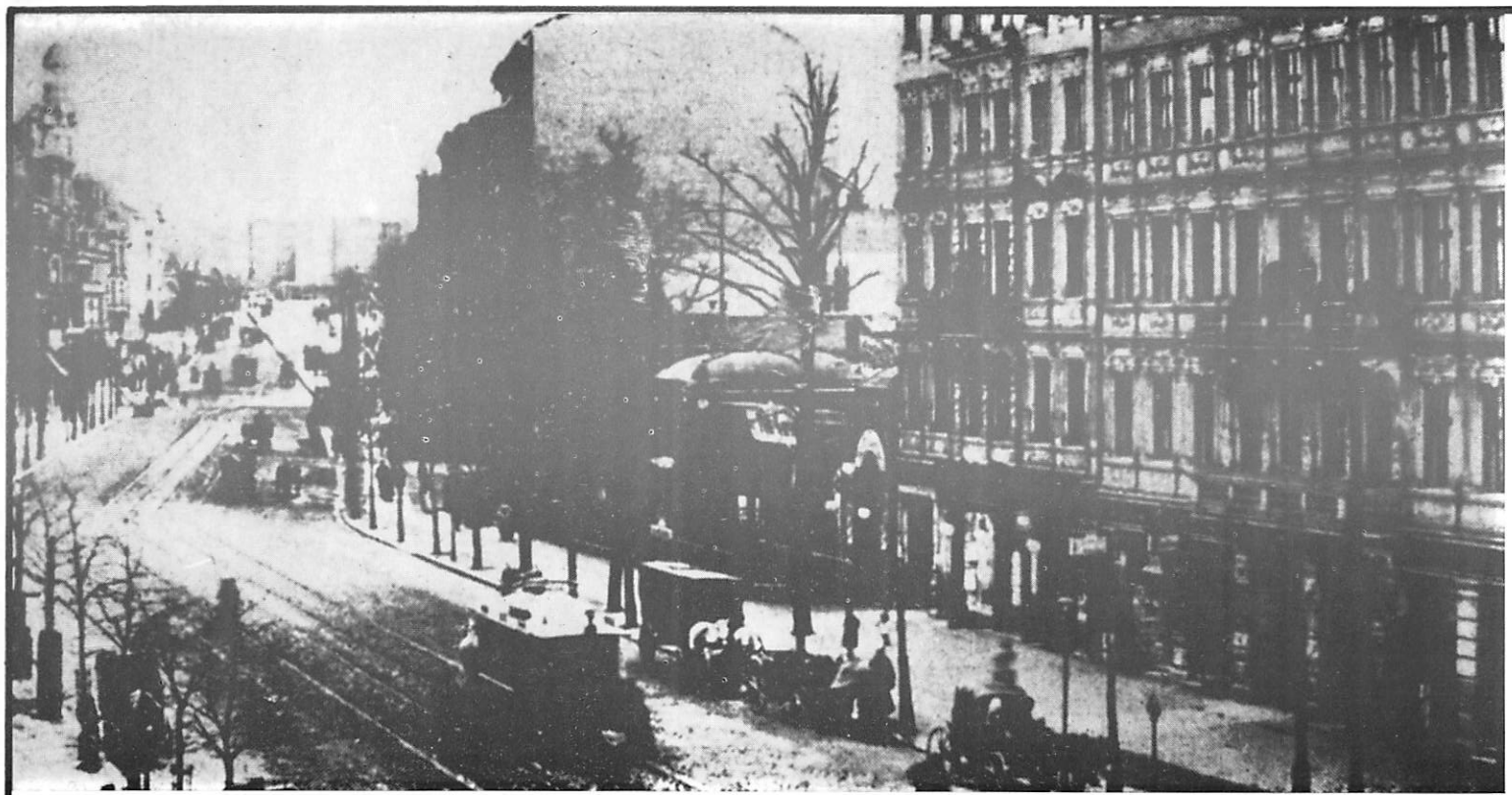
Blick in einen der Innenhöfe des Bauteils von Bruno Ahrends.

Siedlung "Weiße Stadt", 1931

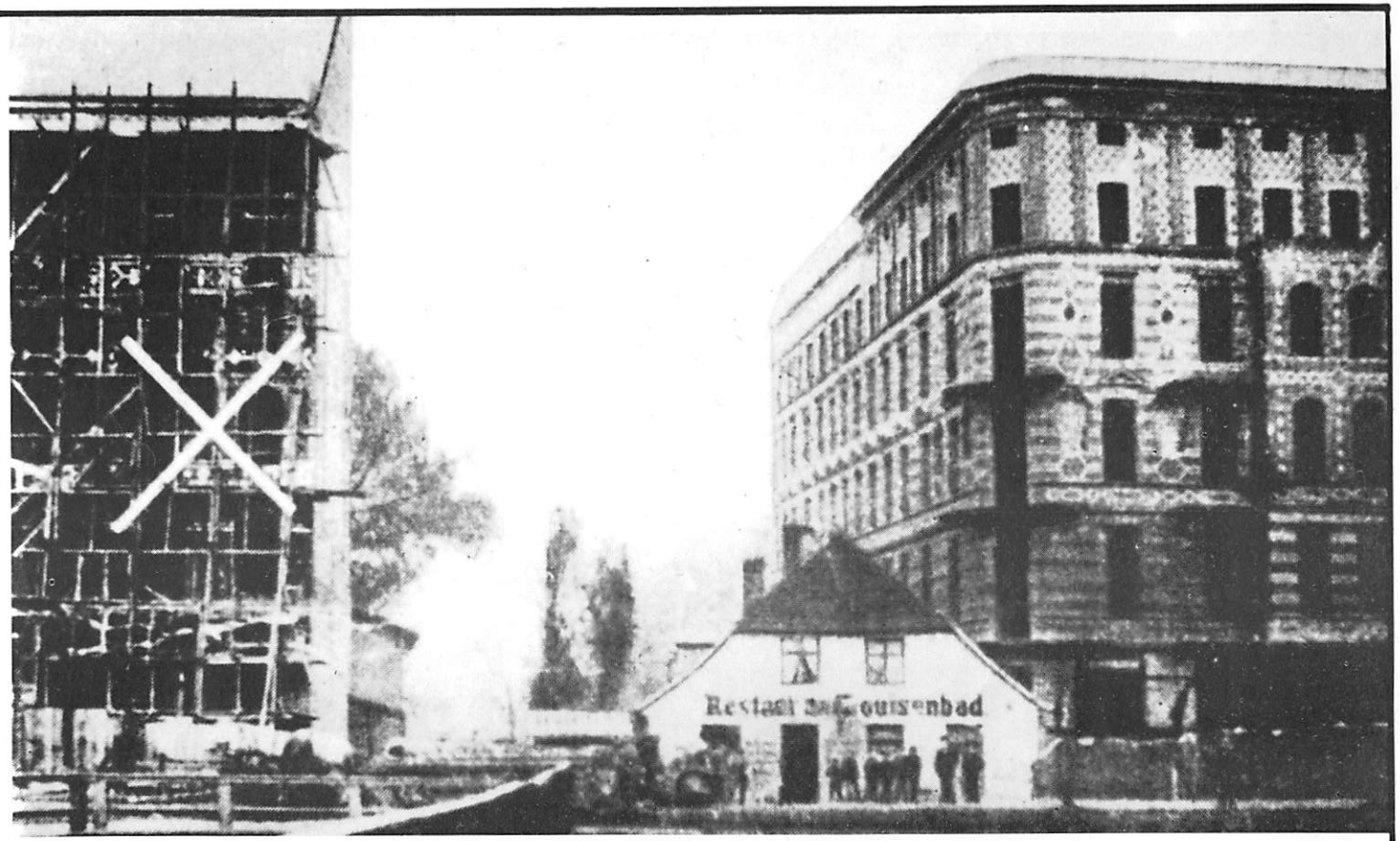
Blick auf die Kopfbauten am Eingang zur Schillerpromenade (heute Aroser Alle)







ABRISS IM WEDDING... 1891



"Ein Stück der Idylle nach dem anderen mußte dem Nützlichkeitsprinzip weichen. Der Einverleibung des Gesundbrunnens als Stadtteil folgte die Festsetzung der Straßenfluchten, das Abholzen uralter Bäume, das Abbrechen der kleinen, schöngelegenen Landhäuser, und der Anlage der Pferdebahn in der Badstraße mußte ein Teil des alten Quellgartens zum Opfer fallen; an der Stelle der Baumriesen stehen jetzt andere Riesen in Form von Mietskasernen im Geschmack der Gründerzeit und an Stelle der Blumengärten auf der Pankeinsel und des Poetensteiges Fabrikgebäude für Geldschränke. Das Alte muß dem Neuen weichen und dem Besseren; möchte das Bessere auch gleichzeitig das Schönere sein. Beim Gesundbrunnen ist es das Schönere nicht gewesen."

(Otto Suchsdorf, 1891)

... UND SEIT 1960

"Sanierung oder Stadterneuerung nennt man den Vorgang, der die Beseitigung städtebaulicher Mißstände, der sogenannten Slums zum Ziel hat."

(Bez.-Amt Wedding, 1963)

"Im Zuge der Sanierungsvorbereitung und -durchführung ist es zur Verwahrlosung der Bausubstanz und des Wohnumfeldes und damit verbunden zu Umschichtungen der Bewohner gekommen, die als Verslumung bezeichnet werden können."

(Deutsches Institut für Urbanistik über die Sanierung im Wedding, 1980)

"Die Hauptaufgabe für die nächste Zukunft wird im Wedding die Beseitigung des Wohnungselends sein. Die Erwartungen, gerade an der Sektorengrenze die Sünden der Vergangenheit im Wohnungsbau zu beseitigen, werden in den nächsten Jahren erfüllt werden. Anerkannte Fachleute untersuchen das Gebiet am Gesundbrunnen und werden Vorschläge für eine Sanierung - das heißt Gesundung - dieses Stadtteiles machen. Nach Koordinierung ihrer Vorschläge wird dann in den nächsten Jahren ein erneuerter und besserer Wedding entstehen."

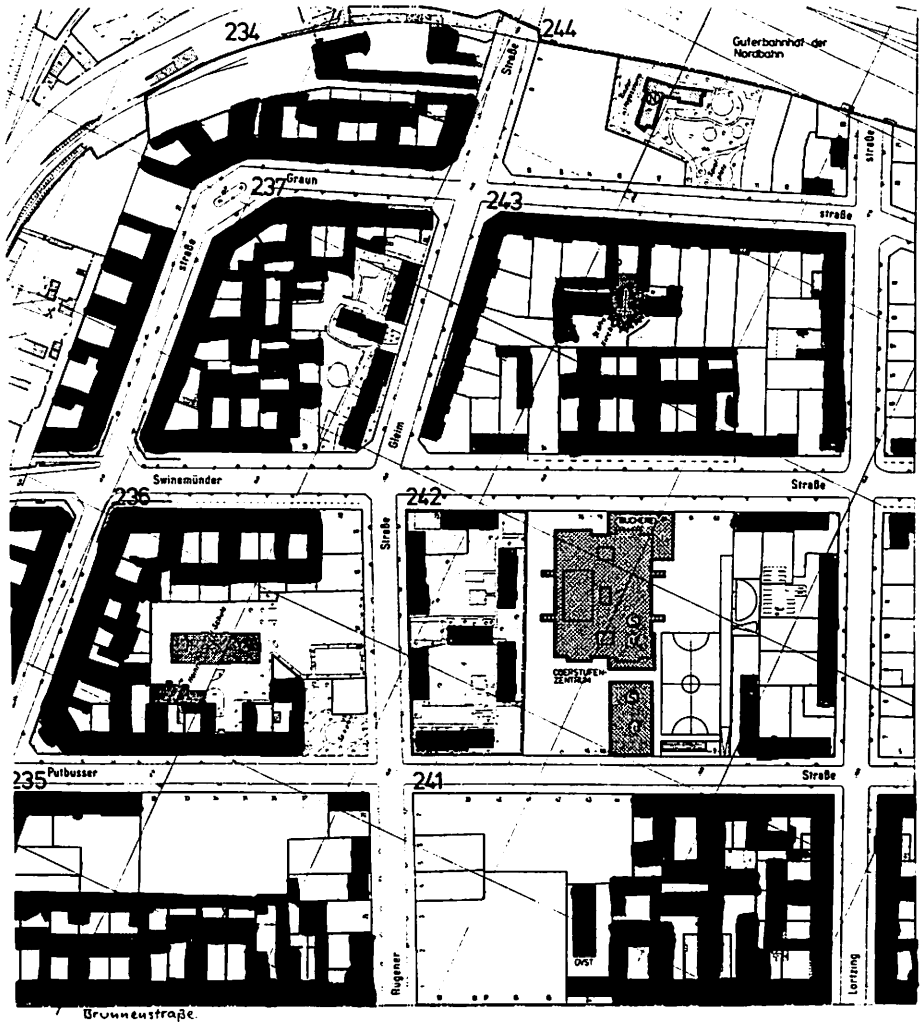
(Bez.-Bürgermeister Helmut Mattis, 1963, in: Bez.-Amt Wedding, 1963)

"Wer heute zu uns in den Wedding kommt, erlebt eine neue Wirklichkeit. Er spürt, daß unser Wedding mit dem größten geschlossenen innerstädtischen Sanierungsgebiet in Europa auf dem besten Wege ist, sich von den Fesseln der Vergangenheit zu lösen. Dabei ist uns hier nichts in den Schoß gefallen.
Der Wirklichkeitssinn und der Fleiß, die Beharrlichkeit und der Mutterwitz unserer keineswegs bequemen Mitbürger hat uns gemeinsam einen Weg gehen lassen, der die Hinterhof-Situation allmählich vergessen läßt. Viel, sehr viel ist noch zu tun. Wir wissen es. Jedoch ist ein Rückblick, eine Verschnaufpause wohl gestattet. Wenn uns bei einer solchen Gelegenheit die Ereignisse gemeinsamen Schaffens bewußt werden, so weiß ich, daß uns daraus die Kraft wachsen wird, um den vorgezeichneten Weg miteinander weiterzugehen."

(Bez.-Bürgermeister Horst Bowitz, 1980, in: Schimmler, 1980)

Ramlerstr., November 1979.

Putbusser Str., Februar 1981



Schwarz: Häuserbestand im Sanierungsgebiet Brunnenstr. 1977

S W (B)/P V

SANIERUNGSGEBIET WEDDING - BRUNNENSTR.
PLANUNGSEINHEIT P V (SWINEMÜNDER STR.)

M 1 : 2000

N

BESTAND 1977

WOHN-GEBÄUDE	GEWERBE-GEBÄUDE	ÖFFENTL. GEBÄUDE	
			VORHANDENE ALTBAUTEN
N	N	N	NEUBAUTEN 1945 BIS 1963
S	S	S	IM ZUGE DER SANIERUNG NEU ERRICHTETE BAUTEN (SEIT 1963)
M	M	M	IM ZUGE DER SANIERUNG MODERNISIERTE ALTBAUTEN (SEIT 1963)

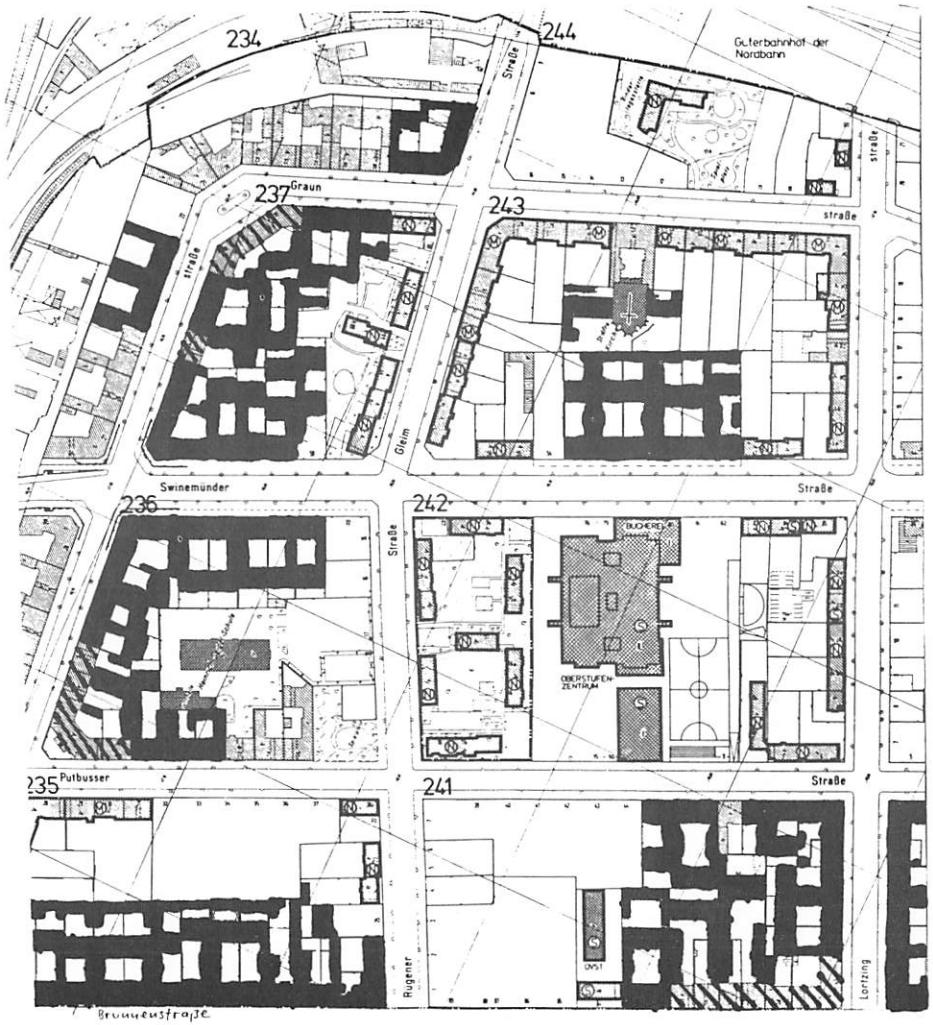
TGa 1 — TIEFGARAGE (1 EBENE)

St — STELLPLÄTZE

Ga 3 — GARAGENGEBÄUDE (3 EBENEN)

GRENZE DES SANIERUNGSGEBIETS

DER SENATOR FÜR BAU UND WOHNUNGSWESEN
ABTEILUNG 1
1977



S W (B)/P V

SANIERUNGSGEBIET WEDDING - BRUNNENSTR.
PLANUNGSEINHEIT P V (SWINEMÜNDER STR.)

0 10 25 50 100 200
M 1 : 2000

N

WOHN-GEBÄUDE | GEWERBE-GEBÄUDE | ÖFFENTL. GEBÄUDE

VORHANDENE ALTBAUTEN

NEUBAUTEN 1945 BIS 1963

IM ZUGE DER SANIERUNG NEU ERRICHTETE BAUTEN (SEIT 1963)

IM ZUGE DER SANIERUNG MODERNISIERTE ALTBAUTEN (SEIT 63)

TGa 1 — TIEFGARAGE (1 EBENE)

St — STELLPLÄTZE

Ga 3 — GARAGENGEBÄUDE (3 EBENEN)

GRENZE DES SANIERUNGSGEBIETS

DER SENATOR FÜR BAU- UND WOHNUNGSWESEN
ABTEILUNG I 1977

seit 1977 abgerissene Häuser

Deutsches Institut für Urbanistik:

Studie über die Auswirkungen von Sanierung in Berlin-Wedding

FLÄCHENSANIERUNG UND BLOCKENTKERNUNG HEISST:

"Mit dem Sanierungsgebiet Wedding-Brunnenstraße wurde ein Gebiet untersucht, das weitgehend den Sanierungstyp der klassischen Flächensanierung durch Abriß und Neubau repräsentiert.
Flächensanierung in verdeckter Form findet aber auch bei Modernisierungsverfahren statt, bei denen die Blockrandbebauung zwar weitgehend gehalten wird,die Blockinnenbereiche aber total entkernt werden.

EINSCHNEIDENDE BEVÖLKERUNGSÄNDERUNGEN

Insgesamt hat die Sanierung zu einschneidenden Bevölkerungsänderungen geführt. In Wedding,wo anstelle der Altbauten ein großflächiges Neubaugebiet entstand , ist die Bevölkerung im Zeitraum 197o - 1978 um 41% zurückgegangen. Von den bis 1979 durch Sanierungsmaßnahmen betroffenen Haushalten waren nur noch 15% mit einem Wohnsitz im Gebiet zu ermitteln.

VERLUST SOZIALER BEZIEHUNGEN

Der weitgehende Austausch der Bewohnerschaft verursacht aber auch bei denen, die bleiben können, einen erheblichen Verlust an sozialen Beziehungen. Dies trifft insbesondere ältere Menschen, die sich in ihrer Wohnung isoliert fühlen und ihrer früheren Wohnsituation nachtrauern.

ERHEBLICHE BELASTUNG DURCH NEUBAUMIETEN

Positiv beurteilt wird von vielen Sanierungsbetroffenen die komfortable Ausstattung der Neubauwohnungen. Allerdings hat sich die Quote der Wohngeld- und Sozialhilfeempfänger nach der Umsetzung verdreifacht (von 8% auf 27%).
56% der bereits von Mietsteigerungen betroffenen Einwohner findet die neue Miete erheblich zu teuer und muß sich bei Kleidung, Essen und Reisen einschränken.

ZWANG ZUM UMZUG

Die Notwendigkeit, sich wohnungsmäßig zu verändern, hat sich für viele Haushalte überhaupt erst aus der Sanierung selbst ergeben. 59% der umgesetzten Haushalte wäre lieber in der alten Wohnung geblieben. Hier zeigt sich der autoritäre Charakter des Eingriffs in voller Deutlichkeit: mehr als der Hälfte der Bewohner ist eine neue Wohnung verordnet worden, sie wurde zum Umzug gezwungen.
Die realen Einwirkungschancen des einzelnen Betroffenen auf das Sanierungsverfahren und seine Ergebnisse sind gering.

VERWAHRLOSUNG DER BAUSUBSTANZ VOR BEGINN DER MASSNAHMEN

Als zentrales Problem des Sanierungsverfahrens hat sich die Verwahrlosung der Altbauten vor Beginn der eigentlichen Maßnahmen erwiesen. Durch die unzureichende Bewohnbarkeit, die zum Teil katastrophale Außmaße annimmt,wird die offizielle Entmietung durch den freiwilligen Auszug vieler Mieter vorweggenommen.

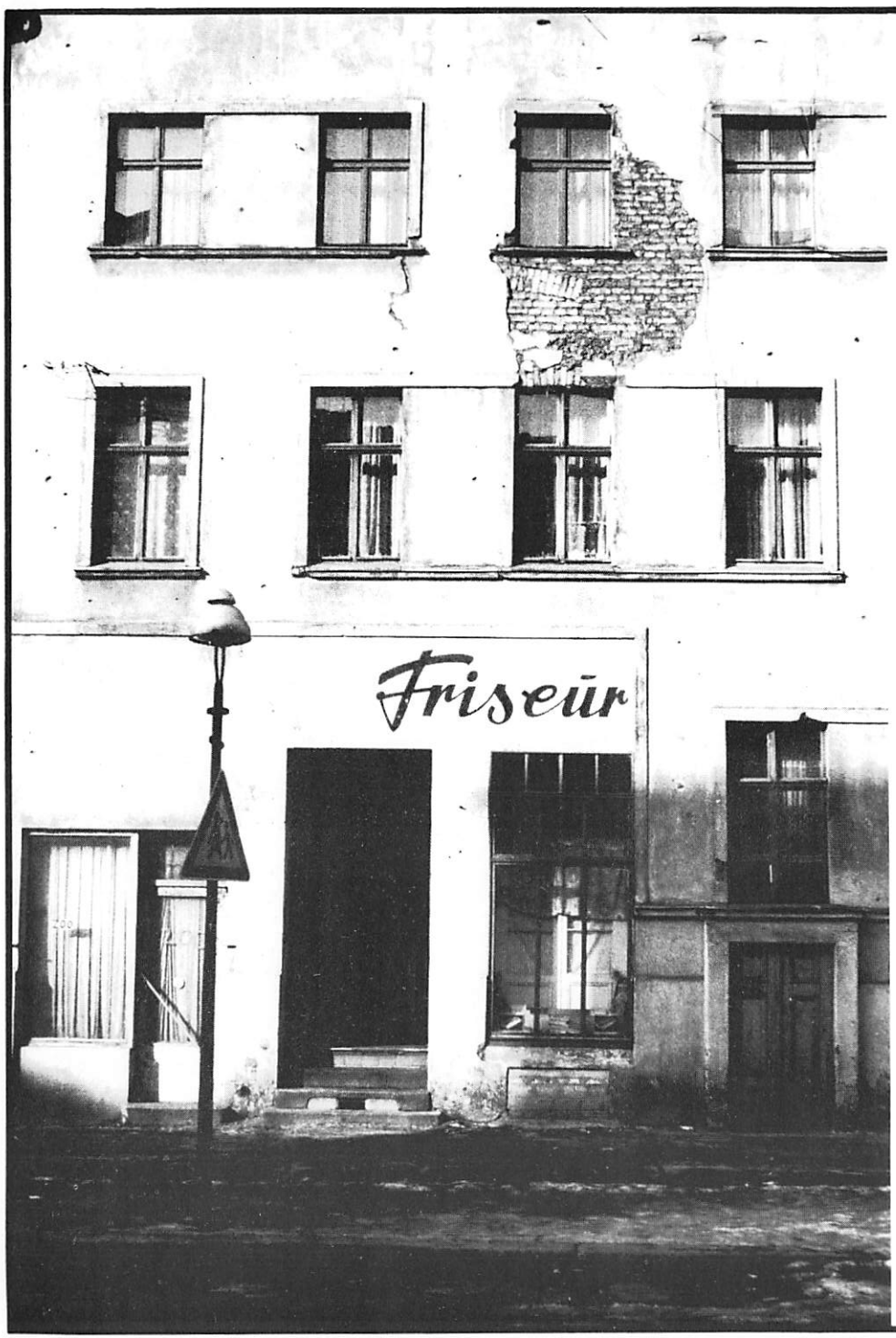
AUSLÄNDER ALS "ÜBERGANGSBEVÖLKERUNG"

Besonders hart betroffen sind ausländische Familien. Sie konzentrieren sich in den freigewordenen Altbauten als "Übergangsbevölkerung". Nur einer Minderheit gelingt es, eine modernisierte oder neugebaute Wohnung zu bekommen.Die Mehrheit wird dagegen in das nächste Sanierungsgebiet verdrängt. Ihre Wohnungsprobleme werden nicht gelöst, sondern nur räumlich verschoben.

BELASTUNGEN FÜR DAS KLEIN- UND MITTELGEWERBE

Gesondert untersucht wurde die Lage des ortsansässigen Klein-und Mittelgewerbes. Hier hat der Verlust des preisgünstigen Gewerbeflächenangebotes zu erheblichen Abwanderungen und Betriebsaufgaben geführt. So hat sich die Zahl der Betriebe im Weddinger Sanierungsgebiet seit 1965 von 838 auf 3o3 vermindert. Die Folgen sind erhebliche Mängel in der Nahversorgung der Bevölkerung, von denen wiederum ältere Menschen am stärksten betroffen sind. Die Untersuchung kritisiert, daß der politische Anspruch der Bestandspflege des Gewerbes in der Sanierungsdurchführung nicht erfüllt wurde."

Stettiner Str., Januar 1981.



Voruntersuchung zur Sanierung im Wedding:

"Die Wohnbevölkerung in Sanierungsgebieten wird gerne als Negativ-Bild zur "Normalbevölkerung" dargestellt: mittellos, überaltert, ungebildet, leicht asozial, nicht anpassungsfähig und nicht anpassungsbereit. Die Beschreibungen der besonderen Anormalität der Bevölkerung in Sanierungsgebieten gehen weit auseinander; sie reichen von "ordentlich, zwar ärmer" bis hin zur Benennung der asozialen Subkultur.(...)
Wo gleichzeitig viele alte Menschen, viele alleinstehende Personen, insbesondere viele alleinstehende Frauen, leben, der Großteil der Erwerbspersonen Arbeiter ist und hohe Bevölkerungsverluste zu verbuchen sind, dort kann auf sehr niedrige Einkommen und auf Lebensweisen in der Nähe des Existenzminimums geschlossen werden. Es erhebt sich ein Milieu, das durch Alter, Armut und Unbildung charakterisiert wird.(...)
Was sich im Altbau zusammenfindet, ist nicht nur alt an Jahren. Es ist eine überalterte und veraltete Sozialstruktur, in die wesentliche Elemente der modernen Gesellschaft keinen Boden gewinnen konnten."

(Katrin Zapf, 1969)

Stettiner Str., Januar 1981.

Liebenwalder Str., Mai 198o.

Neue Hochstraße, Mai 1981.

Voruntersuchung zur Sanierung im Wedding:

Immobilität, Unkenntnis und Armut verweisen die beieinanderwohnenden Menschen intensiver aufeinander und schaffen oft zwangsweise dauerhafte Bindungen. Diese Bindungen halten das Milieu zusammen:sie verhindern, daß die Kinder auf bessere Schulen gehen, daß die Mädchen eine Berufsausbildung erhalten, daß die jungen Erwachsenen beruflichen Ehrgeiz entwik - keln, daß Freizeitbeschäftigungen und Urlaubsreisen den Erfahrungshorizont erweitern, daß junge und ältere Menschen persönliches und politisches Selbstbewußtsein entwickeln und persönlich,sozial und ökonomisch unabhängiger werden vom Milieu der erneuerungsbedürftigen Gebiete.
Die Sanierung, in Berlin und anderswo, wirft nicht nur das Problem der überalterten Bausubstanz auf, das durch einfachen Abbruch zu lösen ist.Noch vor dem Abbruch werden veraltete, unmoderne und damit heute benachteiligte Sozialstrukturen freigelegt. Wenn die Gebäude erneuert, diese Strukturen aber konserviert werden,dann hat die Sanierung die im Begriff implizierten sozialpolitischen Ziele nicht erreicht."

(Katrin Zapf, 1969)

Voruntersuchung zur Sanierung im Wedding:

"Für Arbeiter mit weniger qualifizierten Berufen, Rentner aus kleinen,alten Haushalten,für Arbeiter mit großen Familien, für altansässige,alte Leute gibt es keine wahrscheinlichen Wege in den Neubau."

(Katrin Zapf, 1969)

Brunnenstraße, Dezember 1980.

Pubusser Straße, Januar 1981. Pubusser Straße, März 1981.

Voruntersuchung zur Sanierung im Wedding:

"Die große Zahl der marginalen Klein- und Kleinstbetriebe ist hier nur lebensfähig, weil durch das Alter- und Zustand der Gebäude bedingte sehr niedrige Niveau der Geschäftsraummieten trotz schwacher Umsatzleistungen gerade noch ein Mindestmaß an Wirtschaftlichkeit ermöglicht. Auch diese niedrige Umsatzleistung ist andererseits wohl nur aufgrund der hohen Besiedlungsdichte und der infolge der sozial-ökonomischen Struktur der Einwohnerschaft dieses Gebietes noch besonders stark ausgeprägten Nachbarschaftsverhältnisse erreichbar."

(Lutz Reyher, 1966)

Buttmannstraße, August 1980.

Stettiner Straße, Januar 1981.

Ramlerstraße, November 1979.

Ruheplatzstraße, Mai 1980.

Voruntersuchung zur Sanierung im Wedding:

"Fraglos existieren viele kleine Gewerbebetriebe allein aufgrund der derzeitigen Bedingungen in diesen Gebieten... Einschneidende rasche Veränderungen dieser Daten würden ihnen zumeist die wirtschaftliche Existenzgrundlage entziehen. Eingriffe dieser Art kämen in den weitaus meisten Fällen einer Beschleunigung des Ausleseprozesses gleich, der sich im Marktgeschehen sonst zwar langsamer und individuell weniger spürbar,"in the long run" jedoch zweifellos mit gleicher Konsequenz und in gleichem Ausmaß vollziehen würde."

(Lutz Reyher, 1966)

Ramlerstraße, Mai 1980.

Ramlerstraße, Februar 1981.

Swinemünder Straße, November 1979.

Sanierungskritik:

"Seit Beginn der siebziger Jahre läßt sich jedoch nicht länger übersehen, daß nicht asoziale Randgruppen den öffentlichen Frieden stören, sondern - genau umgekehrt - jene als Therapie dagegen hingestellten gigantischen "Sanierungen" unserer Städte. Zahllose Bürgerinitiativen haben seither aufgedeckt, in welchem Ausmaß viele Bürger durch die Exmittierung aus angestammter Wohnwelt in die Kälte von Neubausiedlungen erkrankt sind. Die Vertreibung bedeutet für viele, daß "die beiden Pfeiler des reifen Ich, nämlich die Identität mit der eigenen Lebensgeschichte und die Kommunikation mit den anderen ...weitgehend zerstört" werden (Alfred Lorenzer)."

(H.E. Bahr, 1977)

Putbusser Straße, Februar 1981.

Putbusser Straße, März 1981.

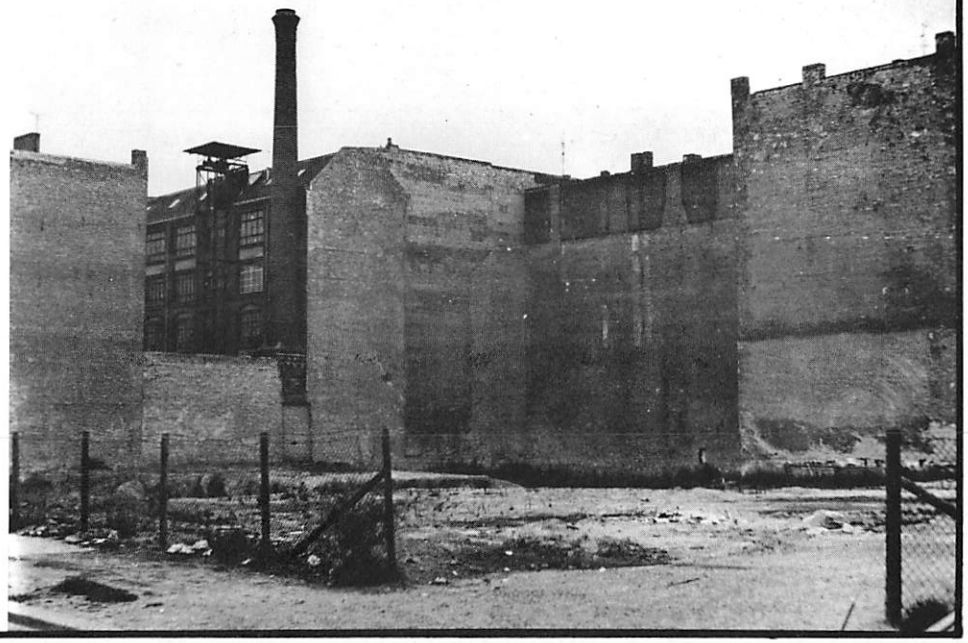
Brunnenstraße, Januar 1981.

Ramlerstraße, November 1979.

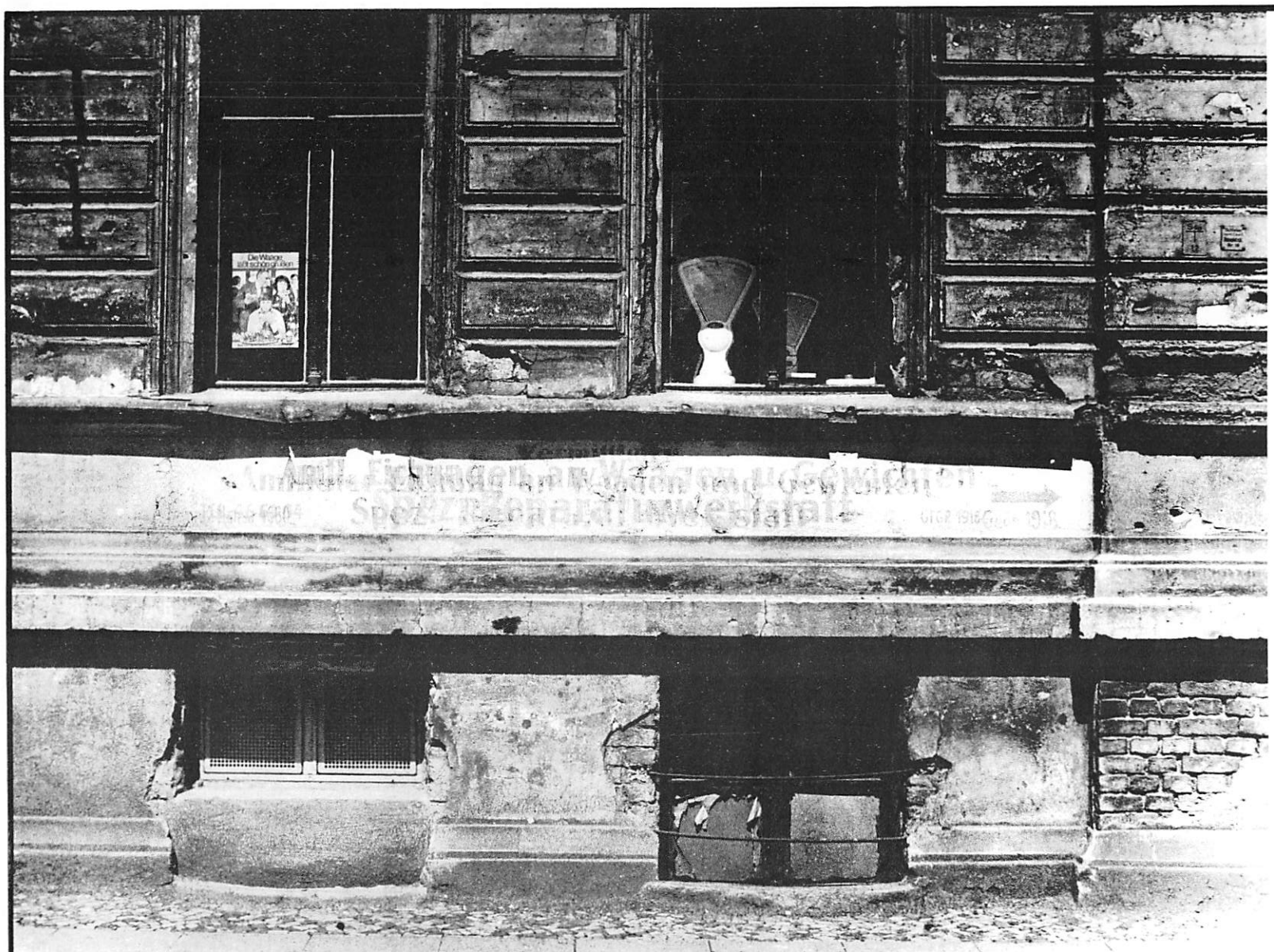
Sanierungskritik:

"Die Zerstörung alter Stadtstrukturen im Zuge der großen Sanierungen der sechziger und siebziger Jahre brachte nicht nur architektonisch die zweite Zerstörung unserer Städte innerhalb der letzten dreißig Jahre. Sie bedeutet für viele Menschen auch die Zerstörung ihrer identitätsverbürgenden Sozialstrukturen, mithin die Zerstörung von Nachbarschaft und Heimat im umfassendsten Sinn. Sanierung, zu deutsch Heilung, bringt also für viele Bürger die empfindlichste Vertreibung, nämlich die Vertreibung aus der eigenen Lebensgeschichte mit sich."

(H.E. Bahr, 1977)

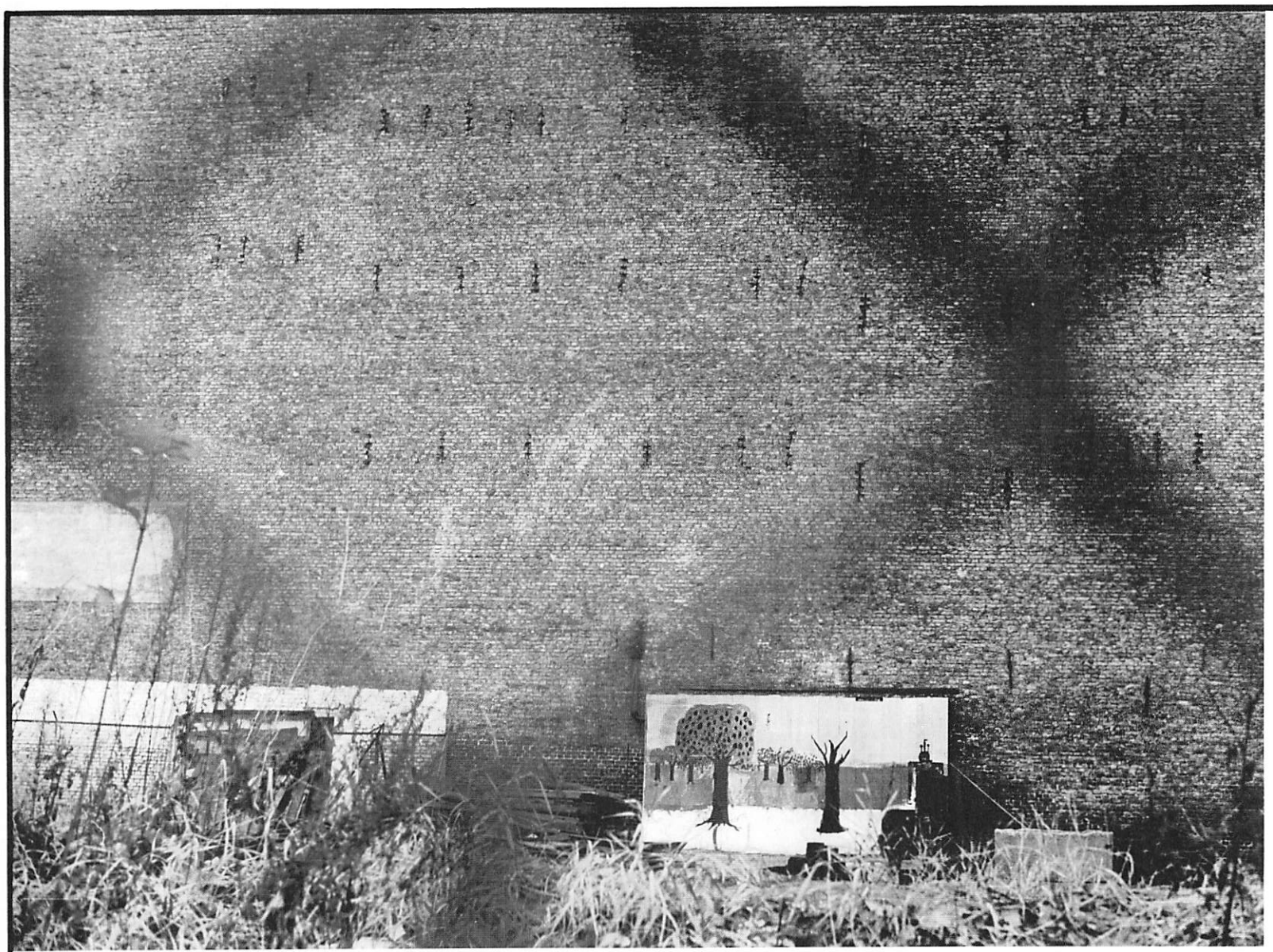


Putbusser Straße, August 1980.



Antonstraße, Mai 198o.

Ruheplatzstraße, Mai 198o.



Putbusser Straße, November 1979.

"Der Weddinger Bürger,der müde und lufthungrig von der Arbeit kommt, und nicht zuletzt die Alten, die vielfach in sehr bescheidenen Wohnungen leben, haben ein Recht auf Erholungsplätze, die möglichst nahe an ihrer Wohnung liegen.Für sie alle sind auch die vielen Bänke gedacht, auf denen sie ausruhen und Luft und Sonne tanken sollen. Mit seinen 228o Bänken,zu denen in jedem Jahr immer wieder neue kommen, hält der Wedding nach wie vor die Spitze aller Westberliner Bezirke. Auf jeder dieser Bänke können mindestens vier Weddinger sitzen und sich der blühenden Blumen und Sträucher,die die Bänke umsäumen, erfreuen. Rund 8o ooo Blumen werden in jedem Frühjahr ausgepflanzt."

(Bez.-Amt Wedding, 1962)

Ramlerstraße, Februar 1980.

Putbusser Straße, Februar 1981.

"Der Wedding hat sein Gesicht verändert! Aus dem einst berüchtigten und rebellischen Arbeiter- und Armenviertel ist, zwar bedroht von kleinbürgerlichen Erinnerungen und fernsehüberfütterter Sattheit, ein eigenwillig-attraktiver Stadtbezirk in der Großstadt Berlin geworden.

(Bez.-Amt Wedding, 198o)

Putbusser Straße, Januar 1981.

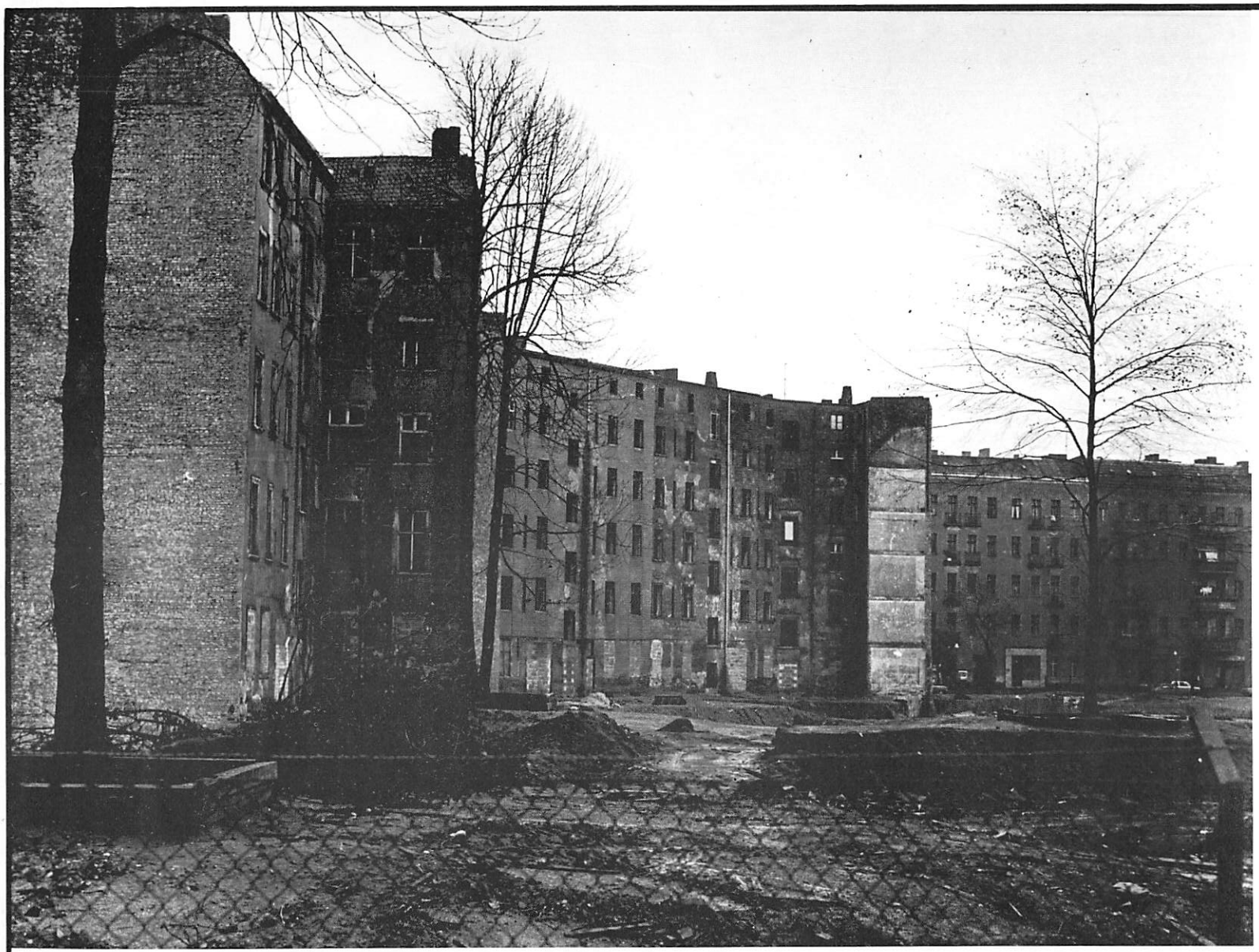
"Nachdem der Wohnungsbedarf quantitativ weitgehend gedeckt ist, steht jetzt die qualitative Verbesserung der Wohnungen und des Wohnumfeldes im Vordergrund. Weit mehr als in den vergangenen Jahren wird erhaltenswerte Bausubstanz erneuert. Die Sanierung kann heute nicht mehr als Flächensanierung, sondern muß als eine unsere gewachsene Strukturen erhaltende Stadterneuerung verstanden werden."

(Senator für Bau- und Wohnungswesen, 1978)

"Die Weddinger Sozialdemokraten treten für ein ausgewogenes Verhältnis von Neubau, Modernisierung und Instandsetzung erhaltenswerter, preiswerter Wohnungen ein. Modernisierung mit Vernunft. Wir brauchen menschenwürdige Wohnungen. Es ist richtig, gute Bausubstanz zu erhalten und zu restaurieren. Aber - Bruchbuden müssen weg. Davon lassen wir uns nicht abbringen."

(SPD Wedding, 1981)

Reinickendorfer Straße, Juni 1980.



Swinemünder Straße, November 1979.

Ruheplatzstraße 19-22, Mai/Juni 1980.

Empfehlungen des Landeskonservators:

"In den Empfehlungen des Landeskonservators für den Untersuchungsbereich wird die Erhaltung des derzeitigen Zustandes bzw. die Wiederherstellung des Originalzustandes für die Gebäude Ruheplatzstraße 19-22 als notwendig erachtet. Weiter wird empfohlen, den Straßenraum in der Ruheplatzstraße/Gerichtstraße und Müller/Antonstraße im Maßstab der ortstypischen Bebauung wiederherzustellen.
Aus bautechnischen und Kostengründen erscheint die Erhaltung der Gebäude Ruheplatzstraße 19-22 nicht möglich."

(Der Senator für Bau- und Wohnungswesen, 1979)

Berlins "Schrippenkirche" in Gefahr

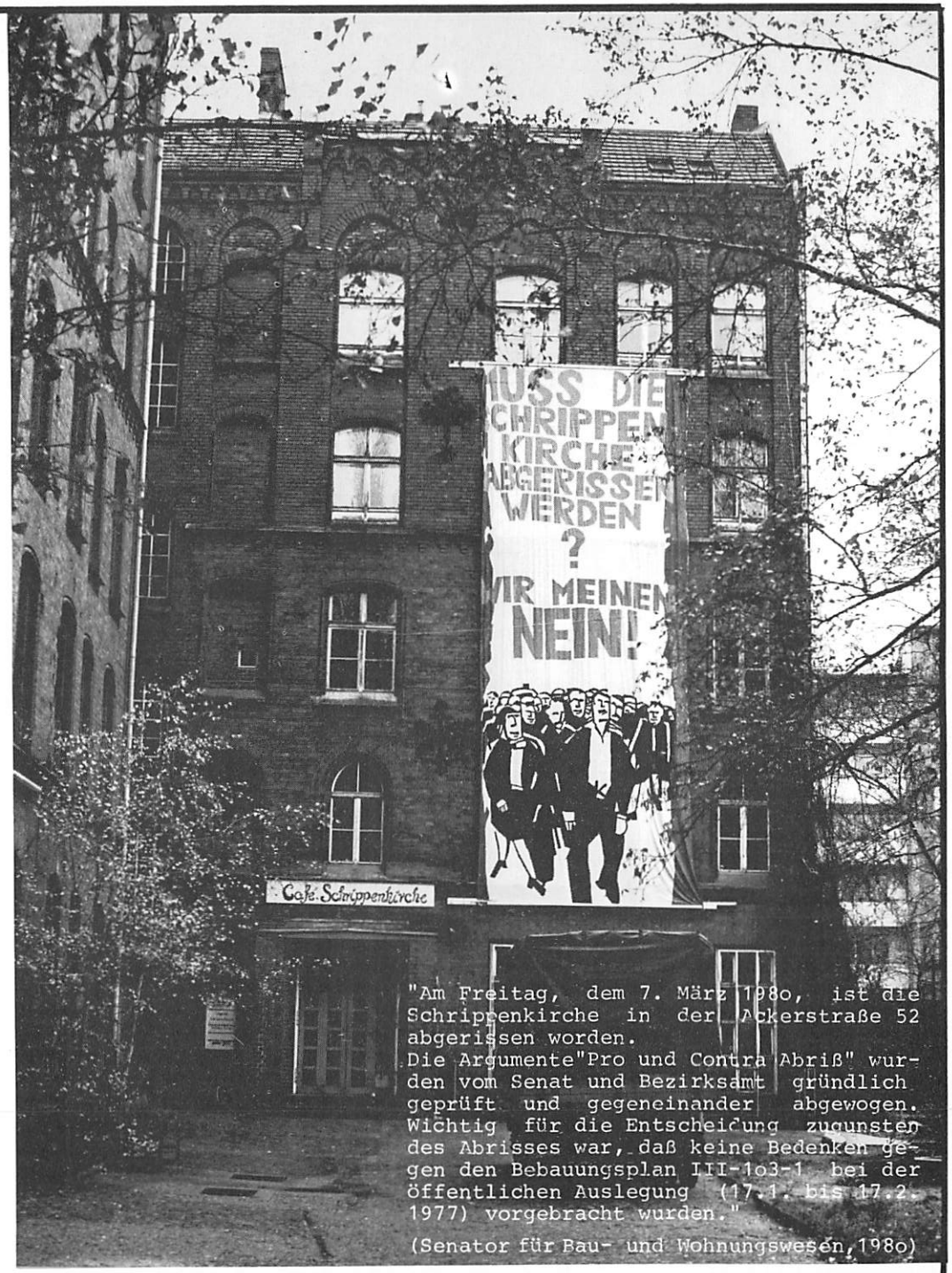
"Der so verbreiteten, oberflächlichen Hinwendung zu allem, was alt ist oder so aussieht, steht eine bemerkenswerte Gleichgültigkeit gegenüber gewissen Dokumenten eigener geschichtlicher Entwicklung entgegen, die nicht immer nur auf Ahnungslosigkeit beruht. Die Berliner "Schrippenkirche" in der Ackerstraße - dort wo der Wedding am stärksten Wedding ist - wenige Schritte von der Mauer entfernt, die die "Versöhnungskirche" vom größten Teil ihrer Gemeinde trennt, ist ein Dokument kirchlicher Sozialarbeit aus einer Zeit, in der der Staat seine Aufgabe überhaupt noch nicht begriffen hatte. Jahrzehntelang hat die Kirche, wenn auch zuweilen mit zögernder Zurückhaltung, diese Arbeit getragen. Vor ziemlich genau 97 Jahren hat der Journalist Constantin Liebich mit fünf Freiwilligen seine Sozialarbeit begonnen, zunächst mit Kaffee und Brötchen vor dem Gottesdienst, dann mit dem Verein "Dienst an Arbeitslosen". Aus dieser Arbeit entstand die Idee, arbeitslosen Jugendlichen eine Ausbildung zu verschaffen.

In den Jahren 19o1 - 19o2 entstand eine Heimstatt für diese Arbeit: Geschaffen wurde nicht nur ein Gemeindesaal, sondern auf dem bis zur Hussitenstraße durchgehenden Grundstück auch Wohnungen, Werkstätten und Räume für die "Brockensammlung."

Die Kriegsverluste waren gering, nur das Vorderhaus an der Ackerstraße ist verlorengegangen. Den Rest besorgt, wenn die Verantwortlichen nicht rechtzeitig erwachen, in diesen Wochen die Stadtsanierung. Die einst freiwillige und offene Sozialarbeit ist inzwischen institutionalisiert, sie glaubt die Zeugnisse ihrer vergangenen Arbeit entbehren zu können, und die Stadtplanung hat die Gebäude der "Schrippenkirche" schon ausradiert. Grundstück und Häuser hat der "Vaterländische Bauverein" übernommen, eine ebenfalls traditionsreiche Institution, die einmal vorbildliche Bauten errichten ließ. Vergessen?

Der Hinweis auf vorliegende Planungen und Beschlüsse, die vor Jahren unter heute nicht mehr anerkannten Voraussetzungen entstanden sind, verfängt nicht, er ist nichts als eine Ausrede. Ist die Vergangenheit, nur weil sie im Wedding liegt, weniger wert als andernorts?"

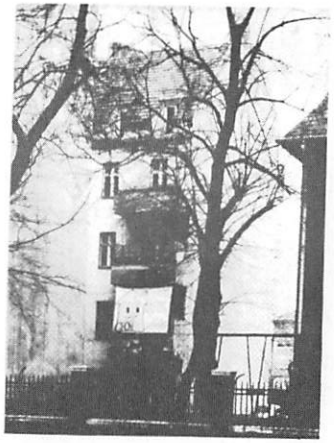
(Bauwelt, 1979)



"Am Freitag, dem 7. März 1980, ist die Schrippenkirche in der Ackerstraße 52 abgerissen worden.
Die Argumente "Pro und Contra Abriß" wurden vom Senat und Bezirksamt gründlich geprüft und gegeneinander abgewogen. Wichtig für die Entscheidung zugunsten des Abrisses war, daß keine Bedenken gegen den Bebauungsplan III-1o3-1 bei der öffentlichen Auslegung (17.1. bis 17.2. 1977) vorgebracht wurden."

(Senator für Bau- und Wohnungswesen, 198o)

MIT DER ABRISSBIRNE
FÜR DEN ERHALT
WOHNRAUM
TUN SIE
WIR
GEGEN
DIE WILLKÜRLICHE
ERHALTENSWERTEN WOHNRAUMS!
3 Pfd.
Trockenwäsche
2 DM.



GRONINGER STR. 50

HUSSITENSTR. 45

HERMSDORFER STR. 4

KOLONIESTR. 30

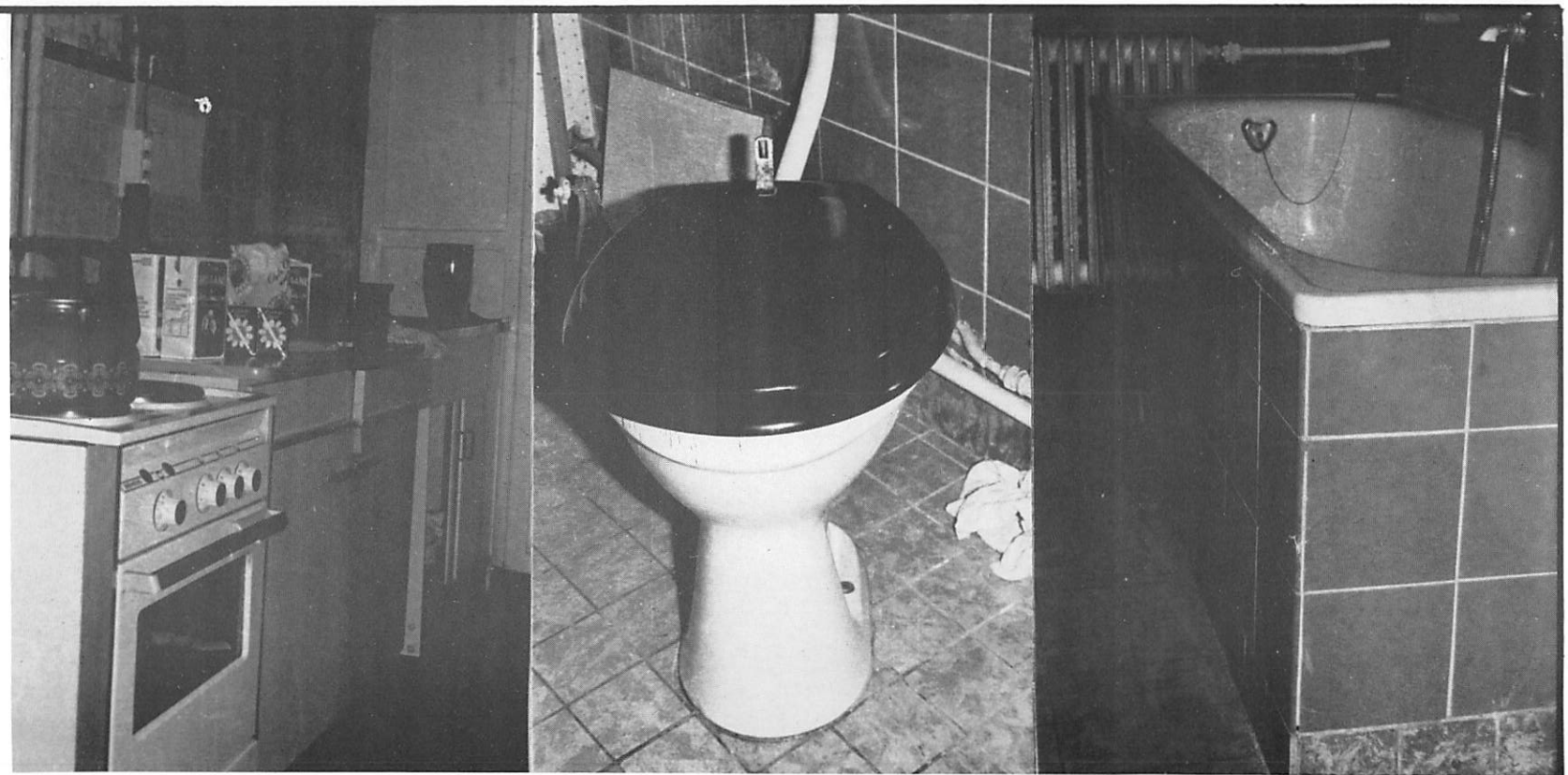
WEDDINGER INSTANDBESETZER

BUTTMANNSTR. 16,18,19

SCHULSTR. 7,8

PRINZENALLEE 58

INSTANDBESETZUNG ALS MITTEL ZUR SELBSTHILFE AM BEISPIEL DER PRINZENALLEE 58



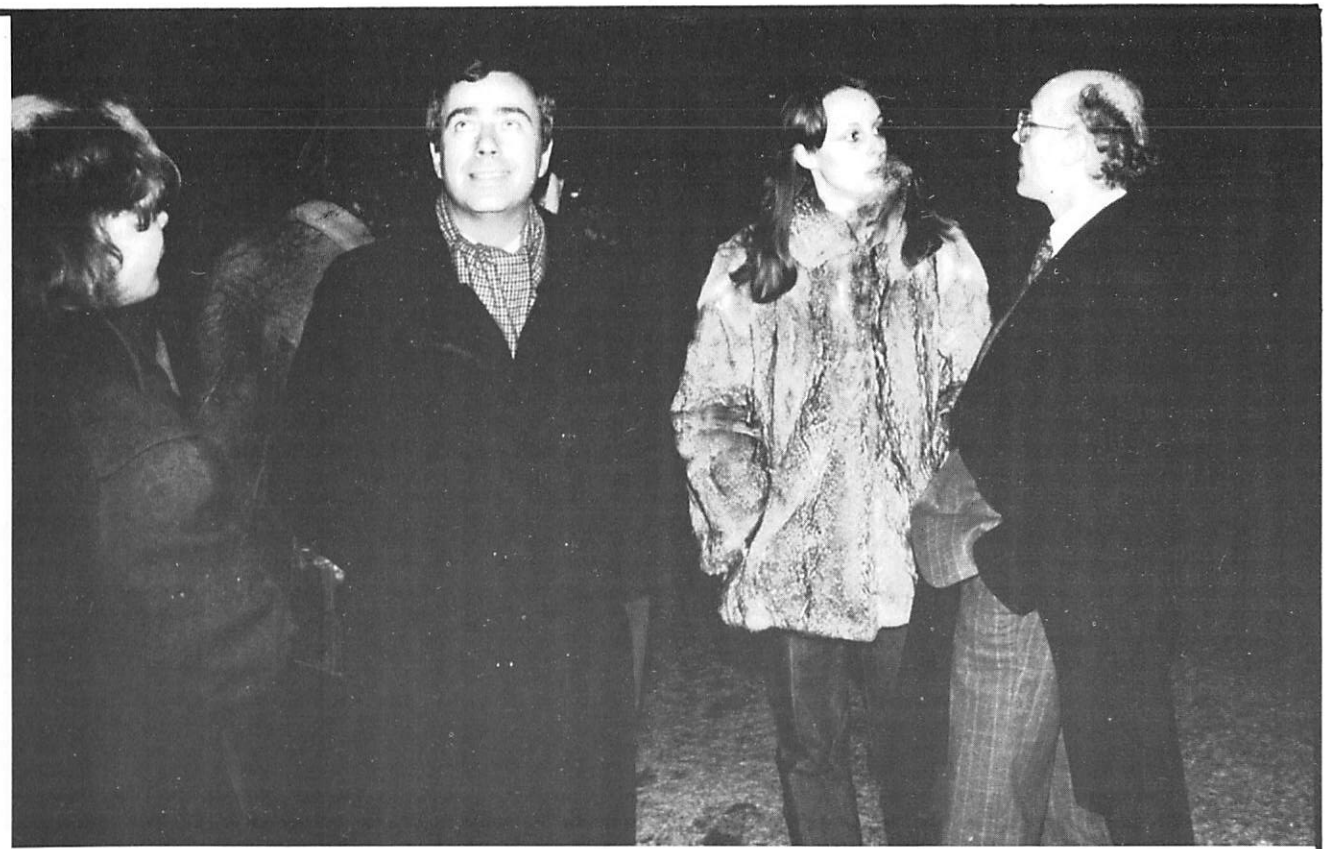
Fast alle leerstehenden Wohnungen in der Prinzenallee 58 haben Bad und Zentralheizung

I. Wie es zur Besetzung kam

Im Dezember erfuhren wir im Kiez, daß das Hofgebäude der Prinzenallee 58 abgerissen werden sollte. Dieses Hinterhaus ist ein 4-geschossiges Fabrikgebäude, dessen vier Flügel einen Innenhof umschließen. Das Haus wurde 189o gebaut und war bis 1933 eine Hutfabrik, die jüdischen Brüdern namens Gattel gehörte. 1934 wurde die Fabrik von den Nazis enteignet und mit Ausnahme des Erdgeschosses zu 67 1 1/2 und 2-Zimmerwohnungen umgebaut. Die Wohnungen sind zentralbeheizt, haben Warmwasser, Bäder und Innentoilette. Im Dezember 1976 beantragte das Stadtplanungsamt Wedding unter Amtsleiter Hoff (bis heute im Amt) für den Bereich Panke-Soldiner Straße, Prinzenallee-Gotenburger Straße (Block 87) die Umwandlung von Gewerbegebiet in allgemeines Wohngebiet. Durch diese Umwandlung steigt der Verkehrswert der Grundstücke um über 1oo % und bringt diesen Bodenspekulanten (Hauert/Noack) Gewinne in Millionenhöhe!

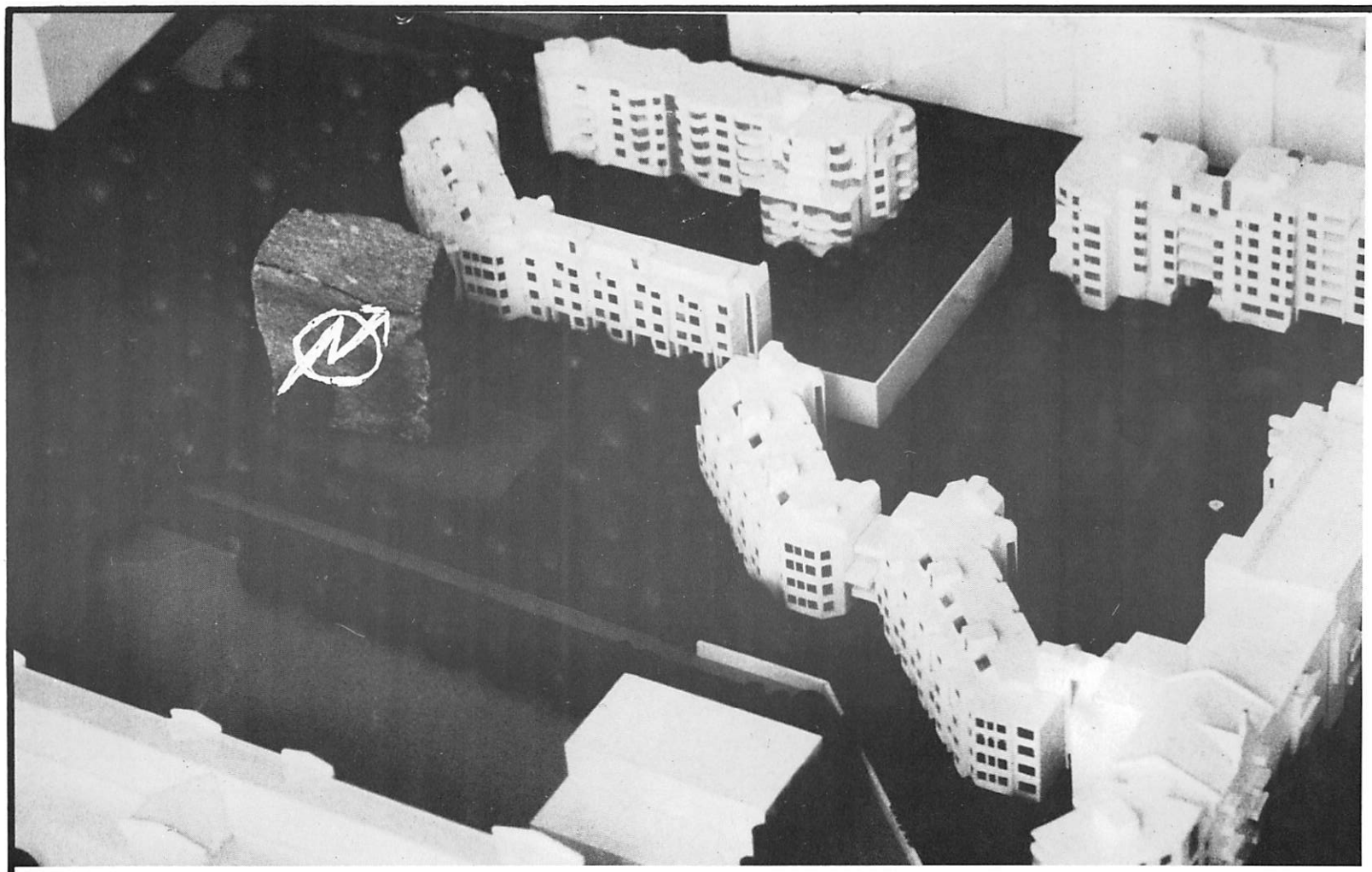
Freiwerdende Wohnungen wurden seit 1977 nicht mehr vermietet. Dieser Leerstand wurde dem zuständigen Senator für Bau- und Wohnungswesen von den Mietern mehrmals gemeldet. Die "Vergraulung" der Mieter wurde von den Mietern wie folgt beschrieben (Auszüge aus dem Schreiben der Mieter an den Senator für Bau- und Wohnungswesen Sen. Ulrich):

1. Beginn der Nichtwiedervermietung noch unter der alten Hausverwaltung Tectum, Joachimstaler Straße 24 1-15, seit 1977.
2. Nach dem Auszug der Kempinsky Hotelwäschereibetriebe 1978, Demolierung der Fenster, Türen und Außenwände (durch Demontage) dadurch nahm der Fußboden der 1. Etage nahezu Außentemperatur an.
3. Nach Übernahme der Bewirtschaftung durch die HANO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Kurfürstendamm 219 1-15, völlig unberechtigte Mietforderungen an einige Mieter.
4. Zweifelhafte Heizkosten- und Warmwasserabrechnungen (Mehrbeträge bis zu 3oo DM).
5. Erhöhter Ölverbrauch durch offenstehende und zerschlagene Fenster im Treppenhaus und leerstehende Wohnungen (Umlage der Mehrkosten auf die verbliebenen Mieter).
6. Seit November 8o kein Hauswart, dadurch zeitweiliger Ausfall der Heizung und der Warmwasserversorgung.
7. Keine Reinigung der Treppenhäuser und keine Schneebeseitigung (obwohl vorwiegend ältere Menschen im Haus wohnen).
8. Zweiwöchiger Lichtausfall im Treppenhaus.
9. Seit Februar 81 Überwachung der Wohnanlage durch den Deutschen Schutz- und Wachdienst. Da keine Klingelanlage vorhanden ist, müssen Besucher die halbstündigen Rundgänge des Wachdienstes abwarten, um ins Haus zu gelangen (Zeitungs- und Paketzustellung wurde behindert).

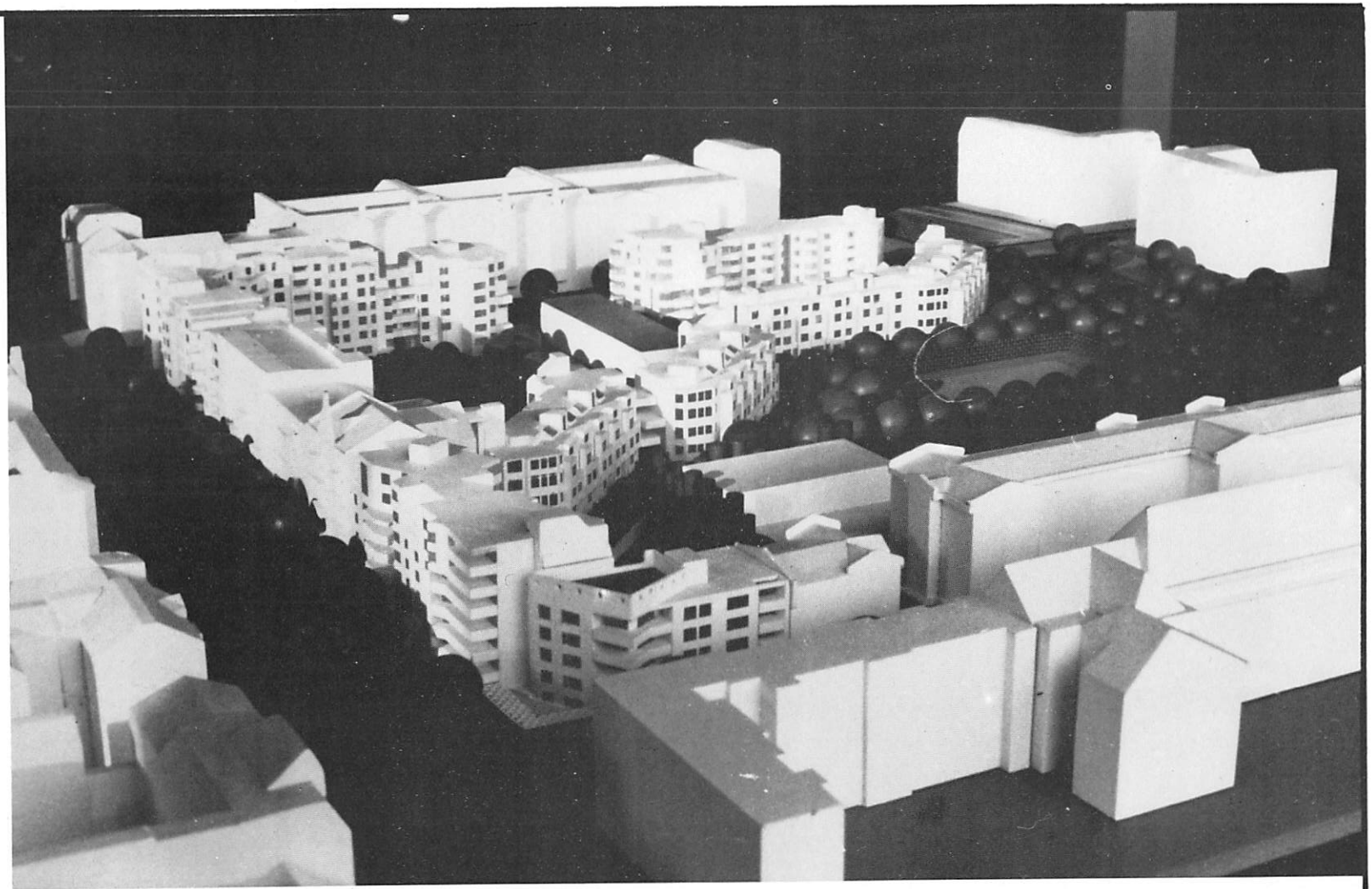


Baustadtrat Lüdtke und Bausenator Ulrich bei der "Begehung" des Hauses am 2o.o2.1981

Da monatelang auf den Hinweis dieser Mißstände keine Reaktion erfolgte, ließen sich die Mietervertreter den Empfang dieser Mißstandsbeschreibung am 2o.2.81 bei einem Go-In beim Senator für Bau-und Wohnungswesen von diesem bestätigen. Daraufhin erklärte sich Senator Ulrich bereit, das Haus noch am selben Abend zu besichtigen, mit dem Erfolg, daß er der Mietervertretung am 2.3.81 schrieb: "Ich darf Ihnen heute mitteilen, daß der vom Bezirksamt Wedding von Berlin in meinem Hause gestellte Antrag auf Anerkennung als Städtebauliche Maßnahme von mir nicht positiv entschieden wird". Zitat Sen. Ulrich. Damit wurde der Spekulantengruppe Hauert und Noack sowie dem Bezirksamt ein erster "Stein" in den Weg gelegt!!!



Doch das Bezirksamt und die Besitzer,eine der ca. 4o Briefkopfabschreibungsgesellschaften der Hauert und Noackgruppe,eine gewisse "Panke Park Wohnungsbaugesellschaft mbH & Co Prinzenallee KG" wollten weiterhin, daß die Mieter ausziehen, um ihr Planungskonzept durchzusetzen. Das Haus sollte abgerissen werden zugunsten eines Neubaus mit gleichwertigem Wohnraum, aber die 2-Zimmerwohnungen sollten dann statt 2oo,-- DM/6oo,-- DM kosten. Obwohl die Mieter auch das Bezirksamt unterrichteten,wurde gegen diesen ille -



galen Leerstand nichts unternommen.

Für Ausweichwohnungen, die den Mietern in der Schulstraße und Osloer Straße von der Gesellschaft angeboten wurden, mußten sie ca. 4oo,-- DM Miete aufbringen. Zusätzlich verlangte die HANO eine Kaution von 8.ooo,-- DM. Später, als das Haus schon besetzt war, gelang es den verbliebenen Mietern Umsetzscheine vom Senator auf dem Umweg über den Baustadtrat Lüdtke zu bekommen, unter der Bedingung, eine Erklärung zu unterschreiben, daß sich die Mieter durch die Anwesenheit der Besetzer gestört fühlen. Somit entfiel für sie auch die Kaution von 8.ooo,-- DM.

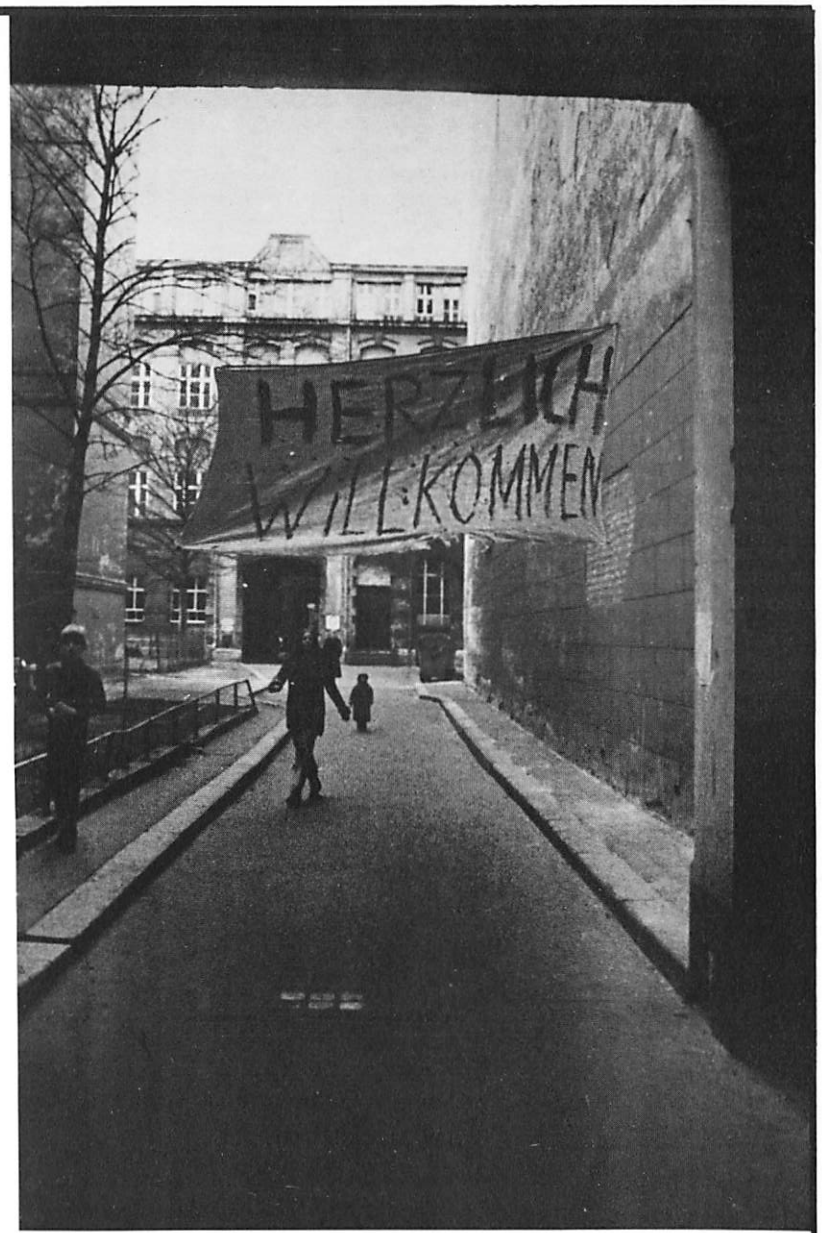
Die Vergabe von Umsetzscheinen ist vom Gesetzgeber nur für Sanierungsgebiete oder fürs Landesmodernisierungsprogramm vorgesehen. Somit war diese Vergabe von Umsetzscheinen nicht rechtmäßig, weil der Eigentümer vom Senator für Bau- und Wohnungswesen am 22.4.81 verpflichtet worden war: Zitat Bau II 123/BVV-Kl. Anfrage Nr. 1o vom 4.8.81 daß, "das Vorderhaus sowie das viergeschossige Quergebäude einschließlich der dazugehörigen Seitenflügelteile im Einvernehmen mit den Mietern auf der Grundlage des WOAUfG Bln vom 6.3.73 und Änderung vom 2.11.77 ohne Einsatz von öffentlichen Mitteln instandzusetzen bzw. zu modernisieren ist..."

Damit hat die Spekulantengruppe Hauert & Noack auch in den "nichtbesetzten" Gebäudeteilen der Prinzenallee 58 bis heute (März 82) nicht begonnen! Ein Ausziehen der Mieter war also nicht erforderlich!!

II. Instandbesetzung

Im Januar 81 setzten wir uns zusammen und überlegten, wie wir diesen Spekulanten einen Strich durch ihre Rechnung machen, und das Haus erhalten könnten. Wir suchten dringend geeigneten Wohnraum, um unsere Wohn- und Lebensvorstellungen verwirklichen zu können. In der Prinzenallee 58 sollte der Wohnraum, den wir und andere suchten, zerstört werden. Deshalb haben wir nach langer und gründlicher Vorbereitung das Haus am 27.2.81 abends besetzt. Wir verbarrikadierten uns im 3. Stock, weil dort nur noch wenige Mieter wohnten. Da weit mehr Wohnungen leerstanden (55) als wir nutzen konnten, organisierten wir einen Wohnraumbeschaffungstreff über die Tageszeitung (TAZ), so daß wir innerhalb weniger Tage auf 48 Erwachsene und 1o Kinder angewachsen waren. Von da an gings bergauf mit dem Instandsetzen, dem Umbau der Kleinwohnungen in große, helle Räume und dem Aufbau einer Hausgemeinschaft.

Gemeinsam mit den Mietern besprachen wir auf einer Mieterversammlung Themen wie Heizung, Hauskonzept, Umsetzscheine, Stand der Blockplanung, Warmwasserversorgung und die beabsichtigte Sperrung von Wohnungen durch die Baupolizei.



Prinzenallee 58
instandgesetzt

Tag der offenen Tür - Frühjahr 1981

III. Wie wir leben, was wir tun

Nach einem Jahr Besetzung wohnen heute, im März 82, in unserem Haus über 8o Erwachsene und 15 Kinder im Alter von 6 Wochen bis 78 Jahren. Es gibt verschiedene Wohngruppen, z.B. Wohngemeinschaften, eine Wohngruppe mit älteren Kindern, eine Frauengruppe mit jüngeren Kindern, sowie Familien und Einzelwohner.

Wir treffen uns wöchentlich zum Plenum. Dort wird über die anfallenden Arbeiten und Termine gesprochen, über politische Entwicklungen diskutiert, Konzepte erarbeitet, Instandsetzungsarbeiten aufgeteilt, Öffentlichkeitsarbeit geplant, und "nicht geraucht" (Wolfgang). Verschiedene Standpunkte versuchen wir unter einen Hut zu bringen, das heißt: Probleme werden ausdiskutiert und nicht abgestimmt. Darüber hinaus treffen sich wöchentlich verschiedene Arbeitsgruppen:

1. Öffentlichkeitsgruppe:
Sie macht nach außen sichtbar, was im Haus geschieht

2. Dachgruppe:
Planung der Wärmeisolierung und Ausführung diverser Ausbesserungsarbeiten.

3. Wärme-Kraftgruppe:
Erarbeitung alternativer Energiegewinnung unter Nutzung der Abwärme; weg vom Großkraftwerk; Unabhängigkeit vom öffentlichen Netz

4. Heizungsgruppe:
Wartung und Betrieb der zentralen Ölfeuerungsanlage und des gesamten Leitungs- und Ventilsystems, sowie Planung und Umsetzung alternativer Heizmöglichkeiten

5. Garten-Hofgruppe:
Planung und Begrünung des Geländes und der Hausfassade (fürs Auge und zur Wärmeisolierung)

6. Kulturgruppe:
Wiederbelebung der Weddinger Kulturwüste durch Musikveranstaltungen, Lesungen, Theater, Filmveranstaltungen, Cafe usw.

7. Knastgruppe:
Betreuung von Inhaftierten, Beobachtung von Prozessen, Erarbeitung einer Dokumentation

8. Kinderladengruppe:
Einrichtung und Betreuung eines Kinderladens und einer Kleinkindgruppe, Schülerhort geplant

9. Musikgruppe:
Umbau ehemaliger Luftschutzkeller zu Musikübungsräumen, Schallisolierung und Koordination der derzeit 14 Musikgruppen in 5 Räumen

1o. Enteignungsgruppe:
Vorbereitung der Übernahme des Hauses durch den Verein "Ve zu Schu bi Wo"

11. Finanzgruppe:
Koordination und Dokumentation der gesamten Einnahmen und Ausgaben

12. Wohnungsplanungsgruppe:
Erstellt neue Pläne über die veränderten Wohneinheiten

Dach
Wand
Ausbau
rund ums Haus
wir gehen
nicht mehr
raus!

Im Hof wird eine Rasenfläche angelegt

Hausfest am ersten Jahrestag der Besetzung (28.2.1982)

Der Hauptteil der Gemeinschaftsarbeit wird am Wochenende geleistet,da die meisten von uns arbeiten, studieren oder zur Schule gehen. Um jahrelang unterlassene Instandsetzungsarbeiten am Haus finanzieren zu können, bezahlte jeder von uns zunächst 1o % seines Einkommens und 5o,-- DM für Warmwasser in unsere Hauskasse.Die Instandsetzungskosten der einzelnen Wohneinheiten wurde von den Bewohnern zusätzlich aufgebracht. Mit Beginn der Heizperiode mußten mangels Rücklagen und wegen der unwirtschaftlich eingestellten Ölanlage, die wir kurzfristig nicht umstellen konnten, von jedem 2.5o DM pro qm im Monat bezahlt werden, sowie pro Person 3o,-- DM für Warmwasser. Dies bedeutet eine Durchschnittsbelastung von 15o,-- für 3o qm Wohnfläche incl. aller Nebenkosten im Monat.

IV. Unser Versuch 1.ooo.ooo,-- DM zu retten

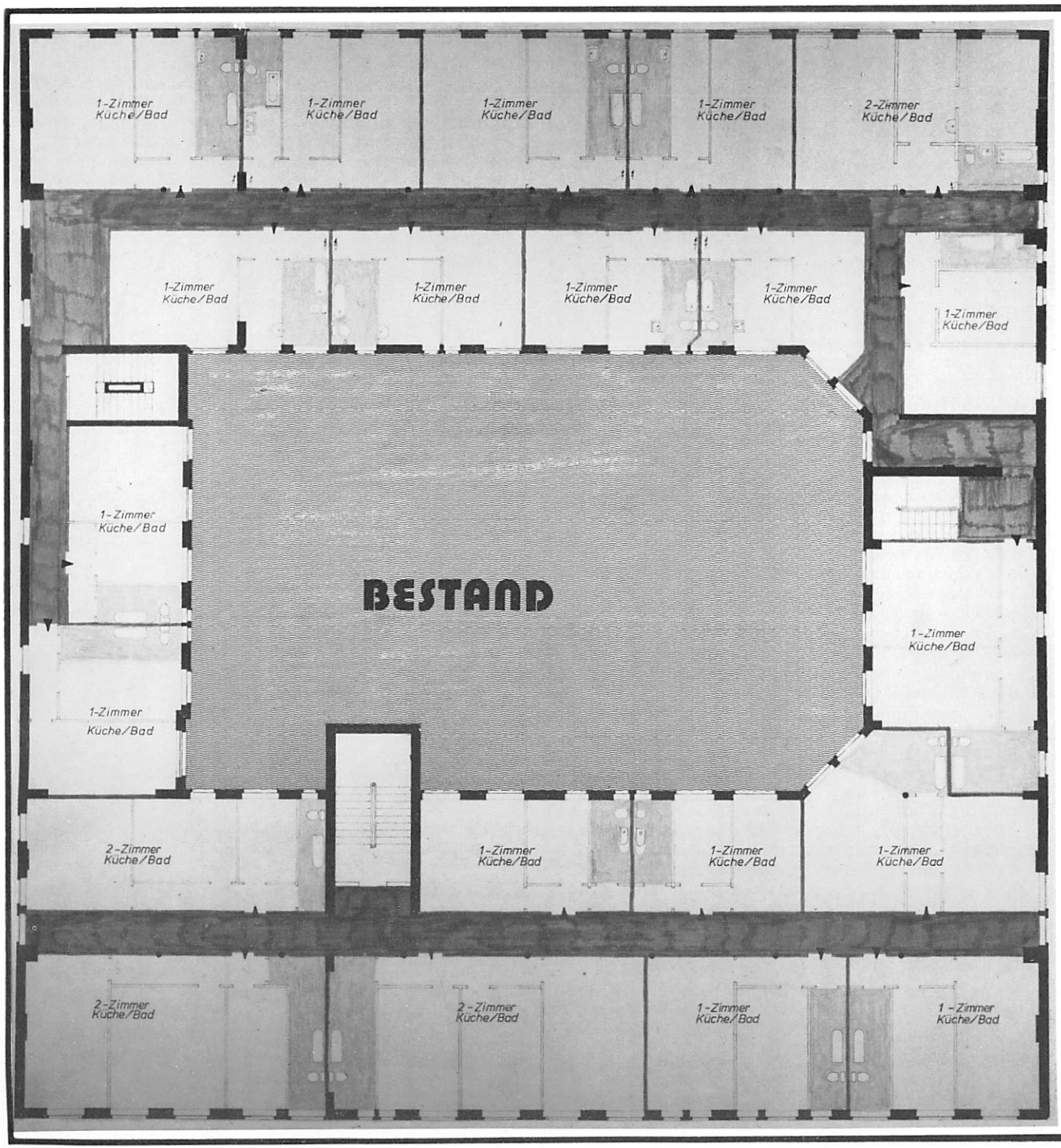
Allein durch unsere Instandsetzungsbesetzung konnte die Durchführung der Gefälligkeitsplanung des Bezirksamtes Wedding verhindert und dem Steuerzahler folgende Kosten erspart werden:

ca DM	3oo.ooo,--	für den Restwert des Gebäudes
ca DM	8o.ooo,--	für den Abriß
ca DM	42o.ooo,--	für die Vertreibung der Mieter (Umsetzkosten, Mietpreisentschädigung, Leerstandsgelder)
ca DM	2oo.ooo,--	für sonstige Kosten
DM	1.ooo.ooo,--	Gesamtsumme

Allein diese Summe hätte aus Steuermitteln aufgebracht werden müssen,um guten, zentralbeheizten Wohnraum im Rahmen einer Städtebaulichen Maßnahme zu vernichten. Dies hätte die Zerstörung der gewachsenen Blockstruktur durch Totalkahlschlag ergeben, damit diesen Herren Absa(h)nierern Baugrund zur Verfügung steht, um gewinnbringende,menschenunwürdige,überteuerte, Betonsilos hochzuziehen.Für diese "Wohnknäste" entstehen Kostenmieten von DM 25,--/qm, die künstlich, mit Steuermitteln, niedrig gehalten werden müssen, da sie von niemand bezahlt werden können (sozialer Wohnungsbau).

V. Noch 'ne Million

Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 4.2.75 soll unerlaubtes Leerstehenlassen und Unbrauchbarmachung von Wohnraum vom Landesamt für Wohnungswesen verfolgt werden. Nach der Ausführungsvorschrift zur Zweckentfremdungs-Verbots-Verordnung müßte das Landesamt für Wohnungswesen von Hauert & Noack für den dem Wohnungsmarkt vorübergehend entzogenen Wohnraum ca. 2o.ooo,-- pro Wohneinheit eintreiben. D.h. es wären nach dieser Verordnung Bußgelder in Höhe von 1.ooo.ooo,-- DM für 55 Wohnungen,die bis zu unserer Besetzung illegal leerstanden, zu zahlen. Ferner müßte das Landesamt für Wohnungswesen nach § 5 dieser Verordnung die Absa(h)nierer dazu verpflichten, die Kosten für die durch uns durchgeführte Instandsetzung der willkürlich zerstörten Wohnungen in Höhe von mehr als 2oo.ooo,-- DM an uns zu ersetzen. Bei pflichtgemäßem Handeln hätte der Senat spätestens am 2o.2.81 (Tag der Begehung durch Senator Ulrich) das Landesamt für Wohnungswesen einschalten müssen. Das Landesamt selbst hätte durch einen Bericht im SFB-Hörfunk von diesem illegalen Leerstand erfahren müssen. Es wäre schon ein Wunder,wenn sich in Berlin die Filzverwaltung unabhängig von den Bau- und Bodenhyänen zeigte,da diese fest miteinander verwachsen scheinen (Garski, Neue Heimat usw).
Auch geschehen "Eigentum"liche Wunder in der Wohnungspolitik des neuen CDU-Senats. Unter Bausenator Ulrich wurde die Gesellschaft am 22.4.81 zur Instandsetzung und Wiedervermietung des Wohnraums o h n e öffentliche Mittel verpflichtet. Doch dieser Verpflichtung kam die Gesellschaft weder im Vorderhaus,im Seitenflügel noch im Hinterhaus der Prinzenallee 58,welche z.T. von regulären Mietern bewohnt sind, nach!!! Stattdessen kassierten sie Leerstandsgelder, die ihnen vom neuen CDU-Bausenator Rastemborski über eine, bis zum Jahresende befristete Leerstandsgenehmigung am 2o.7.81 im Rahmen einer Städtebaulichen Einzelmaßnahme außerhalb des Anwendungsbereiches des Städtebauförderungsgesetzes (Zitat Bau II 123/BVV kl. Anfrage Nr. 11) bewilligt wurden. Dem Bausenator war zu diesem Zeitpunkt bekannt, daß im Hinterhaus fast 1oo Menschen wohnten/instandbesetzten, die den Verpflichtungen von Eigentümern gem. § 5 Abs. 2 der Verordnung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (Zweckentfremdungs-Verordnung-ZwVbVO vom 25.7.72 zur Instandsetzung und Bewirtschaftung des Hauses gerecht wurden. Siehe hierzu auch Art. 14 Abs.2 Grundgesetz "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen".



Die Grundrisse zeigen die Reißbrettarchitektur vergangener Jahrzehnte und was möglich ist, wenn sich Phantasie und Bedürfnisse der Bewohner frei entfalten und realisieren!

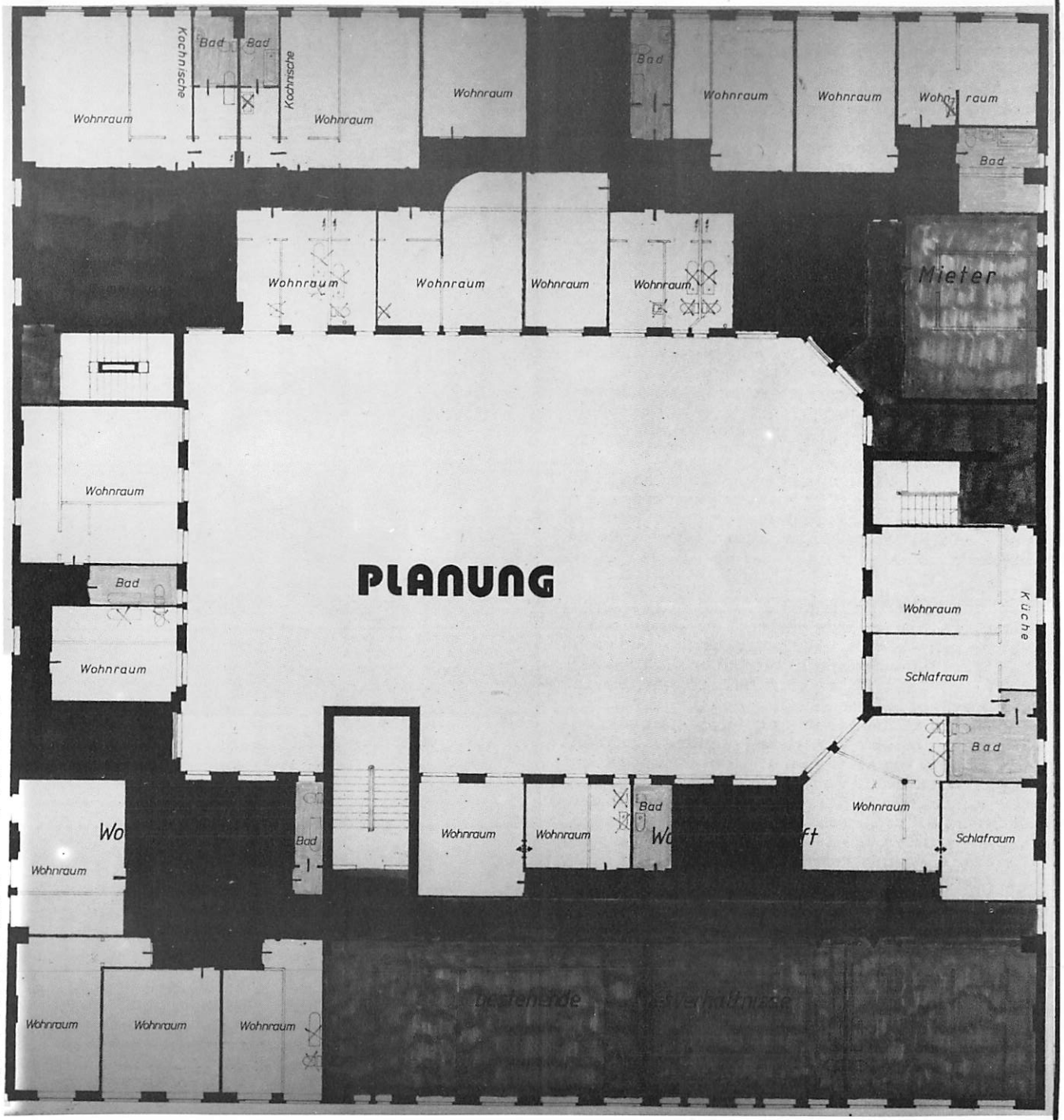
Zunächst eine Bestandsbeschreibung:

1. Tragekonstruktion

Das ehemalige Fabrikgebäude besitzt tragende Außenwände, sowie Stahlstützen mit Längs- und Querträgern mit gemauerten Kappendecken. Diese Konstruktion ist, im Vergleich zu den im Wohnungsbau verwendeten Holzbalkendecken eine solide Massivdecke, die eine hohe Grundrißmobilität ermöglicht,da alle Innenwände nur leichte Trennwände sind.

2. Fassade

Es handelt sich um eine sehr dauerhafte Klinkerfassade,die leicht nachgefugt und gut gestrichen werden muß.



3. Fenster

Beim Umbau der Fabrik zum Wohnhaus wurden in den Wohnräumen 1o9 Doppelkastenfenster eingebaut. Diese müssen instandgesetzt und die 174 einfachverglasten Fenster aufgedoppelt werden. Damit haben wir schon angefangen,mit einem selbstentwikkelten System, dessen Preis nur 1o % der kommerziellen Systeme beträgt.

4. Heizung

Eine präzise Wärmebedarfsberechnung machte es möglich, daß der Heizölverbrauch gegenüber dem Vorjahr um 32,5 % (d.h. DM 21.74o,--) gesenkt werden kann. Die Einsparungen werden durch Rohrleitungsdämmung, Reduzierung von Küchen und Bädern, Aufdoppelung der Fenster, Dichten von Fenstern in Wohnräumen, Dämmen der Heizkörpernischen und den Einbau einer Schaltuhr zur Unterbrechung der Warmwasserumwälzung bei Nacht und Nachtabsenkung der Heizung erreicht.

Da unsere Zentralölfeuerungsanlage für die Warmwasserversorgung im Sommer mit einem Wirkungsgrad von nur 3o % zu unwirtschaftlich arbeitet, haben wir DM 7.4oo,-- aufgebracht , um einen kleinen Kessel mit einer Leistung von 7o kW zu installieren. Dadurch werden sich die Ölkosten von DM 15.ooo,-- im Sommer 1981 auf ca. DM 5.3oo,-- im Sommer 1982 reduzieren!

5. Sanitärinstallationen

Das Leitungssystem der Heizung und der Brauchwasserversorgung, sowie die Absperrventile wurden im Rahmen der Umbaumaßnahmen repariert oder erneuert.

6. Elektroinstallationen

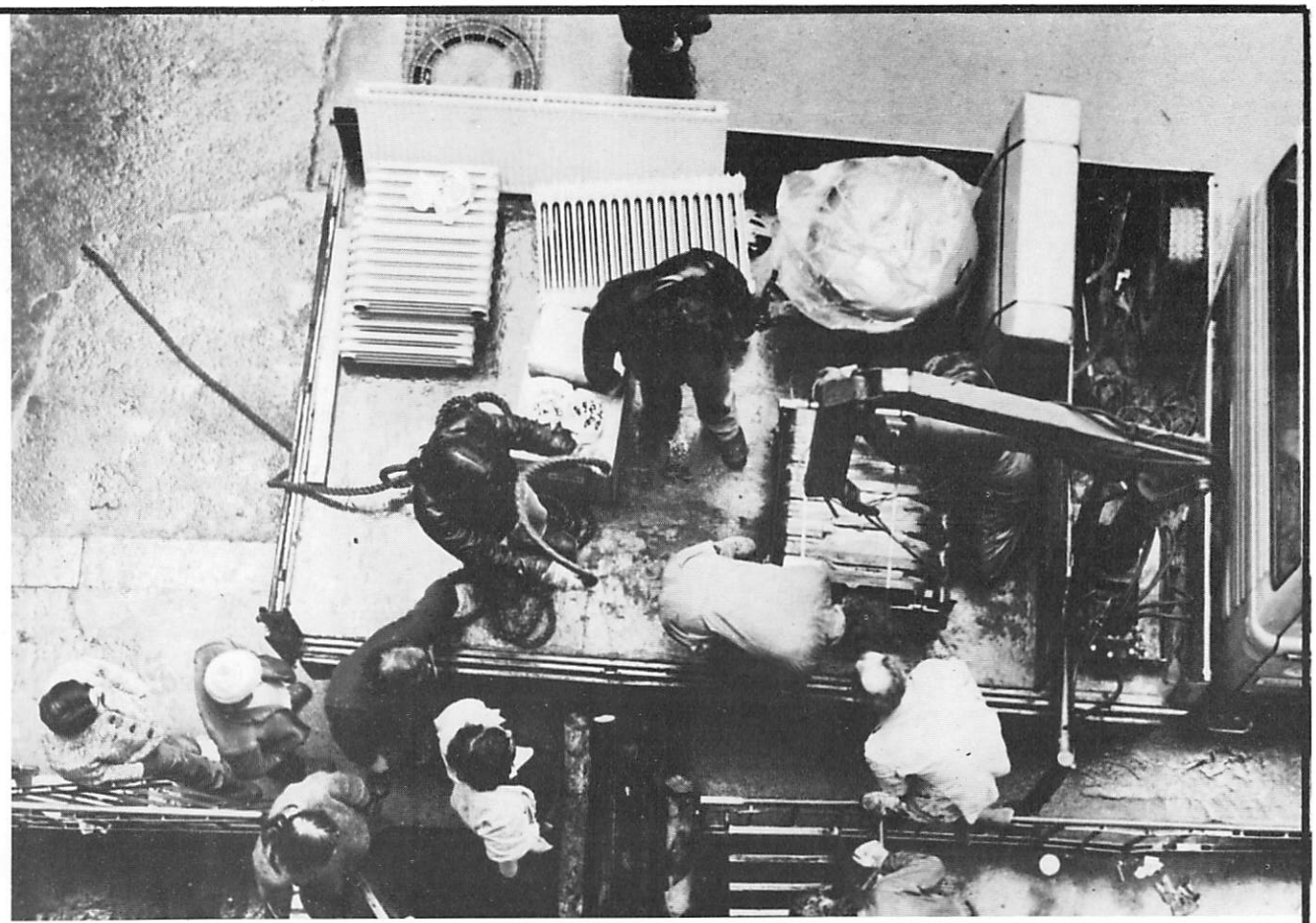
Die vorhandenen Steigleitungen sind gut erhalten und in den einzelnen Wohneinheiten durch neue Stromleitungen entsprechend den Sicherheitsnormen und in Zusammenarbeit mit dem Kollektiv Werkschule Elektrobau GmbH, ergänzt und erneuert.

7. Fußböden

Die Dielenfußböden haben wir in einzelnen Räumen abgeschliffen und neu versiegelt. Brüchige und rissige Estriche in Küchen und Bädern haben wir erneuert oder ausgebessert.

8. Dach

Das Dach war in einem schlechten Zustand, denn die Eigentümer hatten es immer mehr verrotten lassen, weil sie genau wußten, daß die Bausubstanz eines Hauses in hohem Maße von der Güte des Daches abhängig ist. Wasserflecken an der Decke des dritten Stockes und feuchter Putz waren die Folgen. Daher war eine unserer ersten Instandsetzungsarbeiten, das Dach so zu reparieren, daß wir trocken über den Winter kamen. Über den Bauhof besorgten wir Dachpappe, Bitumen, einen Brenner, Faserkitt. Und nach vier Wochen hatten wir alle Risse so gespachtelt oder geklebt, daß das Dach dicht war.



9. Schornsteine

Für die Wartung des Schornsteins haben wir einen Jahresvertrag mit dem Bezirksschornsteinfeger abgeschlossen.

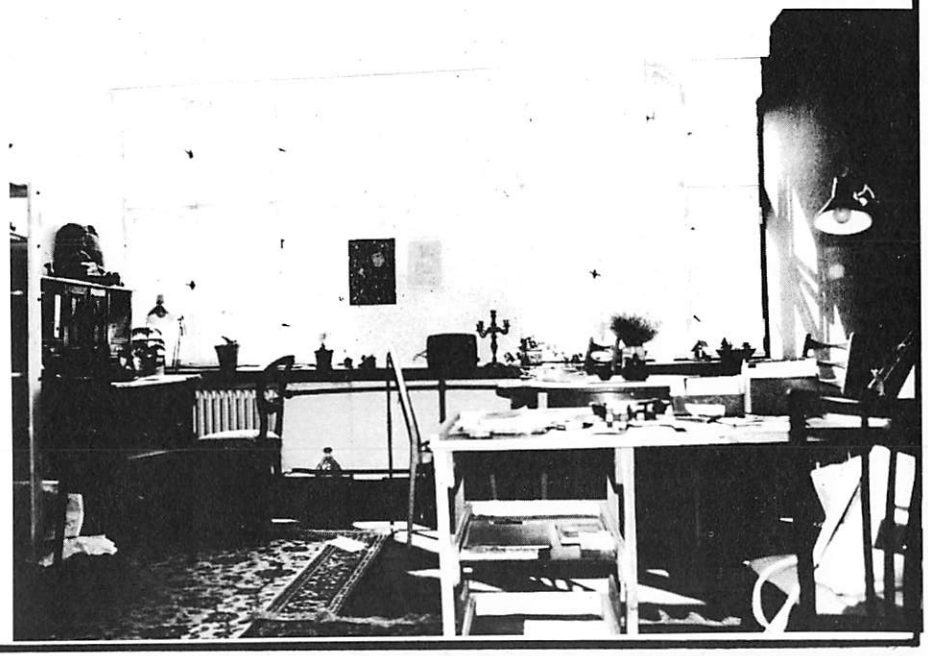
1o. Müll

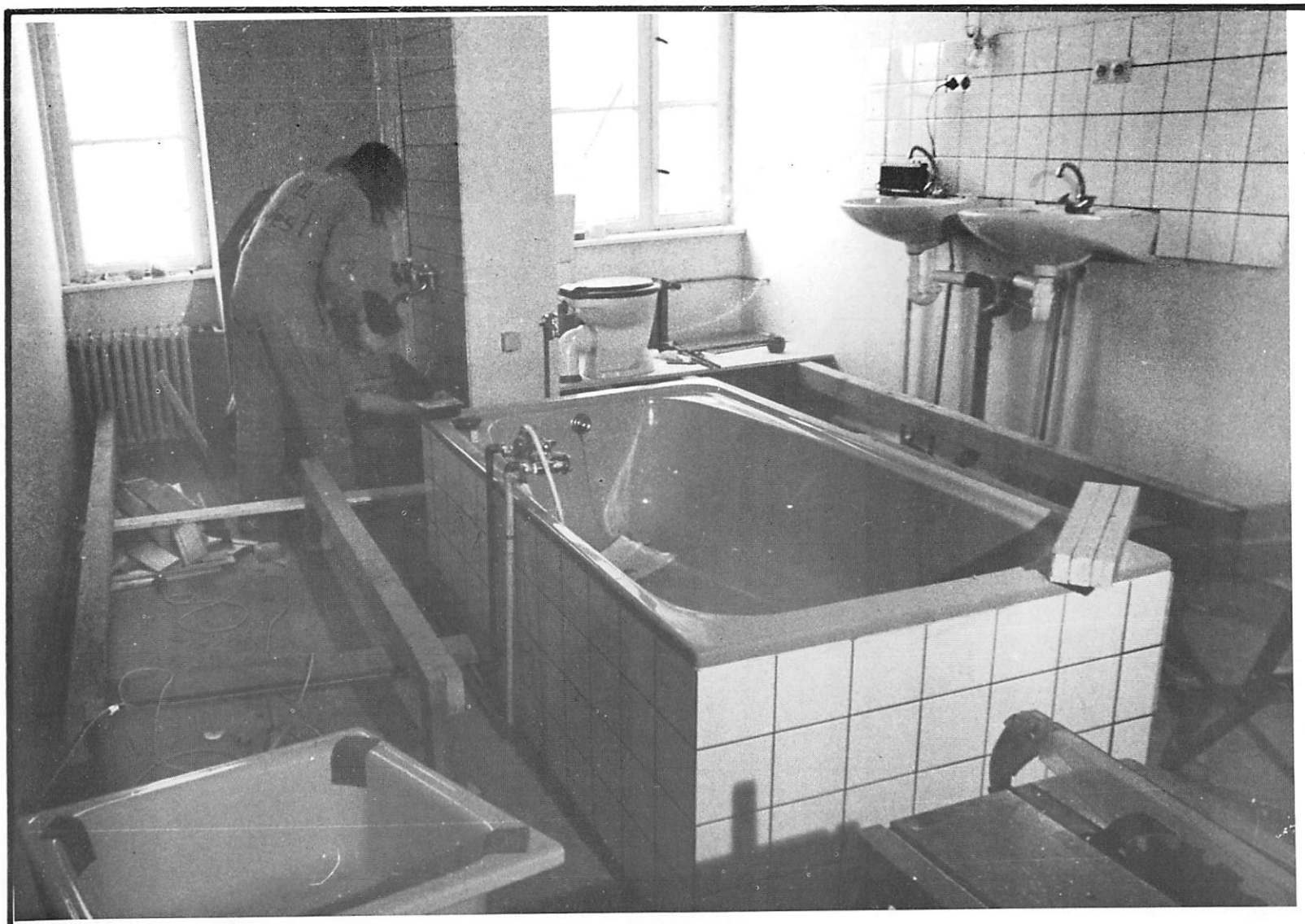
Schon vor Beginn der Besetzung an sortierten wir unsere Abfälle nach organischen Stoffen, Glas, Papier und Müll, um ihn entweder als Kompost oder Rohstoff wieder verwendbar zu machen. Mit der BSR konnten wir einen Vertrag über die Müllbeseitigung abschließen.

11. Telefon

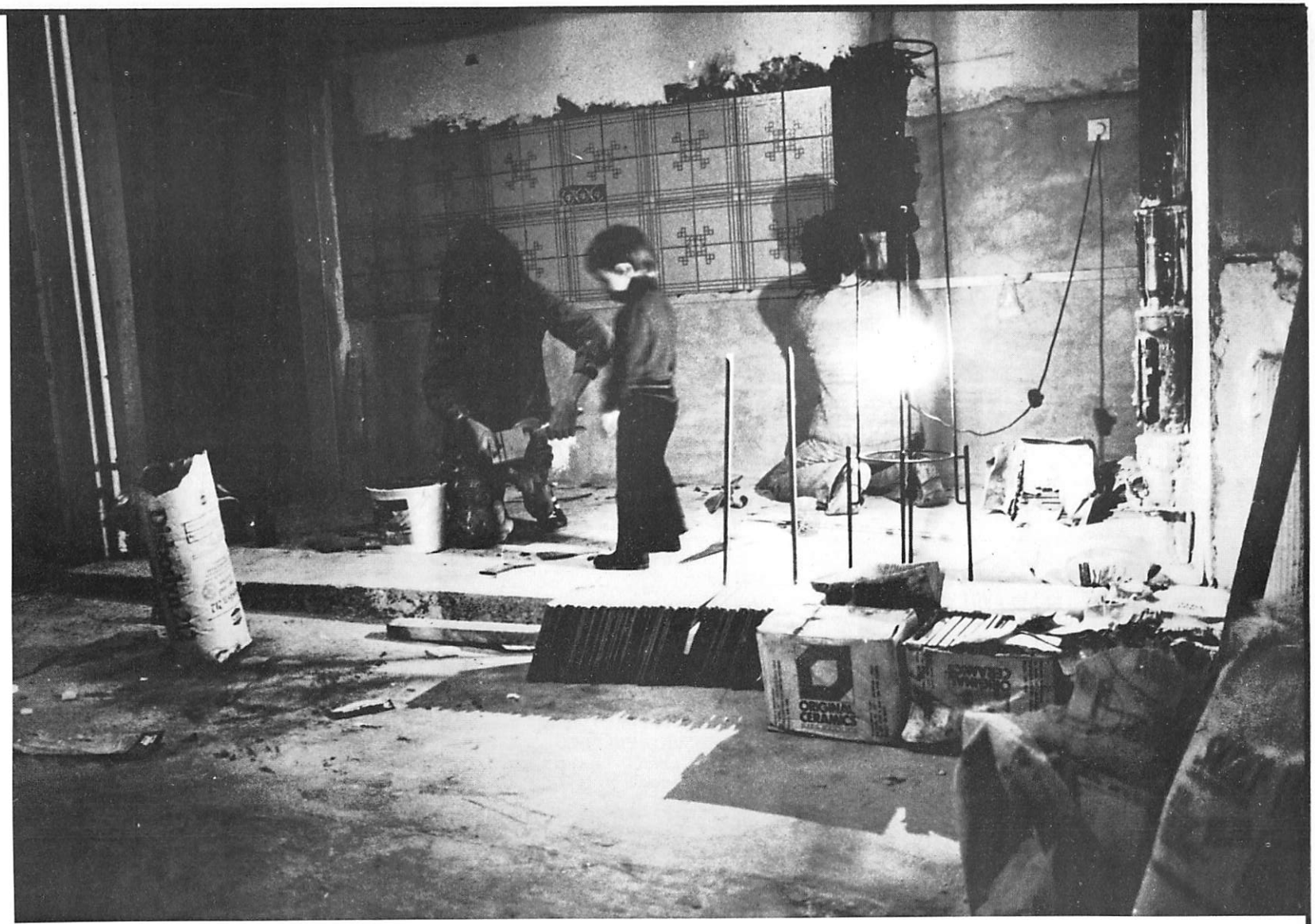
Nachdem die Post zwei von unseren Telefonen ohne ersichtlichen Grund stillgelegt hat und sich weigert neue in Betrieb zu nehmen, liegen wir zur Zeit im Rechtsstreit in Zweiter Instanz (genaueres im Anhang, liegt nicht allen Exemplaren bei).

Fotos aus der Renovierungszeit. Tonnenweise Schutt mußten weggefahren werden.





... und eines Badezimmers



Beim Bau einer Wohngemeinschaftsküche...

VI. Unsere Alternativen

Um das Hinterhaus der Prinzenallee 58 zu bewirtschaften und verwalten zu können, haben wir den "Verein zum Schutze billigen Wohnraums e.V." (VezuSchubiWo) gegründet, der es uns ermöglicht, als eine juristische Person aufzutreten. Somit können wir Einzelmietverträge vermeiden und für das gesamte Anwesen die Selbstverwaltung übernehmen. Die Ziele des Vereins werden in der Satzung wie folgt beschrieben:

§ 2 Ziele des Vereins

1. Ziel des Vereins ist die Durchführung exemplarischer Projekte, zur Erprobung neuer Wohn-, Arbeits- und Freizeitformen.
2. Im Sinne einer sozialen Nachbarschaftspflege will der Verein auf das, in seinem Umkreis (Tätigkeitsbereich) liegende Wohngebiet einwirken, das Zusammenleben der Bewohner fördern, sowie die Erhaltung gegebener Blockstrukturen und architektonischer Gegebenheiten fördern.
3. Um diese Ziele praktisch zu verwirklichen, unterstützt und berät der Verein Hausgemeinschaften, bei denen die Bewohner ihre Häuser selbst verwalten und bewirtschaften. Der Verein unterstützt insbesondere Hausgemeinschaften, welche vor allem Kinder, Jugendliche, alte Menschen und ausländische Mitbürger einbeziehen und auf diese Weise verbindliche soziale Strukturen schaffen.

Das Erdgeschoß als Nachbarschaftshaus

Das gesamte Erdgeschoß mit einer Nutzfläche von über 1.5oo qm soll nach außen für den Kiez geöffnet werden. Grundlegend können wir zwei Angebotsformen unterscheiden, in die durch die Ebenerdigkeit der Hallen auch behinderte Menschen einbezogen werden können.

Im offenen Betrieb unserer Kulturhalle werden regelmäßige Kulturangebote gemacht (Rock-Veranstaltungen, Theater, Video, Kino, etc.), die allen Besuchern offenstehen. Das Café soll als Informations- und Kommunikationstreff täglich für Kiezbewohner geöffnet werden. In unserer großen Gemeinschaftsküche soll ein fester Mittagstisch für alte Menschen, Kinder, Jugendliche und Hausbewohner eingerichtet werden.

Denn für all die Aktivitäten und Power, die in unserem Haus bereits laufen und noch wachsen sollen, müssen wir natürlich auch an unsere Bäuche denken (wo soll die Kraft denn sonst herkommen?). Und zudem an die all' der Leute aus dem Kiez, die wir in unsere Äktschens mit einbeziehen wollen-

Wir wollen in unserem Haus Ansätze einer neuen Lebensform und Wohnkultur entstehen lassen. Hausgemeinschaften sollen somit genauso selbstverständlich werden, wie es heute schon bei Wohngemeinschaften der Fall ist. Eine Gemeinschaftsküche ist dabei ein wesentlicher Bestandteil, nicht nur um unsere "biologischen" Bedürfnisse zu erfüllen. Denn wir wollen auch beim Essen reden.

Möglichkeiten und Wirkung, die sich aus diesem Experiment ergeben werden, können nicht vorherbestimmt werden, da solche Versuche seit 5 Jahrzehnten nicht weiter zugelassen und ausprobiert wurden.

Die meisten Schwierigkeiten bei der Einrichtung von Großküchen ergeben sich durch die gesetzlichen Auflagen, welche die Wahl des Materials und Anordnung der Einrichtung genau vorschreiben, und somit zu hohen Anschaffungskosten führt.

Unsere Haus-und Kiezküche ist für ca. 1oo Menschen vorgesehen. Um wirtschaftlich arbeiten zu können, muß die Küche komplett und funktional eingerichtet sein.

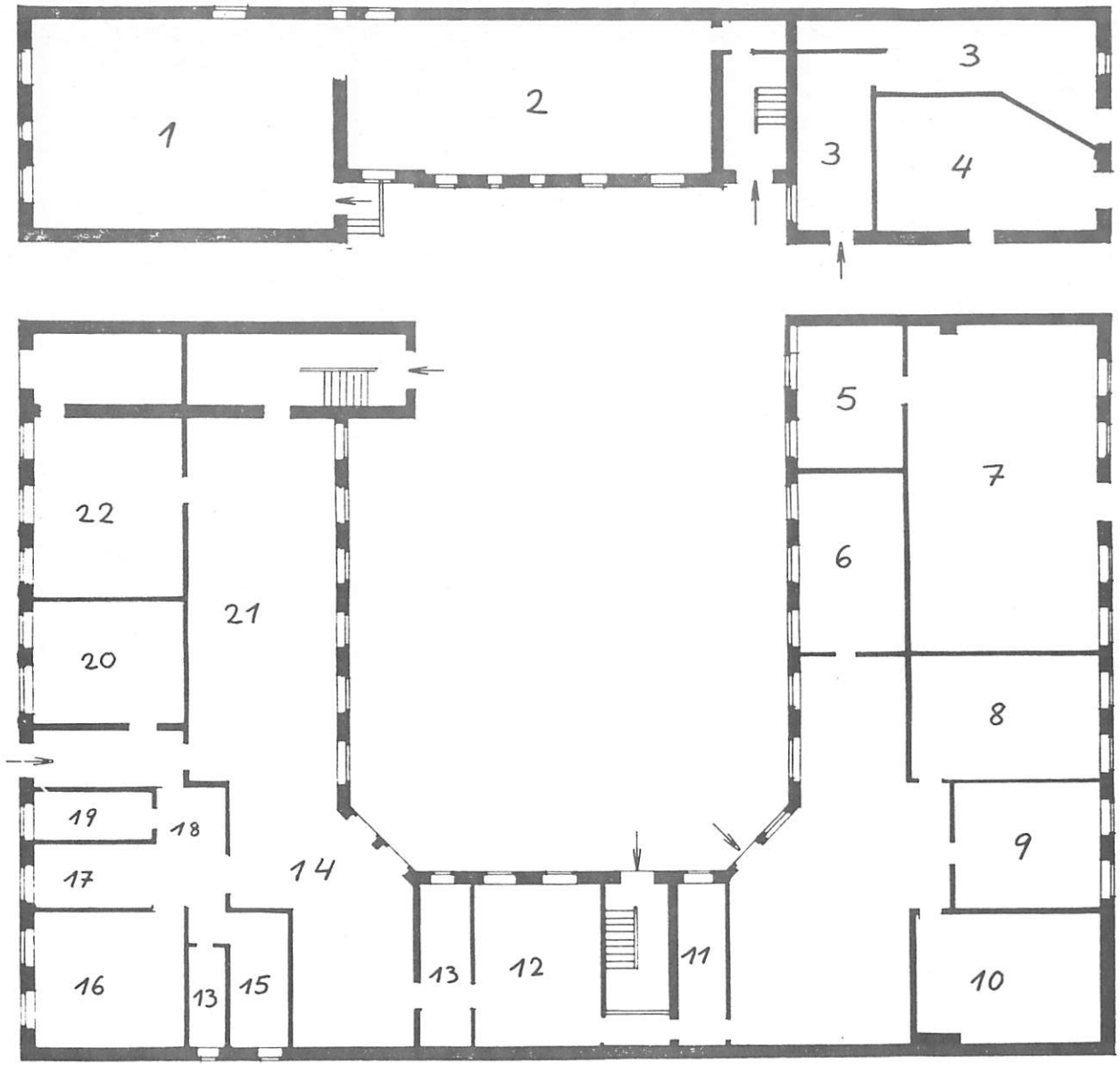
Als zweites sollen über Gruppenangebote handwerkliche Äktschens und Kurse als "Hilfe zur Selbsthilfe" stattfinden. Die Gruppen sollen in eigener Verantwortung oder unter Anleitung die Räume nützen (Töpferei, Spinnerei, Fotolabor, Schlosserwerkstatt, Holzwerkstatt, Massage - Workshops, Motorradwerkstatt, Fahrrad - shop und Theater).

Darüber hinaus soll ein fester Schülerladen in Form eines Freizeit- und Schularbeitszirkels für Kinder und Jugendliche der benachbarten Schule angeboten werden. Dafür ist eine Stelle für eine(n) Anleiter(-in) vorgesehen.

Die Arbeit in der Eltern-Kind-Tagesstätte (EKT) und in der Klein-Kind-Krabbel-Gruppe (KKKG) ist ebenfalls selbstverwaltet. Um Senatsgelder beantragen zu können, ist ein eigener Verein in Gründung.

Durch einen Food-Coop wird eine autonome Lebensmittelversorgung für Kiez und Haus aufgebaut.

Unsere Keller haben wir entrümpelt und Übungsräume für Musikgruppen eingerichtet. In den 13 bis 6o qm großen Räumen üben zur Zeit 14 Gruppen.



Masstab 1:200

ERDGESCHOSSÜBERSICHT März'82

- ● 1. Kinderladen (3-5 J.)
- ◐ 2. Kleinkindergruppe (1-2 J.)
- ● 3. Fahrradkeller
  Fahrradwerkstatt
- ◐ 4. Food-Coop (Weddinger Lager)
- ● 5. Metallwerkstatt / Schlosserei
- ● 6. Motorradwerkstatt
- ● 7. Haus- Ausbauwerkstatt
- ◐ 8. Töpferei, Keramikwerkstatt
- ○ 9. Spinnen, Weben, Nähen
- ○ 10. Fotolabor, Druckerei
- ● 11. Sanitärlager
- ● 12. Sport, Körpertraining + Massage Raum
- ○ 13. Toiletten
- ○ 14. Café-Raum
- ○ 15. Lebensmittel und Getränke Lager
- ○ 16. Schülerladen / Arbeitsraum
- ○ 17. Koch-Küche
- ○ 18. Café - Tresen
- ○ 19. Spülküche
- ● 20. Beratungs- und Besprechungsraum
  Treff für BI's, Hausplenum, usw.
- ● 21. Veranstaltungs-Halle
- ● 22. Video-Firma

● läuft schon
◐ soll bald losgehen
○ ist geplant

VII. Ein Baustadtrat "MACHT"-kultur

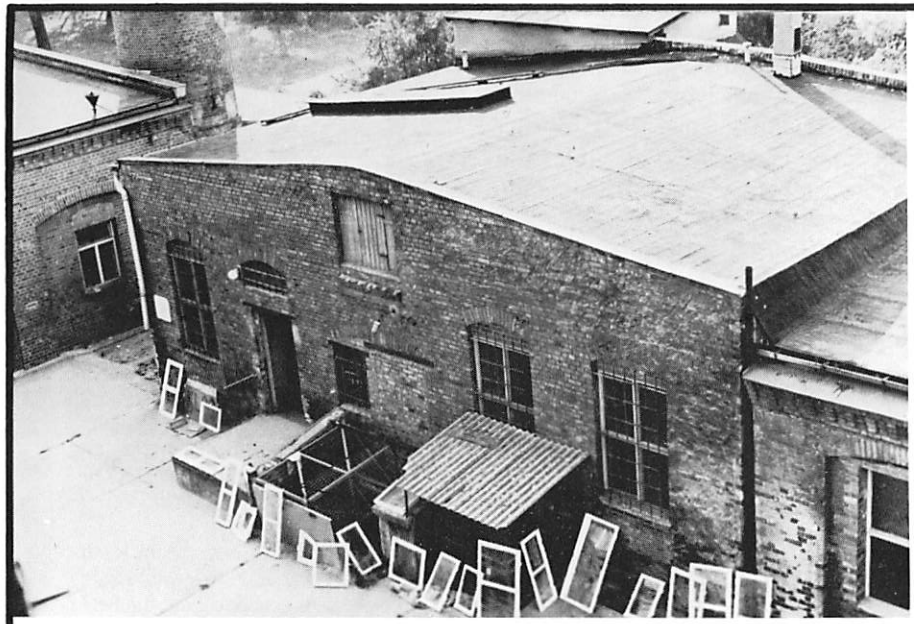
Außer den 67 Wohnungen gehören zum Haus ca. 1.5oo qm Nutzfläche im Erdgeschoß und 75o qm im Keller. Hier haben wir die Kulturhalle, einen Kinderladen, unser Büro und Übungsräume für Musikgruppen eingerichtet. Hinter dem Haus befanden sich bis zum 17.12.81 weitere nutzungsfähige, voll beheizbare Werkstatthallen. An die Panke grenzte ein schöner Garten, den wir durch Entfernen des Zaunes, zum Uferwanderweg "Pankepromenade" öffneten, um den Grüngürtel zu erweitern. Die in den Hallen geplante Gemeinschaftsküche des Hauses sollte sich zu einer Kiezküche entwickeln, in der ein preiswerter Mittagstisch besonders für alte Menschen, Jugendliche und Kinder der benachbarten Schule angeboten werden sollte. Darüber hinaus war ein Gartenkaffee mit nichtprofessionellen Kulturangeboten geplant.

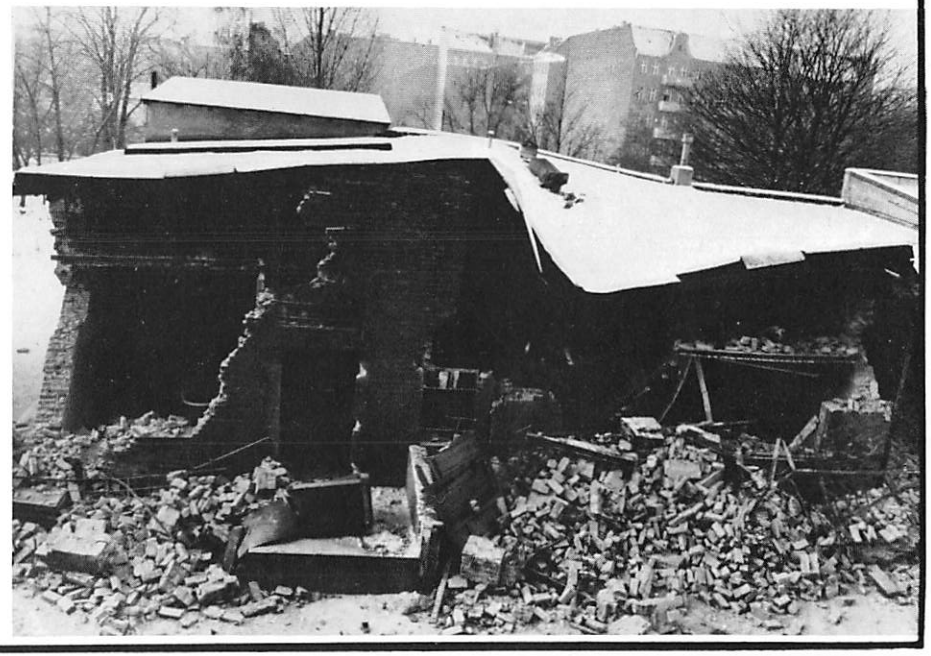
Durch die Ausstellung in der Halle 59 vom 4.7. - 18.7.81 "Das Glück braucht ein zu Hause" waren die zuständigen Stellen und die Öffentlichkeit über unser Konzept informiert. Obwohl unsere Planung bei der Bezirksbürgermeisterin Erika Hess (SPD) Zustimmung fand, wurden die Hallen auf Betreiben des Baustadtrats Lüdtke (diplomierter Soziologe) nach zwei von uns verhinderten Abrißversuchen am 17.12.81 zerstört. Damit mischt sich ein destruktiver, machthungriger Baustadtrat nicht zum ersten Male im Wedding in ein Projekt des sozialkulturellen Bereichs ein und vernichtet dieses durch sein Betondenken im Ansatz. Im Kommunalprogramm des Bezirksamtes Wedding (SPD) vom 19.1.82 heißt es auf Seite 4 Abs. 2 "Im Wedding fehlen Jugendfreizeiträume. In dieser Hinsicht ist der Wedding der am schlechtesten ausgestattete Bezirk Berlins. Im Sanierungsgebiet Brunnenstraße, im Bereich Wollankstraße und am Rudolf-Virchow-Krankenhaus gibt es überhaupt kein Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche. Das ist nicht hinnehmbar."...

Doch erneut war eine Gefälligkeitsplanung des Bezirksamtes, die der "Hano" den Bau ausreichend großer Tiefgaragen in ihren Neubauten Prinzenallee / Soldiner Straße erspart und Parkplätze in die Landschaft knallt: weniger als der ebenfalls in einem Kommunalprogramm versprochene Ausbau des Pankegrünstreifens: Seite 6 Abs.

1 "Der Bezirk ist mit seinen drei großen Parkanlagen Volkspark-Rehberge, Schillerpark und Humboldthain, den Pankegrünzug und vielen kleineren Grünflächen ein "grüner" anziehender Bezirk. Das Bezirksamt bittet die Bürger, die Anlagen pfleglich zu nutzen und mit darauf zu achten, daß sie nicht mutwillig zerstört werden zu Lasten der Allgemeinheit."

Wir sind der Meinung, daß über die vom Bauamt angerichtete Verwüstung des Gartengeländes hinter unserem Haus nicht stillschweigend "Gras wachsen darf", sondern fordern, daß das öffentlich nutzbare Gelände mit Muttererde und neuer Bepflanzung sofort zu begrünen ist. In den Auseinandersetzungen um den Abriß der Hallen hat Baustadtrat Lüdtke öffentlich (im Beisein unserer Paten GEW Wedding) zugesagt, uns nach dem erfolgten Abriß als Betroffenenvertreter bei der Planung des Gartengeländes und der Blockplanung anzuerkennen und mit einzubeziehen.





Donnerstag, 3.9.1981
Ein anonymer Telefonanruf schreckt die Besetzer der Prinzenallee 58 auf: Am Montagmorgen sollen die Fabrikhallen abgerissen und dedr Garten planiert werden. Die Besetzer beraten, wat tun, um den Abriß zu verhindern.

Ein Flugblatt wird gedruckt, eine Pressekonferenz für Montag einberufen, auf der TU WAT Demo am Samstag zu einer Duchhaltefete eingeladen.

Sonntag, 6.9.1981
Die Vorbereitungen laufen. Schlafplätze werden eingerichtet, Musikanlagen aufgestellt, eigene Kultur soll abends gemacht werden, Essen für die Durchhaltegäste zubereitet, Flugblätter verteilt, Getränke kalt gestellt.
Abends am gleichen Tag.
Die Fete läuft. 200 Leute sind gekommen, um den drohenden Abriß zu verhindern. Schnell werden noch ein paar Transparente gemalt und um den ganzen Gebäudekomplex aufgehängt. Auf einer Wildwiese, durch der der Abrißbagger den Angriff starten wird, wird ein Schild aufgestellt: **„Durchfahrt für Abrißbagger verboten! Der Polizeipräsident."** Nachts wird ein Lagerfeuer aufgebaut. Viele Gäste gehen zwar wieder von der Fete nach Hause, aber früh am Morgen sind trotzdem an die 100 Widerständler da.

Montag, 7.9.1981
Ab fünf Uhr gibt es für alle Frühstück. Schrippen, Kaffee, Margarine, Wurst und Marmelade. Es macht Spaß am Lagerfeuer zu essen und zu quatschen und zu warten.

8.00 Uhr
Der Baggerführer der Abrißraupe ist gekommen. Gleich wird er in eine Diskussion verwickelt. Videokamera ist dabei. Alles wird festgehalten. Ja, er ist ja nur ein kleiner Arbeiter, sagt er, aber das wir die Scheiben seines Abräumgerätes mit Ölfarbe beschmiert haben, das findet er nicht gut. Und wir hätten ja recht mit dem Besetzen und es fehlen ja wirklich billige Wohnungen. Es ist ein nettes Gespräch mit ihm. Einige Passanten bleiben auch stehen.
Schnell wird noch eine Stelltafel aufgestellt und dann kommt Herr Eizen, Beauftragter des Grundstückeigentümers, Hauert & Noack.

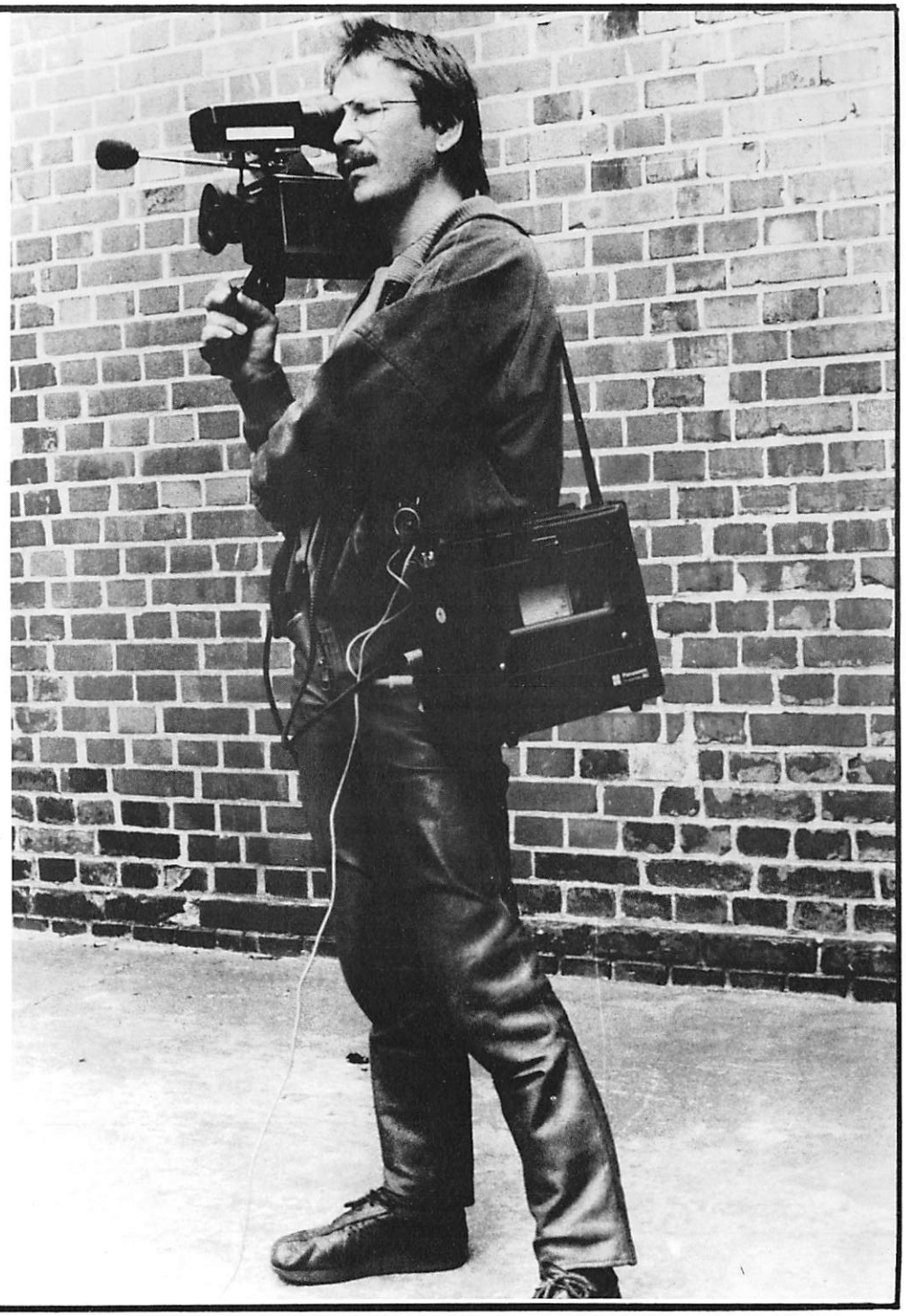
9.00 Uhr
Von Gegnern umringt, macht Eizen auf die coole Tour. Hier wird heute abgerissen, eine Genehmigung liegt vor, Gewerbegebiet hin, Wohnbebauung her. Dieser Krawattenmensch, jung-dynamisch, muß viele Sprüche über sich ergehen lassen — die Videokamera und Ton ist immer noch dabei.

9.30 Uhr
Der Baggerführer, der Jung-Dynamische und ein Vertreter des Gartenbauamtes, der plötzlich auftauchte, betreten die „Abrißpiste". *„Hier bitte nicht langfahren, da stehen Pflanzen unter Naturschutz."* Die Besetzer geben zu verstehen, daß sie die Piste besetzen, um den Abrißwahn zu stoppen. Ignoranz des Herrn Eizen, der Baggerführer ist immer unsicherer, er wird nicht Gebäude abreißen, wo Menschen drin sind.
Kurzerhand werden Tische und Stühle vor dem Durchfahrtgrundstück für die Pressekonferenz aufgebaut. Ca. 60 Leute stehen vor dem Zaun, nicht bereit der Abrißraupe zu weichen. Da muß denn die „Grüne Garde" kommen.

9.45 Uhr
Eizen und der Mensch vom Gartenbauamt haben sich aus dem Staube gemacht. Die Besetzer und Unterstützer lagern vor der Durchbruchstelle.

10.00 Uhr
Drei Streifenwagen mit zwölf Mann Besatzung ziehen. Ein sonnengebräunter Einsatzleiter teilt den Anwesenden mit, hier wird nicht abgerissen, wir können alle nach Hause gehen. Er markiert den Starken mit einigen Sprüchen u.a. mit dem Recht auf eigenes Bild, denn die Videokamera ist immer noch in Aktion, Handlung und Menschen auf Magnetband zu bannen. Dann verschwinden die Polizisten, die Pressekonferenz im bedrohten Garten abgehalten. Die Besetzer bedanken sich bei ihren zahlreichen Unterstützern, der Baggerfuhrer *(Willibald läßt grüßen)*, bekommt eine Tasse Kaffee. Die Schlacht ist vorläufig gewonnen.

10.45 Uhr
Ein Besetzer hat mit Baustadtrat Lüdtke gesprochen. Man will nachste Woche noch einmal miteinander sprechen uber Sinn und Unsinn des Abrisses der Fabrikgebaude.



KORG
No Nukes

Der Wedding is ne
Musterlen

„Das Glück braucht ein Zuhause . . ." – Eine Ausstellung über Wohnungsnot, Abriss und Mieterselbsthilfe in Berlin-Wedding, 1891 - 1981. Ort und Zeit: Kulturzentrum „Halle 59", Badstr. 59, 1-65 (U-Bhf. Pankstr.). Bis 18. Juli, täglich ab 16 Uhr.

Die Ausstellung thematisiert folgende Fragen: Wie und warum entstanden die Weddinger Mietskasernen; wer hat hier gewohnt und unter welchen Umständen; gab es früher schon Mieterproteste und Selbsthilfemaßnahmen? Welche Interesse stecken hinter der planmäßigen Zerstörung des Gebietes, welche psychischen und sozialen Folgen hat die „Sanierung"? Welche Perspektiven haben Instandbesetzungen?

Daraus ergeben sich drei Ausstellungsteile: 1. Historische Wohnungsnot, 2. Abriss und Sanierung heute, 3. Instandbesetzung. Jeder der drei Ausstellungsteile umfaßt ca. 20 Tafeln. Die Ausstellung kann ab Herbst 81 an interessierte Gruppen und Institutionen verliehen werden. Sie wurde von Studenten der Erziehungswissenschaften der FU erarbeitet. Kontakt: Martin Düspohl, Wriezenerstr. 7, 1-65, Tel.: 493 11 36.

„Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Besonnenheit."

2. Timotheus 1, Vers 7

Liebe Schwestern und Brüder,

1. wir stehen in diesen Wochen in einer harten Bewährungsprobe, als Stadt, als Kirche, als Christen. Keiner kann sich einfach heraushalten und so tun,als gingen ihn die Entwicklungen und die Auseinandersetzungen in unserer Stadt nichts an. Stärker als in irgendeiner Stadt der Bundesrepublik ist uns bewußt:wir sitzen hier in einem Boot,es geht um unsere gemeinsame Zukunft.Weil jeder sich betroffen fühlt, weil jeder - allerdings auf ganz unterschiedliche Weise - die Zukunft gefährdet sieht, darum wird ja so leidenschaftlich diskutiert und Stellung bezogen.

2. Viele haben sich an mich gewandt, haben mich angerufen, haben mir Resolutionen und Briefe geschickt und Erwartungen "an die Kirche" ausgesprochen. Sicher, jeder einzelne soll seine Antwort erhalten; aber immer klarer ist mir geworden, daß ich Sie eigentlich alle um einen Tisch versammeln müßte, damit wir als Christen mit unterschiedlichen Positionen doch miteinander nach einem gemeinsamen Weg fragen. Christen sind wir,weil wir dem einen Herrn,Jesus Christus gehören, der uns als Brüder und Schwestern um Seinen Tisch versammelt.
Ich wage es also, Ihnen einen gemeinsamen Brief zu schreiben, an ältere und jüngere Christen, Christen als Hausbesetzer, als Paten, als Polizisten, als Politiker, als Hausbesitzer und Wohnungssuchende, als Eltern usw.... Ich möchte also nicht eine öffentliche Erklärung abgeben, die dann mit einigen Zitaten über die Medien zu Ihnen käme, sondern möchte Sie um die Zeit und Geduld für einen ausführlichen Brief bitten. Und ich wäre froh, wenn es dadurch zu Gesprächen zu Hause,mit Arbeitskollegen und in den Gemeinden käme.

3. Es geht um die Frage: wie sollen wir uns als Christen in diesen harten Auseinandersetzungen verhalten? Was steht in diesem Konflikt auf dem Spiel?Wie können wir unseren Glauben gemeinsam bewähren? "Suchet der Stadt Bestes und betet für sie", dieses Wort aus dem Propheten Jeremia ist in den letzten Jahren oft zitiert worden, was bedeutet es für uns jetzt im Oktober 1981?

4. Christen können bei ihrem Urteil über Menschen nicht beim Vordergründigen stehenbleiben. Sie dürfen nüchtern, geduldig und barmherzig urteilen.
In der Hausbesetzerfrage geht es zunächst um das Verlangen nach ausreichendem Wohnraum zu preiswerten Bedingungen. Im Hintergrund steht die Frage nach der Möglichkeit, in einer Großstadt wie Berlin offenen Raum zur freien Gestaltung eines anderen Lebensstils zu gewinnen.Man will nicht nur die Wahl haben zwischen dem Dasein als Mieter oder als Eigentümer,man will nicht nur abhängig oder verfügungsberechtigt sein. Und man will nicht nur "für sich" leben. Man fürchtet die Isolierung.Die Leitvorstellung ist die Möglichkeit der Teilhabe, ja der Eigenbestimmung und Eigengestaltung des Lebens.

5. Die Widersprüchlichkeit, die schwer durchschaubare Vielfältigkeit und die teilweise Chaotik der "Szene" spiegelt die Buntheit unserer Gesellschaft und zugleich den unabgeklärten, noch nicht "ausgegorenen" Zustand dieser Lebensbewegung.
Viele Sehnsüchte und Wünsche werden da artikuliert, die mehr oder weniger unbewußt von der "Mehrheit der Berliner Bevölkerung" auch empfunden werden. Die Sehnsucht nach Gemeinschaft,nach Selbstgestaltung, nach Geborgenheit,nach Freude am Leben, nach weniger Eingezwängtsein.
Es sind doch im Grunde nicht Kräfte der Zerstörung und der Lebensverweigerung, die sich da zu Wort melden, sondern zukunftswillige und zukunftsfähige Kräfte.

Ich möchte noch einen Schritt weiter gehen:könnte es nicht sein, daß sich evangelische Mitarbeiter,Pfarrer und Gemeindeglieder darum für die "Hausbesetzer" einsetzen, weil sie a) verhindern möchten,daß die guten Ansätze dieser Lebenspraxis in Resignation und von da aus in Gewalt umschlagen, und weil sie b) auf ein Lebenskonzept treffen,das dem biblischen Zeugnis näher stehen könnte als das normale egoistische Lebenskonzept der Wohlstandsgesellschaft?

6. Den Kreis der von diesen Auseinandersetzungen "Betroffenen" darf man also nicht verengen auf den Senat und die Hausbesetzer oder auf den Kreis derer,die durch den Konflikt direkt in Mitleidenschaft gezogen werden. In unterschiedlicher Weise sind alle Menschen in dieser Stadt "Betroffene". Wichtig ist, daß es darüber zum offenen Gespräch kommt, daß nicht jeder nur unter seinesgleichen bleibt! Nur so kann eine Verständigung über ein gemeinsames friedliches Leben aller Gruppen in dieser Stadt,über unsere gemeinsame Zukunft sich entwickeln.Das ist ein langer, schwieriger Weg, der vor uns liegt, für den wir alle einen langen Atem, d.h. die biblische Tugend der Geduld gebrauchen.

7. Weil es so schwer ist,alle gleichzeitig anzusprechen,möchte ich versuchen in verschiedene Richtungen einige Fragen und Bitten zu äußern.

8. Der Senat muß deutlicher machen, daß er wirklich gewillt ist, das Gespräch mit den z.Z. speziell Betroffenen, den Hausbesetzern, Hausbesitzern und Mietern mit dem Ziel zu führen, solchen, die eine andere Form der Lebensgestaltung suchen, den dafür nötigen Gestaltungsraum zu gewähren und zu schaffen.

9. Das z.Z. abgebrochene Gespräch mit den Hausbesetzern kann wohl nur dadurch wiederhergestellt werden, daß Fehler, auch wo sie ungewollt oder unbewußt gemacht worden sind, offen zugegeben werden.Auch staatliche Autorität gewinnt niemals durch ihre Unfehlbarkeit.

1o. Der Senat und das Abgeordnetenhaus müssen deutlich zu erkennen geben, nicht nur die akuten Wohnungs- und Bauprobleme technisch und administrativ zügiger zu lösen,sondern auch die bestehende Rechtsordnung so weiter zu entwickeln,daß Formen alternativer Lebensgestaltung in unserer Stadt eine legale Basis erhalten.

Die Möglichkeit der Vielfalt von Lebensformen innerhalb eines einheitlichen Rechtsrahmens muß gesichert bleiben und sollte, wo sie z.Z. noch nicht besteht, gesetzlich entwickelt werden.

11. Der gegenwärtige Mißstand beruht bekanntlich auf einer langen Fehlentwicklung. Vordergründige Schuldzuweisungen zwischen den Parteien helfen nicht weiter, Zeichen gemeinsamer Verantwortung aber sind wichtig.
Grundsätzlich müssen die Organe des Staates, der Senat, das Abgeordnetenhaus und die Verwaltungen in ihrem Handeln erkennen lassen, daß sie für alle in Berlin lebenden Menschen verantwortlich sind und daß sich kein Organ, vor allem nicht der Senat, als Partei verstehen darf, auch wenn er durch Vertreter einer Partei gestellt wird. Das umfassende Mandat des Senats wird gerade dadurch wahrgenommen, daß er das Existenz- und Lebensrecht von Minderheiten gegenüber der Mehrheit interpretiert und schützt, daß er, um es mit Luther zu sagen, "die Schwachen tröstet und die Starken dämpft".

12. Gegenüber den "Hausbesetzern" müssen wir deutlich sagen,daß wir ihren Wunsch, andere Gestaltungsformen des Lebens zu suchen,verstehen und uns für die Verwirklichung ihrer Vorstellungen mit den der Kirche gegebenen Mitteln auch in Zukunft einsetzen werden.

13. Eine tragfähige Lösung wird aber nur dann zu finden sein, wenn auch das Recht der anderen anerkannt wird,nicht in diesem Lebensstil leben zu wollen.Sie sollten auch sehen, daß das Reden von "mächtigen Regierenden" und "ohnmächtigen Hausbesetzern" nur vordergründig stimmt und die "Ohnmacht der Regierenden" gerade darin deutlich wird, daß sie, oft gegen ihren eigentlichen Willen, sich gezwungen sehen, als Ordnungsmacht aufzutreten, statt den Weg der Verständigung im Gespräch zu finden. Die Glaubwürdigkeit des neuen Lebensstils wird von vielen gerade daran gemessen, ob es den "Kindern gelingt, barmherzig mit ihren Eltern" zu sein. Gerade weil die ältere Generation bedrückt ist, daß sie den Nachwachsenden nicht einen besseren Weg in die Zukunft hat eröffnen können - dies sich selbst aber nur schwer eingesteht - erhofft sie von der Jugend einen neuen Stil des offenen Umgangs miteinander und reagiert um so heftiger, wenn sie vorwiegend Anklage, Ironie, Gewaltandrohung oder sogar tätliche Gewalt zu spüren bekommt.

14. Den Hausbesetzern und den sich mit ihnen solidarisierenden jüngeren und älteren Menschen muß bewußt sein, daß sie nicht nur ihren berechtigten Anliegen durch Gewaltanwendung selbst schaden-dies wird schon jetzt immer wieder gesagt und von vielen auch bejaht -,sondern daß sie gegenüber denen, die Gewalt anwenden,eine große Verantwortung tragen. Die "Mehrheit der Bevölkerung" und der Senat sehen offensichtlich die einzige Möglichkeit zur Befriedigung in der Isolierung der Gewalttätigen von den gewaltlosen Demonstranten, in der Erwartung, daß dann die Gewalttätigen um so leichter bestraft werden können. Die Bibel mutet der staatlichen Gewalt zu,"die Bösen" zu strafen, aber sie mutet den Christen und der christlichen Gemeinde zu:"Überwindet das Böse mit dem Guten".In beiden Fällen kann das letzte Ziel nicht die Isolierung und Bestrafung, sondern die Überwindung des Bösen sein.
straft werden können. Die Bibel mutet der staatlichen Gewalt zu,"die Bösen" zu strafen, aber sie mutet den Christen und der christlichen Gemeinde zu:"Überwindet das Böse mit dem Guten".In beiden Fällen kann das letzte Ziel nicht die Isolierung und Bestrafung, sondern die Überwindung des Bösen sein.
Wer sich ohne Vorbehalt mit Gewalttätern solidarisiert, bestätigt sie in ihrem zerstörerischen, letztlich auch selbstzerstörerischen Tun. Er gibt ihnen keine Chance, das Böse in sich selbst zu erkennen und zu überwinden. Wir sollen immer daran denken, daß wir auch und gerade für die "gewalttätigen Schwachen" da sein müssen, denn ihre Gewaltausbrüche sind ja letztlich verzweifelter Ausdruck dessen, daß sie alleine mit den Fragen nach der Zukunft ihres Lebens nicht fertig werden.

15. Schließlich sollten die "Hausbesetzer" verstehen lernen, daß sie nicht für sich allein leben und leben können, auch wenn sie dieses verständlicherweise gern möchten. Die Vorstellung einer neuen Lebensgestaltung in völliger Autonomie ist ein Traum, den viele geträumt haben, unter ihnen nicht selten Gruppen überzeugter Christen. Sie alle mußten sich, wenn sie auch nur Ansätze ihrer Vorstellungen verwirklichen wollten, selber verbindliche Spielregeln für ihr gemeinsames Leben geben und diese auch kommunikationsfähig zu der Umwelt machen, in der sie leben und von der sie mitgetragen werden. Ist es nicht an der Zeit, daß sich die Hausbesetzer so konstituieren, daß sie, ohne "Paten" und "Vermittler" nötig zu haben,direkt und verbindlich mit denen zu sprechen können,die letztlich alleine die Vollmacht haben,ihnen im Rahmen des ganzen Gemeinwesens eine Lebensgestaltung zu ermöglichen, wie sie ihnen vorschwebt.

16. Den Mitarbeitern unserer Kirche, die an dieser Stelle durch ihren Dienst oder aufgrund ihrer Entscheidung besonders engagiert sind, muß gesagt werden, daß sie eine schwere und wichtige Verantwortung bekommen oder übernommen haben. Sie sind, ob gewollt oder ungewollt,zu Seelsorgern von Menschen geworden, die aus den unterschiedlichsten Gründen bei der Suche nach Gestaltung ihres Lebens in den Gegensatz zu breiten Schichten der Bevölkerung und zum Staat geraten sind.Gerade weil es darum geht, eine tragfähige Form für die Gestaltung eines anderen Lebensstils im breiten Umfeld unserer urbanen Gesellschaft zu finden, muß der Seelsorger in dieser Situation nach mehreren Seiten hin als Helfer zum Leben und als Fürsprecher tätig sein. Er muß den Hausbesetzern deutlich machen, daß ein Leben ohne oder gegen die Gesamtgemeinschaft, gegen das Gemeinwesen, krank macht und letztlich nicht möglich ist; er muß zugleich den anderen, Bevölkerung und Regierung,einsichtig machen,daß sie selbst ein Stück ihrer Lebenshoffnung und ihrer Lebensbasis vernichten,wenn sie den Hausbesetzern langfristig keinen Raum zur Gestaltung ihrer Vorstellung vom Leben geben würde.Wer Minderheiten unterdrückt , unterdrückt die "Minderheit" in sich selbst und raubt sich die Spannung, die die Resignation immer wieder in Hoffnung verwandeln kann.

17. Ein kirchlicher Mitarbeiter gefährdet jedoch seine Aufgabe, ja wirkt ihr geradezu entgegen, wenn er die, an die er gewiesen ist, nicht mehr dort abholt, wo sie stehen, sondern sie, ohne mit ihnen zu sprechen, öffentlich anklagt und verurteilt. Anklage und Verurteilung führen in der Regel zur Verhärtung und nicht zur Öffnung der Herzen. Wir als Mitarbeiter der Kirche sind jedoch weder Staatsanwalt noch Richter. Wir brauchen uns, Gott sei Dank, mit der Ausübung dieses Amtes nicht zu begnügen, sondern wir dürfen im Auftrag dessen reden und handeln, der oft gegen alte Erwartung Menschen zur Änderung ihres Sinnes und zur Versöhnung befreien kann und will. Wir werden uns aber auch nicht davor scheuen, den Menschen, an die wir gewiesen sind, unbequeme Wahrheiten zuzumuten.

18. Kirchliche Mitarbeiter bitte ich herzlich, sich nicht an der Erstellung von Feindbildern zu beteiligen. Wer selbst das 8. Gebot (Du sollst nicht falsch Zeugnis reden) ins Feld führt, darf es nicht gleichzeitig durch sein eigenes Tun außer Kraft setzen. Auch gegenüber staatlich Verantwortlichen gilt es, den Unterschied notwendiger Kritik und Verurteilung zu beachten.

19. Kirchliche Mitarbeiter, die über einen längeren Zeitraum oft unmittelbar solchen besonderen Belastungen ausgesetzt sind, sind verständlicherweise in der Gefahr, die von der Schrift her gebotene Parteinahme für den jeweils Unterdrückten durch eine grundsätzliche Parteilichkeit zu ersetzen.

2o. Wir müssen bekennen, daß wir die kirchlichen Mitarbeiter, die sich um die Menschen in den besetzten Häusern gekümmert haben, zu sehr alleingelassen haben. Wir brauchen aber dringlicher denn je das Gespräch miteinander, damit für jedermann deutlich wird, daß wir als Kirche gemeinsam, aber mit unterschiedlichen Aufgaben im Namen Christi unseren Dienst tun.

21. Aber nun werden die meisten von Ihnen fragen: Wo ist denn in diesem Brief von meinem Recht, von meiner Angst, von meinem Leben und von meinem Verantwortungsbereich die Rede? Unsere Stadt mit ihren 2 Millionen Einwohnern ist doch ein komplizierter Lebenszusammenhang. In der Tat, das Ganze darf nicht aus dem Blick geraten. Und da wäre nicht sehr viel mehr zu sagen.

Aber mir scheint, die Hausbesetzerfrage ist nur ein besonders auffälliges Beispiel einer Gesellschaft im Umbruch. In anderen Bereichen, etwa in der Familie, in der Schule, in der Arbeitswelt ist das gleiche Drängen nach Teilhabe, Mitbestimmung und Selbstbestimmung zu spüren. Auch dort ist die Aufgabe nach ständiger Weiterentwicklung unserer Rechtsordnung deutlich, damit der soziale Friede in einem Leben der Vielfalt in Einheit gewährleistet wird.

22. Eine gemeinsame Zukunft kann es nur geben, wenn das Recht aller geachtet wird, wenn es gesichertes, praktiziertes, gelebtes Recht gibt, das für alle verbindlich gilt. Der unverantwortliche Leerstand ist nur ein Exempel unter anderen, wie der Gemeinschaftsfriede gefährdet wird, wenn das Recht willkürlich gehandhabt wird.

23. Der Gemeinschaftsfriede ist zutiefst auch von innen bedroht. Was geht in den Herzen vor? Nur mit tiefem Erschrecken kann ich auf die Verrohung der Sprache, auf die Gefahr der Wiederkehr einer faschistischen Sprache hinweisen. Es gibt nicht nur die Gewalt der Steine, es gibt auch die Gewalt der Worte, die auf Vernichtung der anderen aus sind. Das Gebot "Du sollst nicht töten" bedeutet nach dem Verständnis Jesus für jeden Christen: Wer zu seinem Menschenbruder sagt: Du Nichtsnutz, dein Leben sollte ausgetilgt sein, der ist einem Mörder gleichzuachten (Matthäus 5, Vers 22). Uns sind vernichtende Worte verboten, nach welcher Seite sie auch gesprochen werden. Oft ist die treibende Kraft hinter solchen Worten die Angst.
Wirklich helfen kann hier nicht einer, der Menschen bloß in ihre Schranken weist, sondern der ihnen die Angst nimmt. "Der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft, bewahre eure Herzen und Sinne". Das ist für uns Christen der einzige Weg zur Heilung.

24. Und Schließlich bewegt mich die Frage, ob nicht die gegenwärtigen Auseinandersetzungen nur Vorboten kommender noch größerer Schwierigkeiten sind. Ich denke hierbei vor allen an die von Jahr zu Jahr drängender werdende Frage des Zusammenlebens der Menschen verschiedener Nationalität, Sprache und Religion in unserer Stadt. Sie wird ohne die Weiterentwicklung unserer gegenwärtigen Rechtsordnung kaum friedlich zu lösen sein und ein hohes Maß an Bereitschaft zum Hören und Umdenken von uns allen fordern. Ob wir nicht gut daran täten, mit der relativ kleinen, überschaubaren und grundsätzlich dialogfähigen Gruppe der "Hausbesetzer" einzuüben, was wir in wenigen Jahren mit sehr viel schwierigeren Partnern wahrscheinlich ohnehin tun müssen?
Ich muß zum Ende kommen. Ich habe Ihnen, liebe Brüder und Schwestern, mit diesem langen Brief viel zugemutet und empfinde doch gleichzeitig, daß wichtige Fragen beiseite gelassen werden mußten.
Gott gebe uns allen den Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr
Martin Kruse
Bischof

Brief von Bischof Dr. Martin Kruse
Zum inneren Frieden in unserer Stadt
(Oktober 1981)

Sanierung in Berlin zwischen Wahlkampf und Routine

Bauwelt Stadtbauwelt 71
25. September 1981

Heidede Becker
Michael Lehmbrock
Jochen Schulz z. Wiesch

Die Welle der Hausbesetzungen seit Oktober 1980 sowie wirtschaftspolitische Affären haben in Berlin eine tiefgreifende politische Umbruchphase eingeleitet. Noch sind die längerfristigen Wirkungen nicht klar zu bestimmen. Doch zeigen die Wahlkampfstellungnahmen der Parteien zur Sanierungs- und Wohnungspolitik, daß bislang unverrückbare Positionen in Bewegung gekommen sind

1. Vom ersten Stadterneuerungsprogramm zur Förderung der Instand(be)setzung Kleine Berliner Sanierungsgeschichte

Im *ersten Stadterneuerungsprogramm* (1963) wurden in sechs innerstädtischen Bezirken die Bereiche zur Sanierung ausgewählt, deren Wohnungsbestand als besonders erneuerungsbedürftig angesehen wurde, und in denen zugleich die Bedingungen für eine zügige Sanierung gegeben schienen (z. B. vorhandener Grundbesitz der Träger) . Betroffen waren rund 140 000 Einwohner in 56 100 Wohnungen (1961). Vorgesehene Gesamtkosten 500 Mio. DM. Die überwiegend praktizierte Form der Sanierung war der flächenhafte Abriß mit Neubebauung. Modernisierungen beschränkten sich vor 1970 fast ausschließlich auf den geschützten Baubereich am Klausenerplatz.

Auch das Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes (1971) änderte an Zielen und Verfahren der Berliner Sanierung nur wenig. Die ins StBauFG übergeleiteten Verfahren in 23 förmlich festgelegten Sanierungsgebieten des ersten Stadterneuerungsprogramms wurden mit modifizierten Beteiligungs- und Informationsverfahren weitergeführt und zeitlich bis in die achtziger Jahre gestreckt, nachdem eine fristgerechte Durchführung bereits 1972 unmöglich schien. Das 1972 begonnene *zweite Stadterneuerungsprogramm* wurde zwar mit Absichtserklärungen zu mehr Modernisierung und einer sorgfältigen Sozialplanung versehen , ließ aber zunächst noch keine durchgreifende Änderung der Sanierungskonzeption erkennen. Es betrifft 29 Sanierungserwartungsgebiete, Untersuchungsbereiche und förmlich festgelegte Sanierungsgebiete mit rund 100 000 Einwohnern.

Nach 16 Jahren Durchführung waren 1979 von den bis dahin als erneuerungsbedürftig bezeichneten 69 000 Wohneinheiten beider Programme erst 16 000 Einheiten bearbeitet, die Sanierungskosten betrugen einschließlich Grunderwerbskosten, aber ohne Baukosten, rund 1,3 Mrd. DM. Das weder billige noch zügige Verfahren der Flächensanierung konnte nur deshalb so lange durchgehalten werden, weil Städtebauförderungsmittel als Teil der Berlinsubvention betrachtet wurden und hier als sogenannter „Berlin-Bonus" in größerem Umfang zur Verfügung standen als in vergleichbaren anderen Großstädten. Erst als die Bundesfinanzhilfen zurückgingen und die Erneuerung immer deutlicher hinter dem Verfall der Berliner Altbausubstanz zurückblieb, gewann die Modernisierung mit Landesmitteln an Bedeutung.

Seit 1977 sind in den Gebieten des ersten und zweiten Programms steigende Modernisierungsquoten festzustellen. Sie gehen zum Teil als „vorgezogene Maßnahmen" auf das Konto von Sonderprogrammen wie dem Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP). Für das zweite Stadterneuerungsprogramm wurde ein Modernisierungsanteil von 50 bis 60 %, für den Rest des ersten Programms von 30 % angestrebt . Zentrales Instrument wurde nach Ablauf des ZIP das Landesmodernisierungsprogramm. Von 1977 bis 1979 wurden 26 500 WE mit einem Volumen von 296,5 Mio. DM in einfacher Modernisierung (nach ModEnG oder ModEnRL) und 5320 WE mit 634 Mio. DM als umfassende Modernisierung gefördert. Im gleichen Zeitraum flossen Steuervergünstigungen nach § 14b Berlinförderungsgesetz in 19 800 modernisierte Wohnungen . Die breite Modernisierungswelle ist nicht auf die Sanierungsgebiete beschränkt. Die Förderung über Steuervergünstigungen macht – bezogen auf die Anzahl der geförderten Wohnungen seit 1979 – bereits zwei Drittel der Modernisierungsförderung nach anderen Förderungswegen aus.

Erst jetzt (1979) wird die „Trendwende" und damit die Abkehr von der bisherigen Politik auch programmatisch vollzogen: „Die Sanierung kann heute nicht mehr als Flächensanierung, sondern muß als eine, unsere gewachsenen Strukturen erhaltende Stadterneuerung verstanden werden" .

Die Problematisierung der bisherigen Politik und die Differenzierung der Sanierungspraxis schlagen sich in den bisher förmlich festgelegten Gebieten des zweiten Programms durchaus nieder. Diese, im Durchschnitt kleineren Gebiete, werden nach den Beteiligungsnormen des StBauFG und den Berliner Ausführungsvorschriften (Einrichtung von Betroffenenvertretungen) bearbeitet und sind für Kurskorrekturen offener als das beachtliche Restvolumen des ersten Programms. Gleichzeitig wird in den Sanierungsgebieten des ersten Stadterneuerungsprogramms weiter in erheblichem Ausmaß abgerissen und neugebaut (Wedding-Brunnenstraße, Neukölln-Rollbergstraße, Kreuzberg-Kottbusser Tor). Der von Ristock aufgenommene Begriff der „Stadtreparatur" ist für diesen fortgesetzten Austausch städtebaulicher Strukturen kaum am Platze.

Die Vergabe von Forschungsaufträgen an das Difu (Auftraggeber SenBauWohn) und das Institut für Stadtforschung (Auftraggeber BMBau) zur Untersuchung der Sanierungsfolgen für die Betroffenen sollte die wissenschaftliche Legitimation für die neue Sanierungspolitik liefern. „Berlin hat (jedoch) mit der Beteiligung an diesen Forschungsprojekten einen wesentlichen Beitrag zur Beurteilung der Stadterneuerung nach dem Städtebauförderungsgesetz geleistet" .

Instandbesetzung – eine Antwort auf die neue Wohnungsnot

Die seit der Biedenkopf-Studie (1978) verbreitete These eines ausgeglichenen Wohnungsmarktes brach angesichts der im Februar 1980 veröffentlichten ersten Ergebnisse der 1 %-Wohnungsstichprobe (1978) und der Wartelisten in den Wohnungsämtern der Großstädte in sich zusammen. Der Deutsche Städtetag bezifferte den Wohnungsfehlbestand im März 1980 auf 1 Mio. WE. Das Schlagwort von der „neuen Wohnungsnot" in den Städten, von Kommunalpolitikern als

Notruf nach Bonn geschickt, wird neuerdings vom zuständigen Minister zurückgewiesen. Die zur Stützung der These vom ausgeglichenen Wohnungsmarkt gesuchten Wohnungsleerstände wurden schließlich im freigemachten Althausbestand der Sanierungsträger aufgespürt – und durch Besetzung teilweise beseitigt. Die Besetzungsbewegung trieb die wohnungspolitische Diskussion, insbesondere die Kontroverse um die Mietpreisbindung in Berlin, in ihre entscheidende Politisierung. Im Streit um den Teilmarkt des preisgebundenen Altbaus kämpfen die Berliner Mieterinitiativen an zwei Fronten: Gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung und gegen die preissteigernde und verknappende Intervention der Sanierung in einen Markt, dessen politische Sprengkraft man offenbar bisher unterschätzt hatte.

Ansetzend beim Leerstand in Sanierungsgebieten, hat die Besetzungsaktion einige grundlegende Konstruktionsfehler der Berliner Stadterneuerung aufgedeckt und eine ungewohnt eilige Reaktion der Administration ausgelöst. Zugleich macht die Verknüpfung von Jugendprotest und Wohnungsnot auf die Unzulänglichkeiten baulich-technischer Strategien und damit auf die Notwendigkeit ressortübergreifender Lösungsansätze aufmerksam.

Der Umbruch im Wahlkampf 1981

Auch 1980 war das Berliner Sanierungsgeschehen durch das Verfahren: Aufkaufen, Entmieten, Abräumen und Neubauen oder Modernisieren mit der Folge einer „schrittweisen Kommunalisierung" des Bestandes geprägt. „Erst die sich häufenden Hausbesetzungen und eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik machten den Berliner Wohnungsplanern klar, wie schief sie mit solchen Praktiken jahrelang gelegen hatten"[11]. Die Wirkungsanalyse des Difu geriet mit ihren Ergebnissen in die Turbulenzen der Senatskrise und wurde im anschließenden Wahlkampf verwertet. Was noch im Sommer 1980 im Bausenat eher widerwillig zur Kenntnis genommen worden war (so z. B. die Befunde der Studie zum Bewirtschaftungsgebaren der Sanierungsträger im Althausbestand), wurde beinahe über Nacht zur Regierungsmeinung. Das 10-Punkte-Programm des Vogel-Senats[12] (Instandsetzung, vorläufiger Stopp des Grunderwerbs durch die Träger zugunsten ordnungsgemäßer Bewirtschaftung, Mietermodernisierung, flexible Modernisierungsstandards, usw.) entsprach weitgehend den Empfehlungen der Studie. Die Bearbeiter der Wirkungsanalyse – an vorsichtigen Umgang mit kausalen Zuordnungen gewöhnt – rechnen den eklatanten Kurswechsel des Senats freilich eher dem Wirken der Hausbesetzer als der Durchschlagskraft wissenschaftlicher Gutachten zu. Bevor man darüber räsoniert, welche Konturen die von der SPD im Wahlkampf angekündigte „gründliche Reform der Stadterneuerung" nun unter von Weizsäcker (CDU) annehmen könnte, soll der Frage nachgegangen werden, wie die „Flexibilität" der offiziellen Positionen zu bewerten ist und welche Hintergründe sie hat.

2. Die Flexibilität politischer Standpunkte zu den „Grundwerten" der Sanierungspolitik – Ansätze für erweiterte Handlungsspielräume?

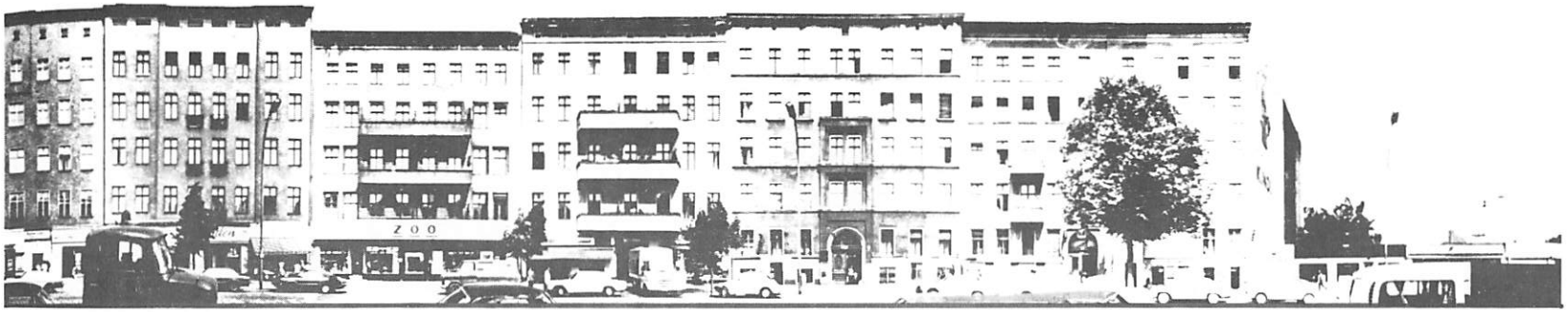
Die SPD fordert eine schärfere Kontrolle der Sanierungsträger, schichtet Neubaumittel auf Instandsetzungsmaßnahmen um und leitet Initiativen zur Mietermodernisierung und Selbsthilfe ein. Die CDU stellt den Unternehmerträger zur Disposition und bekennt sich zur behutsamen Stadterneuerung. Werden die heiligen Kühe einer zwanzigjährigen Berliner Sanierungspolitik geschlachtet? Läßt die plötzliche Flexibilität politischer Standpunkte nachhaltige Wirkungen und neue Handlungsspielräume erwarten oder wird nach einem Wahlkampf-Strohfeuer wieder die gewohnte Routine Einzug halten?

Im folgenden werden einige veränderte Positionen zu Grundwerten der Berliner Sanierungspolitik skizziert.

Gebietliche Festlegungen

Lange Zeit galt die Größe der Sanierungsgebiete in Berlin als Vorteil. Der Grunderwerb könne flexibel gehandhabt und Durchführungsverzögerungen in Teilbereichen und daraus folgende Probleme bei der Mittelvergabe könnten kompensiert werden. Angesichts des 1963 zu Beginn des ersten Stadterneuerungsprogramms geschätzten Bedarfs von 430 000 erneuerungsbedürftigen Wohnungen erscheint die Ausweisung von Sanierungsgebieten mit insgesamt 56 100 Wohnungen nicht überzogen. Die Begründungen für die Abgrenzung der einzelnen Gebiete waren allerdings weniger an Wohnungsmängeln als an Argumenten der „städtebaulichen Einheit" und der zu erwartenden „Bedeutung eines Gebietes nach der Wiedervereinigung" orientiert. In den Sanierungsgebieten gab es daher in erheblichem Umfang auch Wohngebäude, die nicht mit höchster Dringlichkeit hätten erneuert werden müssen, die aber gleichwohl in den Sog der Flächensanierung gerieten.

Auch das Volumen des zweiten Stadterneuerungsprogramms war zunächst noch sehr hoch angesetzt, obwohl bereits im ersten Programm erhebliche Durchführungsverzögerungen sichtbar geworden waren. Eine Wende zu kleineren Gebieten wurde erst bei der förmlichen Festlegung der Sanierungsgebiete und bei der Abgrenzung der Untersuchungsbereiche vollzogen. Mit Ausnahme der Gebiete im Wedding wurden sehr differenziert bauliche, soziale und durchführungsorientierte Kriterien zur Gebietsabgrenzung herangezogen. Die Sanierung sollte „künftig auch kleinteilig und situationsgebunden durchgeführt werden" .



Mit der Entwicklung von Förderungsinstrumenten, die nicht an die Verwendung in Sanierungsgebieten nach StBauFG gebunden sind, verliert die Gebietsgröße und die Ausweisung von Gebieten überhaupt an Bedeutung. Zunehmend höhere Anteile der Modernisierungsförderung fließen in nicht nach StBauFG festgelegte Gebiete:

- Die Mittel des Landesmodernisierungsprogramms sollen nur noch zu 40 % in Gebieten nach StBauFG verwandt werden.
- Der wachsende Anteil über § 14b Berlinförderungsgesetz (Steuerabschreibung) finanzierter Wohnungen ist nicht gebietlich gebunden.
- Seit 1978 liegen 50 % der von Sanierungsträgern erworbenen Grundstücke außerhalb förmlich festgelegter Sanierungsgebiete .

Es wird auch befürchtet, „die Ausweisung großer Bereiche der künftigen Stadterneuerungsbereiche würde vermutlich erst einmal zu einem weiteren Absinken führen, die wenigen bis dahin vorgenommenen Investitionen würden nun völlig unterbleiben" . Daß nun Festlegungen von Untersuchungsbereichen wieder zurückgenommen und Sanierungsgebiete verkleinert werden sollen , läßt auf Verunsicherung im Umgang mit dem Instrument StBauFG schließen.

Unternehmerträger

Kennzeichnend für das Berliner Sanierungsverfahren ist der in eigenem Namen und für eigene Rechnung tätige Unternehmerträger. Hauptargumente für die ausschließliche Konzentration auf Unternehmerträger – in Westdeutschland werden überwiegend Treuhänder bevorzugt – waren:

- rechtzeitiger Anschluß der Bauphase an die Ordnungsphase,
- zügiger Mittelabfluß,
- stärkere Eigendynamik des Unternehmers,
- haushaltstechnische Vorteile (Umgehung des Refinanzierungsgebots usw.).

Dieses Trägerkonzept orientierte sich an den Zielen der Kahlschlagsanierung mit einer Durchführungsleistung von jährlich 4000 Wohnungen (Grunderwerb, Freimachung, Abriß, Neubau). Noch Ende 1974 galt in der Senatsbauverwaltung die Meinung, daß sich das Berliner Trägermodell „ausnahmslos bewährt" habe, obwohl intern wegen unterlassener Instandhaltung bereits Rundschreiben verschickt worden waren, die alle Sanierungsträger aufforderten, ihre Bewirtschaftungsüberschüsse zu reinvestieren . Welchen hinhaltenden Widerstand ein städtisches gemeinnütziges Wohnungsunternehmen gegen die erklärte Politik des Senats leisten kann, zeigt die Analyse der Bewirtschaftungsverläufe von Altbauten im Sanierungsgebiet Wedding-Brunnenstraße. Auch nach Aufforderung zur Reinvestition wurden erhebliche Bewirtschaftungsüberschüsse zu Lasten ordnungsgemäßer Instandhaltung abgerechnet. Projektierte Modernisierungsmaßnahmen mußten wegen inzwischen stark verschlechterter Bausubstanz zurückgenommen werden.

Zunehmende Finanzierungsprobleme der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften und eine gleichzeitige Konzentration des Baugeschehens auf innerstädtische Bereiche führten zur Zulassung privater Wohnungsunternehmen als Sanierungsträger, die als Abschreibungsgesellschaften (GmbH & Co. KG) westdeutsches Kapital für die Sanierung mobilisieren sollten . Tatsächlich blieben aber die Durchführungsergebnisse weit hinter den gesteckten Zielen zurück. Die seit Beginn der Sanierung in Berlin vertretene Grundannahme, die Alteigentümer seien nicht beteiligungsfähig oder beteiligungswillig, mußte revidiert werden . Nach dem Fehlschlag der bereits 1970 angebotenen Regelung zur Betreuung der Eigentümer durch die Sanierungsträger – über Betreuungsverträge sollten die Eigentümer ihre Verfügungsrechte für die Zeit der Sanierungsdurchführung weitgehend an die Träger abtreten – wurde nun eine unabhängige Beratungsgesellschaft (BSM) als Mittler zwischen Eigentümer, Träger und Verwaltung eingesetzt. Obwohl die Unternehmerträger als Regeltyp für gewandelte Erneuerungsziele (Stichwort: Stadtreparatur) sich zunehmend als dysfunktional erwiesen, wollte die Verwaltung Kritik an diesem Trägertyp zunächst nicht zulassen. In Diskussionen mit Senatsvertretern im Sommer 1980 über die Forschungsergebnisse des Difu wurde heftig bestritten, daß Unternehmerträger den Zielsetzungen der „Stadtreparatur" nicht entsprächen. Wohnungsleerstände, Voraussetzung zunehmender Instandbesetzungen und Folge schleppender Sanierungsverfahren zugleich, wurden Anlaß verstärkter Kontrolle der Träger. Anläßlich einer Pressekonferenz im November 1980 kündigte der damalige Bausenator Ristock an, Entmietungen ab sofort nur noch dann zuzulassen, wenn gleichzeitig die Finanzierung des Neubaus oder der Modernisierung gesichert sei. Insgesamt sollte die Entmietung auf maximal zwei Jahre begrenzt werden .

Nach der Bildung des neuen Senats Vogel/Brunner wurde die Kritik an den Sanierungsträgern noch deutlicher:

- Der Grunderwerb durch die Sanierungsträger wird vorläufig gestoppt.
- Die Träger werden aufgefordert, alle leerstehenden Wohnungen, deren Sanierung oder Modernisierung nicht unmittelbar bevorsteht, wieder zu vermieten.
- Über die Entwicklung des Leerstandes und über die Ergebnisse ihrer Maßnahmen haben sie schriftlich Bericht zu erstatten und
- bereits erworbene Grundstücke, deren Sanierung/Modernisierung nicht absehbar ist, zur Sicherung der Vermietbarkeit im Interesse der Mieter zu bewirtschaften .

Es wird die Zuständigkeit der Sanierungsträger für die Sozialplanung in Frage gestellt: Um eine betroffenengerechte Sanierung zu erreichen,

„darf die Ermittlung der Bewohnerwünsche und die soziale Betreuung nicht durch die Sanierungsträger erfolgen“ .

Die Träger wehren sich dagegen, zum Sündenbock gestempelt zu werden. In einer Pressemitteilung (Februar 1981) weist der Verband Berliner Wohnungsbaugenossenschaften die Kritik zurück und betont, daß die Sanierungsträger im Auftrag des Bausenators handelten. Der Leerstand gehe „zu 80 Prozent . . . auf stadtplanerische Konzeptionslosigkeit zurück“ .

Die weitgehende öffentliche Kritik an der Verselbständigung der Sanierungsträger wird zum Wahlkampfthema. Die SPD fordert, daß die „Aufgaben der Sanierungsträger . . . neu bestimmt werden“[28], und nach der Bestätigung der zwei Treuhandträger , mit denen „behutsame“ Stadterneuerung erprobt werden soll, wird versprochen, „auf diesem Weg weiter(zu)gehen und zu einer weiteren Differenzierung der Trägerformen (zu) kommen“ . Auch Volker Hassemer (CDU), inzwischen Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz, plädierte im Wahlkampf für Sanierungsträger, „die nicht eigennützige Ziele verfolgen, die nur die Verwaltung der Sanierung als Aufgabe hätten“ .

Es bleibt zu fragen, ob nur die Vertragsform (Unternehmerträger/Treuhänder) oder auch die Orientierung der Träger auf die Verwirklichung umfangreicher Baumaßnahmen zur Disposition gestellt ist, und wer an ihrer Stelle die bauliche Erneuerung in den Sanierungsgebieten betreiben soll. Die Verwirklichung der im Wahlkampf von allen politischen Parteien geforderten stärkeren Kontrolle der großen Träger erscheint angesichts bestehender personeller Verflechtungen zwischen den Spitzen von Wohnungsunternehmen und Politik und Verwaltung allerdings unwahrscheinlich.

Zügige Durchführung

Als wesentliches Erfolgskriterium für die Durchführung der Sanierung gilt in Berlin die Anzahl der freigemachten Wohnungen. Dabei werden als Ziel der Stadterneuerung in jedem Fall durchgreifende bauliche Maßnahmen vorausgesetzt, die eine Entmietung erforderlich machen. Bei einer jährlichen Leistung von 4000 freigemachten Wohnungen sollte das erste Stadterneuerungsprogramm in 10 bis 15 Jahren abgeschlossen sein. Tatsächlich konnten bis zur Überleitung in das Städtebauförderungsgesetz (1972) jährlich nur ca. 1000 Wohnungen entmietet werden. Um das inzwischen zeitlich gestreckte erste Stadterneuerungsprogramm abschließen zu können, war es erforderlich, „daß die sanierungsbedürftigen Flächen in einer verbleibenden Zeit von rund 10 Jahren bereitgestellt, und daß die auf diesen Flächen vorhandenen Wohnungen in einem jährlichen Umfang von rund 5000 Wohnungen entmietet werden müssen“ . Vorgeschlagene alternative Modernisierungsverfahren, die keine Entmietung erforderlich machen , wurden als „soziologisch motivierte Kritik“ abqualifiziert. Mithin waren in der Folgezeit nicht die „politisch motivierten Aktivitäten der neudeutschen Weltverbesserer“[36] dafür verantwortlich, daß diese hochgesteckten Freimachungsziele nicht erreicht werden konnten, sondern Schwierigkeiten beim Grunderwerb und der Versorgung mit Ersatzwohnraum.

Die Freimachung von Wohn- und Gewerberaum kann freilich nicht einziges Erfolgskriterium sein. Bis Ende 1979 wurden erst 30% der für das erste Stadterneuerungsprogramm vorgesehenen Baumaßnahmen abgeschlossen . Koordinierungsmängel zwischen Freimachung, Abräumung und Neubau bzw. Modernisierung verursachten vermutlich bereits 1972 erhebliche Wohnungsleerstände (ca. 2200 WE) . Die mangelnde Zügigkeit der Sanierungsdurchführung stellte das Stadterneuerungskonzept in Frage. Der Verfallsprozeß der Altbauten in Berlin lief - und läuft - der Erneuerung davon. Wurde lange Zeit trotz erheblicher Durchführungsdefezite an hohen Erneuerungsstandards festgehalten, so wird nun – im Wahlkampf 1981 – „Erneuerung in kleinen Schritten“ gefordert. Damit Sanierung keine „Radikaloperation“ bleibt, wird versprochen, in Zukunft „jeden kleinen Schritt (zu) tun, der augenblicklich möglich ist und zur Verbesserung führt, ohne auf eine Gesamtlösung zu warten“ .

Rückgang der Bevölkerung und Wohnungsleerstand

Die Beurteilung der Wohnungsversorgung der Berliner Bevölkerung beruhte lange Zeit auf Annahmen, Hochrechnungen und Plausibilitätserwägungen. Gestützt auf Prognosen, die neben dem Rückgang der Bevölkerung auch eine Abnahme der Haushalte voraussagten sowie auf fortgeschriebene Daten der Gebäude- und Wohnungszählung (1968), wurde bereits 1978 von einer „Bedarfsdeckung bei der Wohnraumversorgung“ ausgegangen. Deshalb und wegen „der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung wird künftig die Abrißquote der Wohnungen über der Neubauquote liegen müssen“ . Plausibel erschien – obwohl durch nichts gesichert –, daß es in den „am schlechtesten ausgestatteten Gebieten zunehmend zu Wohnungsleerstand“ kommt .

Sowohl die Ausgeglichenheit der Wohnungsversorgung als auch die Unvermietbarkeit der Substandardwohnungen in problematischen Gebieten, erwiesen sich im nachhinein als zweckgerichtete Spekulationen. Nach einer vom Senator für Bau- und Wohnungswesen in Zusammenarbeit mit der Bewag durchgeführten Untersuchung über im Sommer 1979 leerstehende Wohnungen in West-Berlin konnte ein nennenswerter Leerstand nicht nachgewiesen werden. Insgesamt etwa 7100 Wohnungen (0,6% aller Wohnun-

Sanierungsbilanz 1: Abräumungen, Bauleistungen

Abräumungen: Wohneinheiten

Sanierungsgebiet \ Zeitraum	bis 29.7.1972	29.7.1972 bis 31.12.1977	1.1.1978 bis 31.12.1979	Insgesamt Stand 31.12.79
Wedding Brunnenstraße	3192	5831	1644	10667

Bauleistungen: Wohneinheiten – einschließlich Heime (Neubau/Modernisierung)

Wedding Brunnenstraße	869 (869/-)	1196 (1100/96)	668 (553/115)	2733 (2522/211)

gen) standen leer. Damit war nicht einmal die wohnungspolitische Quote von 3 bis 6 % Leerwohnungsreserve abgedeckt. Delikaterweise bildeten die Ergebnisse der Untersuchung die Tätigkeitsbereiche der Stadterneuerung insofern ab, als die Hälfte der aufgespürten leeren Wohnungen in Erwartung von Abriß- oder Modernisierungsmaßnahmen leerstanden, das heißt entmietet waren. Es ist zu vermuten, daß ein beträchtlicher Anteil des übrigen Leerstands Umwandlungsobjekte betraf, da sich mieterfreie Wohnungen erheblich günstiger verkaufen als vermietete .

Aber erst mit der Veröffentlichung der Ergebnisse der 78er 1 %-Stichprobe, aufgrund derer bundesweit Engpässe in der Wohnungsversorgung aufgedeckt wurden, und durch die sich ein Rückgang der Haushalte nicht bestätigte, setzten erste Veränderungen in der wohnungspolitischen Diskussion ein. Jetzt wird auch offiziell konstatiert, daß sich „nachhaltige Leerreserven . . . offensichtlich kaum gebildet" haben . Angesichts einer Versorgungslage, in der auch Substandardwohnungen vermietbar sind, wird von Verfechtern eines liberalisierten Wohnungsmarktes die Nachfrageseite wieder aufgewertet; Nachfrageverhältnisse sollen in die Entscheidung über Abriß oder Modernisierung eingehen, weil „die Entwicklung des Wohnungsmarktes . . . auch immer wieder gezeigt (hat), daß die Nachfragesituation sehr viel ausschlaggebender für die Nutzungsfristen für Wohnungen ist als die Angebotsqualität" . Die angebliche Bedarfsdeckung verschwindet von der politischen Tagesordnung, der planungsbedingte Leerstand gerät ins Bewußtsein der Öffentlichkeit, und das um so mehr, als er durch Hausbesetzungen an Brisanz gewinnt.

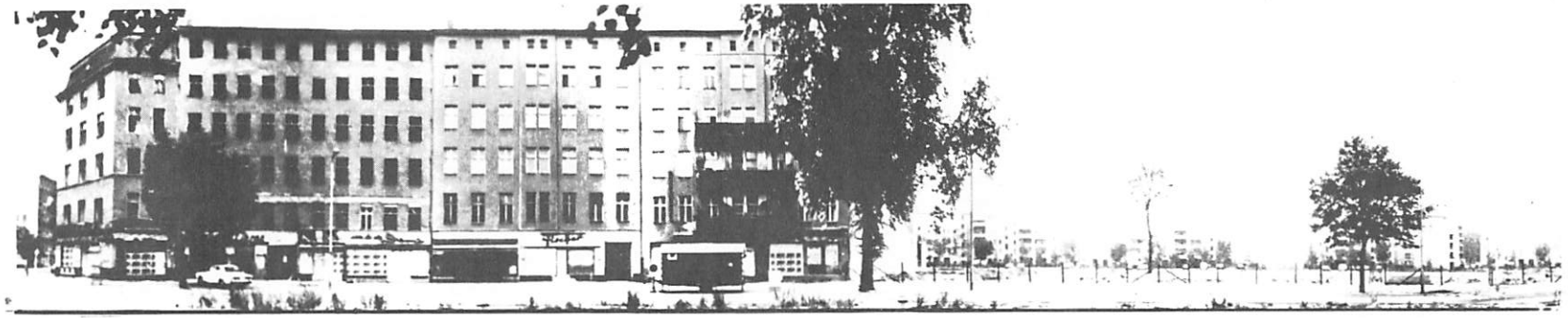
Umstellungen in der Politik beginnen mit einem Fehlereingeständnis; „Maßnahmen zur Verringerung von Leerstand" werden in den Vordergrund gestellt. Die Debatte um unterlassene Instandhaltung, planungsbedingten und spekulativen Leerstand, Aufhebung der Mietpreisbindung, Instandsetzungen mündet in Entscheidungen vom Frühjahr 1981, die vorher undenkbar waren. Die SPD stoppt Entmietungen und entzieht dem Neubauprogramm 20 Mio. DM für Instandsetzungen, denn als Schwerpunkt der Wohnungspolitik gilt jetzt, „daß wir leerstehenden Wohnraum wieder zur Verfügung stellen" . Vor dem Hintergrund einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom Frühjahr 1980, die Ersatzvornahmen und die Erhebung von Zwangsgeldern als Bestimmungen der Berliner Verordnung über ein Zweckentfremdungsverbot für nichtig erklärt, weil der Bundesgesetzgeber die einzelnen Länder dazu nicht ermächtigt habe, werden in der SPD „neue gesetzliche Grundlagen" entwickelt, „um Zwangsgelder zu erheben, die dann auch wehtun" . Mit dem „Gesetz zur Beseitigung der Zweckentfremdung von Wohnraum" ist nach Meinung der SPD nunmehr erstmals die Möglichkeit (gegeben), wirksam gegen Zweckentfremdung und ungenehmigten Leerstand vorzugehen"[51]. Und die CDU betont, daß sie „schon lange die verstärkte Anwendung des Wohnungsaufsichtsgesetzes" fordere .

Insgesamt hat der Sachverhalt „Leerstand" einen Bedeutungswandel erfahren: Ursprünglich ein den Abriß rechtfertigender Indikator für Wohnungsüberhang und Unvermietbarkeit von schlechter Bausubstanz (der sich in dieser Form als nicht vorhanden erweist), gilt er jetzt als ungerechtfertigter Entzug von Wohnungen aus einem Markt, der sie nötig hat. Alle Parteien heben im Wahlkampf darauf ab, daß Hausbesetzungen politisch gelöst werden müssen; denn folgende Überlegungen ließen sich nicht einfach vom Tisch wischen: Der staatliche Anspruch auf *legales* Verhalten des Bürgers kann von einem bestimmten Punkt ab nicht mehr legitim sein, nämlich dort, wo legales Verhalten Unrecht und Not zementieren, illegales Vorgehen aber ein wirksamer Schritt zur Beseitigung von Unrecht und Not sein würde" .

Wohnwert = Wohnungsstandard des Sozialen Wohnungsbaus

Die Erkenntnis einer Mangelsituation in der Wohnungsversorgung und die Finanzierungssackgasse im Sozialen Wohnungsneubau bewirkten parallel auch Überlegungen zum angestrebten Ausstattungsstandard. 1969 formuliert und bis 1979 noch ungebrochen gültig, war die Annahme, daß nur die Standards des Sozialen Wohnungsbaus „mit den Erfordernissen der Gegenwart und absehbaren Zukunft" in Einklang stünden. Höchstens bei Balkonen und nicht gravierenden Grundrißmängeln könnten Abstriche vorgenommen werden. Die Wohnungswirtschaft betont das Kriterium der langfristigen Vermietbarkeit. Neubaustandards als Norm für die Modernisierung von Altbauten mußten zwangsläufig auch zu neubauähnlichen Mieten führen, bzw. überhaupt den Abriß vorhandener Substanz begründen.

Zumindest argumentativ wurden Altbauten aufgewertet. 1979 noch sollten 30% der 570000 Altbauwohnungen abgerissen werden . Inzwischen ist deutlich geworden, daß man auf einen großen Teil dieser Substanz zur Wohnungsversorgung nicht verzichten kann, ganz zu schweigen von dem politischen Zündstoff, den Abrisse zur Zeit haben. Dennoch kann sich die SPD auch im Wahlkampf nicht davon lösen , über die entstehungsgeschichtliche Argumentation, Mietskasernen als „Spekulationsbauten" der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts zu kennzeichnen, die Notwendigkeit von Abrissen zu betonen. Es dürfte unbestritten sein, daß auch Bausubstanz vorhanden ist, die aus bautechnischen Gründen nicht mehr zu erhalten ist. Aber die Tatsache der spekulativen Entstehung allein kann ja wohl keine Begründung für Abriß sein; nachweislich verbirgt sich hinter dem Bautyp „Mietskaserne" ein breites



Sanierungsbilanz 2: Strukturveränderungen

Wedding - Brunnenstraße

- Die Einwohnerzahl ging von 29000 (1970) auf 16000 (1979) zurück.
- Der Ausländeranteil stieg von 13% (1970) auf 33% (1974) und ist seitdem rückläufig (Stand 1979 26%).
- Die Zahl der Gewerbebetriebe ging von 838 (1965) auf 303 (1978) zurück. Am stärksten ist der Einzelhandel mit einem Rückgang des Bestandes um 70% betroffen.

Charlottenburg - KLausenerplatz

- Die Einwohnerzahl ging von 12000 (1970) auf 9000 (1979) zurück.
- Der Ausländeranteil stieg von 5% (1970) kontinuierlich auf 28% (1979). Im Block 118 hat nach Abschluß der Sanierung der Ausländeranteil seinen ursprünglichen Stand von 30% aus dem Jahr 1974 wieder erreicht.

Quelle: Sanierungsfolgen, Kapitel 4 und 9

Spektrum an Wohnungsqualitäten . Behutsamere Vorgehensweisen deutet auch die CDU an. Als Leitlinie der Stadterneuerung gilt: „Instandsetzung vor Modernisierung, Modernisierung vor Sanierung" .

Durchschnittliche Bevölkerungsstruktur

Ein Grundwert der Berliner Sanierungspraxis, orientiert an soziologischen Gutachten der 60er Jahre, ist die Zielrichtung „Gesamtstädtischer Durchschnitt" für die Bevölkerungszusammensetzung in den Sanierungsgebieten. Gerade auch die Bezirke versprachen sich eine Aufwertung; dem liegt eine Sichtweise zugrunde, die höhere Arbeiter-, Rentner- und Ausländeranteile als negativ, verbesserungswürdig und rückständig bewertet. Das Ergebnis eines solchen Ansatzes, die weitgehende Verdrängung der ansässigen Bevölkerung, war nicht nur vorhersehbar, sondern offensichtlich auch gewollt. Faszinierend ist der Einsatz des Maßstabes „Gesamtstädtischer Durchschnitt" insofern, als er natürlich nur für Stadträume gilt, die bei dieser Werterhaltung nach „unten" abweichen. Wissenschaftlicher, im Sachverhalt aber gleich, ist die Forderung 1979 aufrechterhalten worden: „Der verstärkte Einsatz öffentlicher Mittel in den innerstädtischen Problemgebieten muß die sozialen Gruppen berücksichtigen, die in diesen Gebieten leben . . . Die räumliche Trennung nach der Sozialstruktur muß zugleich langfristig abgebaut werden" . Inzwischen wird versucht, die ansässige Bevölkerung, die in den Strudel des Sanierungseingriffs gerät, doch wesentlich ernster zu nehmen und sich mit den Verbesserungszielen auch auf sie zu konzentrieren. Die größten Schwierigkeiten bestehen bei der Unterbringung ausländischer Wohnungsmieter.

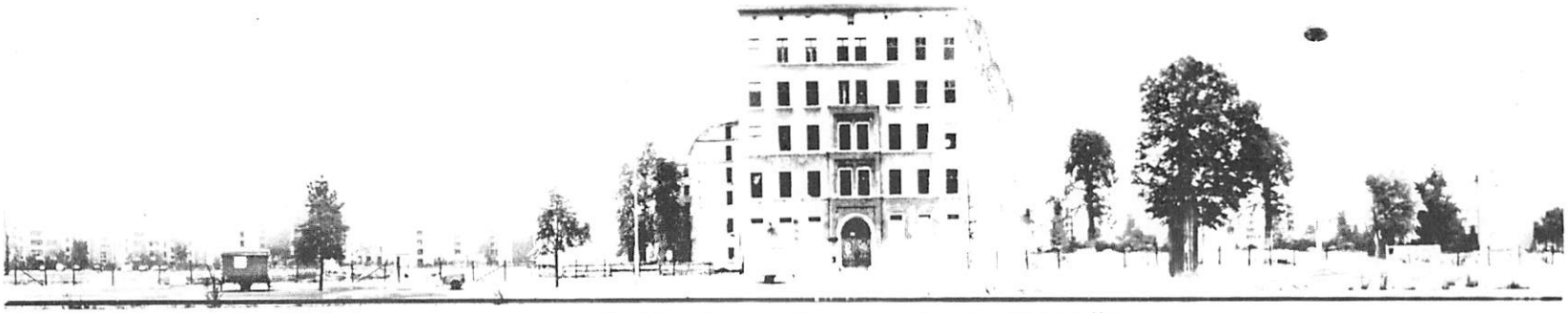
In einer Teilstudie des Difu-Projektes wurden die Wanderungsbewegungen der türkischen Bewohnerschaft und die Auswirkungen für das Sanierungsgebiet Wedding-Brunnenstraße nachgezeichnet. Das dort noch praktizierte Verfahren, die Mehrzahl der Ausländer als „Übergangsbevölkerung" vor der Sanierung her zunächst in die Restbestände der Altbausubstanz des Sanierungsgebietes und dann in die Untersuchungsgebiete des zweiten Stadterneuerungsprogramms abzudrängen und nur rund 10% der sanierten Wohnungen mit Ausländern zu belegen, ist mit dem Entballungsziel des Senats und der in den Leitlinien zur Ausländerintegration empfohlenen Belegungsquote zwar vereinbar, stellt aber dennoch keine Problemlösung dar.

Im 13. Bericht über Stadterneuerung wird „die bisherige Zielvorstellung einer Reduzierung des Ausländeranteils in den Sanierungsgebieten auf den Berliner Durchschnitt" in Frage gestellt[62]. Man geht dort aber davon aus, „die kaum umsetzbaren ausländischen - meist türkischen Familien - anderweitig unterzubringen". Zwar zeigt diese Abkehr vom rigiden Prinzip der Entballung bereits in einigen Sanierungsgebieten Wirkung (kein Einbruch der Ausländerquoten nach Sanierung in Sanierungsgebieten Charlottenburgs und Schönebergs), doch scheint Skepsis am Platze.

3. Stadterneuerung und Wohnungspolitik: Bleiben die Grundprobleme ungelöst?

Abschließend bleiben Fragen: Haben die Beweglichkeit der Standpunkte im Wahlkampf und ihre hitzige Austragung die Stadterneuerungspolitik ein paar Schritte näher in Richtung Problemlösung gebracht? Wo tauchen Umsetzungsschwierigkeiten auf? Wo erfolgt gar die Rücknahme weitergehender Problemsicht im Zuge alltagspolitischer Routine?

Unabhängig davon, wie verbindlich Äußerungen im Wahlkampf sind, stellt sich das Problem der Realisierung von veränderten politischen Strategien angesichts der Vielzahl beteiligter Akteure, die nicht nur den politischen Meinungswechsel nachvollziehen, sondern ihn auch in die Tat umzusetzen haben. Schnell wird bei einer solchen Betrachtung deutlich (gestützt durch die Erfahrung mit dem von Ristock eingeleiteten, aber zu langsam vollzogenen Kurswechsel), wie dünn der Konsens der Akteure und damit das Eis ist, auf dem sich neue Politik bewegen kann. Trägergesellschaften und Wohnungsbaukreditanstalt haben bisher schon zur Modernisierung eine tendenziell lustlose Position bezogen. Jahrzehnte-



lang an den Mitteleinsatz für Neubauten und durchgreifende Modernisierung gewöhnt, sollen sie nun mit Instandsetzungsmitteln die Bewohnbarkeit von Altbauten sichern, deren Restnutzungsdauer durch Desinvestition bislang systematisch verkürzt wurde. In der Senatsbauverwaltung selbst konkurrieren verschiedene Philosophien, allerdings nicht nur im Sinne eines Ringens um die beste Lösung, sondern auch in Gestalt einer gegenseitigen sachlichen und räumlichen Ausgrenzung verschiedener Projekte und Bearbeiter. Und die bezirklichen Sanierungsverwaltungsstellen - personell der Hauptverwaltung und den Trägern hoffnungslos unterlegen - tragen entweder das Konzept verstärkter Modernisierungen mit (Charlottenburg, Spandau), versuchen ein möglichst hohes Mittelvolumen in ihre Bereiche zu ziehen (Kreuzberg) oder lassen die proklamierte Trendwende - einschließlich der Vorschriften zur Betroffenenbeteiligung - ungerührt an sich vorüberziehen (Wedding).

Probleme entstehen auch aus widersprüchlichen Aufgabenzuweisungen: Das Landesamt für Wohnungswesen vergibt nicht nur Wohnberechtigungsscheine an Mieter, sondern auch Leerstandsgenehmigungen an Eigentümer. Sanierungsträger sind aufgefordert, per Leih- oder Nutzungsvertrag bereits entmietete Wohnungen wieder zu vermieten, ein Auftrag, dem sie offenbar nur ungern nachkommen[63], zugleich aber sollen sie den Stadterneuerungsprozeß vorantreiben. Ziel- und Interessenkonflikte zeigen sich mithin nicht erst als Koordinationsproblem zwischen den Akteuren des arbeitsteiligen Erneuerungsverfahrens, sondern belasten bereits die Aufgabenwahrnehmung jeder Instanz. Käme der Anstoß zur Änderung der Stadterneuerungspolitik nur von oben, so dürfte man in der Tat keine Wetten auf ihre Durchsetzung wagen.

Umdenken *und* Durchsetzen einer veränderten Politik bilden die erste Hemmschwelle, der Problemlösung näher zu kommen. Wie stellen sich nun die Wahlversprechungen im Handlungskonzept des Wahlsiegers dar? Ein Blick in die Regierungserklärung und andere programmatische Äußerungen verstärkt die Skepsis. Konsens besteht vermutlich über die Tatsache, daß bisherige Instrumente der Stadterneuerung den Verfall und den Entzug wohnungspolitisch notwendiger Bausubstanz nicht haben aufhalten können. Aber die Zielrichtung der Lösungsschritte weist in eine Richtung, die eine soziale Wohnungsversorgung, das heißt eine Versorgung aller Bevölkerungsgruppen, nicht gewährleistet. Am Beispiel von drei Themenbereichen soll diese Skepsis verdeutlicht werden.

Mietermodernisierung

Als Beitrag zur stärkeren Beteiligung der Mieter an der Verbesserung der Wohnverhältnisse erließ die SPD noch im Wahlkampf die Mietermodernisierungsrichtlinien 1981. Gefördert werden sollten Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen durch Mieter, deren Einkommen die Einkommensgrenzen des Sozialen Wohnungsbaus nicht überschreitet, in Wohnungen, die bis zum 31. Dezember 1918 bezugsfertig geworden sind. Wenn auch mit diesen Richtlinien eine Verbesserung der rechtlichen Stellung der Eigenhilfe des Mieters und erstmals auch eine förderungsrechtliche Anerkennung seines praktischen Engagements erreicht wurde, so war doch absehbar, „daß das bestehende Duldungsrecht, das die Mieterinteressen dem Verwertungsinteresse des Vermieters unterordnet, die Crux der Mieter-Selbsthilfe sein wird"[64]. Im September 1981 wird nun eine Neuauflage der Broschüre zur Mietermodernisierung erscheinen, in der die Einschränkungen nach Einkommen und Alter des Gebäudes aufgehoben sein werden. Die Förderung der Mietermodernisierung wird daher in Zukunft eher von Mietern oberer Gehaltsklassen in vermutlich besseren Wohngebieten wahrgenommen werden. Statt aus der (nicht unerwartet) geringen Nachfrage den Schluß zu ziehen, die Förderungsbedingungen für einkommensschwache Mieter zu verbessern, Beratung anzubieten und eine Einschränkung des Vetorechts des Eigentümers gegen Mietermodernisierung durchzusetzen, dehnt die CDU den Kreis der Förderberechtigten aus. Ein Beitrag zur Verbesserung der Wohnsituation der Gruppen, die nachweislich auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt sind, wird dadurch sicher nicht geleistet.

Sanierungsbilanz 3: Umsetzung

- *Stadtrandumsetzung:* 26 % aller Umgesetzten wurden an den Stadtrand umgesetzt - davon 78 % in die drei Großsiedlungen „Märkisches Viertel", „Falkenhagener Feld", „Gropiusstadt". Zeitlicher Schwerpunkt: vor 1974
- *Bezirksinterne Umsetzung:* 20 % der Umgesetzten bleiben in ihrem Stadtbezirk. Davon sind im Verfahrenstyp Flächensanierung (SWB) 34 % Ausländer. Sie werden in zukünftige Sanierungsgebiete abgeschoben. Zeitlicher Schwerpunkt: nach 1974
- *Gebietsinterne Umsetzung:* 32 % der Umgesetzten bleiben zumindest vorläufig in ihrem Gebiet. Der Anteil der Gebietsumsetzungen im Sanierungsverfahrenstyp Blockrandmodernisierung (SCK) ist doppelt so groß wie in der Flächensanierung (SWB). Die Hälfte der Umgesetzten beider Gebiete können nur vorübergehend in ihrer Wohnung bleiben (Zwischenumsetzung). Zeitlicher Schwerpunkt: nach 1976

Quelle: Sanierungsfolgen, Kapitel 3

Heidede Becker, geb. 1943, Dipl.-Ing., Studium der Architektur an der TU Berlin

Michael Lehmbrock, geb. 1944, Dipl.-Ing., Architekturstudium an der HdK Berlin, Studium der Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin

Jochen Schulz zur Wiesch, geb. 1945, Dipl.-Soziologe, Studium an der Universität Göttingen und der FU Berlin, Promotion an der Universität Konstanz

Alle drei Autoren sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin.

Erhöhung der Wohnkosten

Die Verlagerung von Kosten der Wohnungsversorgung auf die privaten Haushalte durchzieht als Grundtendenz die wohnungspolitischen Aussagen der CDU. Es wird offenbar davon ausgegangen, daß beträchtliche Anteile der Berliner Bevölkerung zu billig wohnen, eine Annahme, die aus der Diskussion um den Weißen Kreis als Argument der Befürworter hinlänglich bekannt ist. Ob die Zahl der spektakulären – nur zu häufig – angeführten Beispiele (Oma bzw. Opa blockiert 200 qm-Altbauwohnung, Student hält sich mit Bafög(!) große Altbau-Zweitwohnung in Berlin) eine nennenswerte Größenordnung ausmacht, ist erst noch empirisch zu belegen. Doch zurück zur Regierungserklärung : Das Aufhalten des Verfalls von Altbauten muß demnach zu großen Teilen durch Mieterhöhungen getragen werden; „Umsonst aber gibt es Wohnungen nicht. Ein Teil des Einkommens, bis zu einem Viertel, muß für Wohnen aufgebracht werden". Das belastet erwiesenermaßen kleine und mittlere Einkommen am stärksten, abgesehen davon, daß im Zuge von Sanierungsmaßnahmen umgesetzte Mieter zu großen Teilen mit einer solchen und auch größeren Mietbelastung bereits zu kämpfen haben. Weiter: „Unverantwortlich wäre es, als Ausweg den Eindruck zu erwecken, der Staat – also die Allgemeinheit – könne den Erhalt der Altbausubstanz finanzieren". Wer jetzt Konsequenzen auch für die Eigentümerseite erwartet, sucht vergeblich. Die Investitionsbereitschaft der Eigentümer ist gefragt, Hinweise auf die Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Instandhaltung z. B.) fehlen.

Ein „deutlicher Akzent" soll auf die Eigentumsbildung im Wohnungsbau gelegt werden . Die Änderung der bisherigen „Mietermentalität" soll zum Bewußtsein beitragen, „daß Wohnungseigentum Vermögensbildung sei und zur Verwurzelung der Wohnungseigentümer in der Stadt beitrage". Welchen Bevölkerungsgruppen die Flucht ins Eigentum möglich ist, braucht hier sicher nicht weiter ausgeführt zu werden. Der programmierte Entzug von Sozialwohnungen durch Umwandlung betrifft genau den Teilmarkt billiger Wohnungen, um den es im Grunde zu kämpfen gilt. Die Erhöhung des Eigenkapitalanteils der Bauherrn auf 25 Prozent soll nämlich für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften durch „Veräußerung von Mietwohnungen nur an die dort lebenden Mieter" ermöglicht werden. Auch hier ist also hinsichtlich einer Verbesserung der Wohnverhältnisse der benachteiligten Mietergruppen Skepsis angebracht.

Sanierungsbilanz 4: Mietbelastung

- Die Mietsteigerungen für die umgesetzten Haushalte im SWB betragen etwa 180% (Warmmiete), für umgesetzte Haushalte im SCK etwa 110%.
- 21% der umgesetzten Haushalte (SWB) zahlen von ihrem Nettohaushaltseinkommen 20 bis unter 25% für Warmmiete; 35% geben ein Viertel und mehr für ihre Warmmiete aus.
- 18% der umgesetzten Haushalte (SWB) sind durch die sanierungsbedingte Umsetzung zu Wohngeldempfängern geworden. Insgesamt bekommen 25% Wohngeld und 2% Sozialhilfe.
- Für 25% der Haushalte (SWB), die bereits Mieterhöhungen bekommen haben, kamen diese unerwartet. 56% der Haushalte mit Mieterhöhung beurteilen ihre Miete als zu teuer.

Quelle: Sanierungsfolgen, Kapitel 6

Wohnungsversorgung von Ausländern

In der Regierungserklärung wird über den Zusammenhang von Ausländerintegration, Wohnungspolitik und Stadterneuerung kein Wort verloren. Vielmehr geht es um die Feststellung, daß „integrationswillige" Ausländer durchaus bleiben dürften. Die CDU will aber auch eine „Sanierung ohne Vertreibung". Wird weiterhin bei Sanierungsmaßnahmen mit räumlicher Problemverschiebung agiert, ist absehbar, daß die Stadterneuerung aus dem Zirkel programmierter Verdrängungsbewegung nicht heraus und dem Integrationsziel keinen Schritt näher kommt. Der künftige zusätzliche Wohnungsbedarf der ausländischen Haushalte wird bis 1990 mit 18000 WE geschätzt . Da insbesondere Türken sich auf dem Wohnungsmarkt der nicht „belasteten" Bezirke nur schwer durchsetzen, bleibt als Problemlösung nur die Verbesserung des Bestandes in den Hauptwohngebieten der Ausländer. Mit der gegenwärtigen Ausländerkonzentration leben und gleichzeitig das Ausmaß der erzwungenen Ausländerfluktuation reduzieren heißt: Stadterneuerung muß die Wohnungsprobleme unter weitgehendem Verzicht auf sozialtechnische Verteilungsmodelle dort lösen, wo sie auftreten, indem sie vorhandene Teilmärkte sichert, statt sie zu zerstören, und den zahlungsfähigen, mobileren Ausländerhaushalten zusätzliche Teilmärkte im gesamten Stadtgebiet erschließt. Die Last der Ausländerintegration im Alltag wird also vorerst weiter von jenen Bevölkerungsgruppen getragen werden müssen, die mit Ausländern auch auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren oder am Arbeitsplatz kooperieren und mit deren sozialer Lage sie mehr gemein haben als nur die Anspruchsberechtigung für den Sozialen Wohnungsbau.

Entwicklungen:
1930–1950
Swinemünder Straße,
Blickrichtung „Millionenbrücke"

Ausblick?

Worin aber bestünden Perspektiven der Stadterneuerung? Handlungsspielräume? Innovationsmöglichkeiten? Aus unserer Sicht ist es nicht notwendig, sie neu zu formulieren. Es gibt bereits eine Vielfalt von weiterführenden Vorschlägen, Empfehlungen und Forderungen; sei es die Rückkehr zur Kapitalsubvention bei der Finanzierung des Sozialen Wohnungsbaus, die Duldungspflicht des Eigentümers bei Mietermodernisierung, die Abschaffung der spekulativen Abschreibungsmöglichkeiten, die Verbesserung und Intensivierung des Vollzugs vorhandener Kontrollgesetze (Wohnungsaufsicht), die öffentliche Kontrolle der Belegung von Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln instandgesetzt, modernisiert oder errichtet wurden, Entscheidungskompetenzen auf Stadtteilebene bei der Verteilung von Förderungsmitteln der Stadterneuerung usw., usw.

Daß sie in der Tagespolitik keine Berücksichtigung finden, hat nichts mit Unbrauchbarkeit zu tun, sondern verdeutlicht nur, daß das politische Barometer eine andere Wetterlage anzeigt. Es ist zu befürchten, daß wiederum erst massive Engpässe, Skandale und ähnliches solchen Ansätzen Gehör verschaffen – vermutlich wieder nur vorübergehend bis zur Konfliktglättung. Die Sachverhalte, die zu Instandbesetzungen geführt haben, waren schon vorher hinlänglich bekannt und vielfach veröffentlicht. Probleme der Stadterneuerung sind *keine* Informationsprobleme, sondern Probleme macht- und interessenpolitischer Sichtweisen.

Heidede Becker, Michael Lehmbrock,
Jochen Schulz zur Wiesch, Berlin

Die Thesen des Beitrags sind aus den Ergebnissen eines Forschungsprojekts mit dem Titel „Wirkungsanalyse von Sanierungsmaßnahmen – Gebietsstruktur und soziale Lage" und der Rezeption der Forschungsergebnisse in der fachlichen und politischen Diskussion entwickelt. Der Abschlußbericht wird in den Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik als Band 70 veröffentlicht. (Herausgeber: Heidede Becker und Jochen Schulz zur Wiesch, mit Beiträgen von Heidede Bekker, Hans-Georg Claussen, Susanne Heidtmann-Frohme, Michael Lehmbrock, Gunnar Oertel und Jochen Schulz zur Wiesch, methodische Beratung Otto Schlosser, Stuttgart u. a. 1981)

Jeder Mensch braucht eine gute Wohnung - sie darf nicht vom Geldbeutel abhängen !

Was in unserer Stadt seit dem schrecklichen Krieg an Wohnungen neu gebaut wurde, das kann sich sehen lassen - in der Quantität wie auch in der Qualität. Und gerade der Wedding hat dabei viel Vorbildliches geleistet.

Doch heute steckt der Soziale Wohnungsbau in der Sackgasse: Er ist so teuer geworden, daß die Zahl der jährlich in unserer Stadt fertiggestellten Wohnungen von früher 2o ooo auf jetzt kaum noch 4ooo zurückging!

Für viele Weddinger bleibt somit eine gute Wohnung noch immer ein unerfüllbarer Traum: Von den ca. 9o ooo Wohnungen des Bezirks sind nur etwa 23 ooo Neubauwohnungen, 68 5oo Wohnungen (= 7o%) haben noch Ofenheizung, 27 ooo (= 29%) haben kein Bad, und 18 5oo (= 2o%) haben nicht einmal eine Toilette in der Wohnung. (Die Angaben stammen vom Jahresende 1976, neuere Erhebungen gibt es nicht!)

Zur mangelhaften Ausstattung kommt der schlechte Erhaltungszustand. Ganze Altbauviertel sind vom Verfall bedroht, weil die Hausbesitzer die Instandhaltung und Instandsetzung über Jahrzehnte hinweg versäumt haben. Die Sanierungsprogramme, die die Gebiete mit besonders schlechtem Wohnungsbestand "heilen" sollten, konnten nur teilweise verwirklicht werden; vielfach förderten sie Spekulation und Verfall , statt sie zu stoppen.

In dieser Situation kommen nun Politiker und Vertreter von Wohnungsbaugesellschaften mit einem scheinbar logischen Lösungsvorschlag: Die Mieten im Altbau sollen drastisch angehoben werden, ja, alle Mieter sollen mehr Geld für die Miete ausgeben oder sich Eigentumswohnungen kaufen - damit die Hausbesitzer mehr Gewinne machen und wieder mehr in den Wohnungsbau investieren, und damit der Senat weniger Subventionen für Wohnungsbau und Modernisierung auszugeben braucht.

Mieten rauf - das ist freilich nichts Neues, sondern seit Jahren praktizierte Politik: Jährliche gesetzliche Mieterhöhungen im Altbau, ständige Mietsprünge im Sozialen Wohnungsbau, beängstigend steigende Mietnebenkosten, Verdoppelung bis Verdreifachung der Mieten nach Modernisierung.
Im Sanierungsgebiet an der Brunnenstraße hat diese Politik zu einem katastrophalen Ergebnis geführt. Wissenschaftler des Deutschen Instituts für Urbanistik ermittelten:

- Mehr als die Hälfte der Mieter, die heute in komfortablen Neubauwohnungen leben, wären lieber in ihrer alten Wohnung geblieben.
- Die Sanierung hat zu einem Bevölkerungsrückgang von 41 % geführt.
- Die kleinen Einzelhandelsgeschäfte wurden durch drastische Mieterhöhungen vertrieben.
- Viele, besonders ältere Menschen fühlen sich nach der Umsetzung isoliert.
- Jeder fünfte Haushalt ist zum Wohngeld- bzw. Sozialhilfeempfänger geworden.
- Mehr als die Hälfte der in Neubauten umgesetzten Mieter findet die neue Miete erheblich zu teuer und muß sich bei Kleidung, Essen und Reisen einschränken.

So stellt sich eine Grundfrage: Kann man, darf man die Mieten einfach immer höher schrauben? Kann man Menschen, gar Familien umsetzen von einer Wohnung in eine andere, in ein anderes Wohngebiet? Was bedeutet die Wohnung für den Menschen?

Ohne Zweifel: Jeder Mensch braucht eine anständige Wohnung. Wer seit Jahren im selben Haus wohnt, der hängt an seiner Wohnung, an den Nachbarn, an der Umgebung. Ohne eine gute und sichere Wohnung kann kein Mensch leben und arbeiten, kann sich keine Familie entwickeln!

Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben: Eine schlechte Wohnung mindert die Bildungschancen, zerstört Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, vermindert die Lebenserwartung.

Eine schöne Wohnung ist deshalb kein Luxusartikel, keine bloße Annehmlichkeit, für die man eben kräftig zahlen muß, wenn man sie sich leisten will. Eine gute Wohnung ist ein lebensnotwendiges Bedürfnis und muß für jeden erschwinglich sein. Deshalb ist das Recht auf Wohnung ausdrücklich in unserer Verfassung verankert, und das bedeutet: Senat und Abgeordnetenhaus haben den Verfassungsauftrag, die Wohnung unter besonderen Schutz zu stellen - Schutz vor Spekulanten, Schutz vor rücksichtsloser Ausbeutung, Schutz vor Rausmodernisierung und Kündigung!

Das ist freilich nur zu verwirklichen, wenn der Senat jenen Hausbesitzern Grenzen setzt, die in ihren Mietshäusern nur eine lukrative Geldquelle sehen. Und das ist außerdem nur dann zu verwirklichen, wenn der Senat Wohnungsbau und Wohnungsbestand auf vernünftige Weise subventioniert. Denn alle Bürger mit guten und billigen Wohnungen zu versorgen, ist ebenso eine Grundaufgabe staatlicher Sozialpolitik, wie die Gesundheitsversorgung und die Bereitstellung von Bildungsmöglichkeiten für alle!

Die Parole "Mieten rauf!" ist aber noch aus einem anderen Grund unvernünftig: Wissenschaftliche Untersuchungen wie auch praktische Erfahrungen haben gezeigt, daß Mieterhöhungen weder Instandhaltung noch Wohnungsneubau sichern.

Die sog. Kostenmieten im Sozialen Wohnungsbau haben inzwischen die Alptraumgrenze von 3o DM je Quadratmeter überschritten. Kein Mensch wird ernsthaft behaupten, die Mieten könnten solange raufgesetzt werden, bis diese Höhe erreicht ist! Im Gegenteil: der Senat muß immer mehr Steuergelder dazubuttern, damit die von den Wohnungsbaugesellschaften errechnete Miete auf eine für die Mieter gerade noch verkraftbare Höhe heruntersubventioniert werden kann. Die Folge: es können für immer mehr Geld nun immer weniger Wohnungen neu gebaut oder modernisiert werden.

Aus diesem Dilemma gibt es nur einen Ausweg. Die Finanzierung des Sozialen Wohnungsbaus über teure Bankkredite abzuschaffen (8o % der Baukosten sind heute reine Zinskosten!!) und die Vergabe von Subventionen gründlich zu überprüfen (für

jeden subventionierten Neubau könnten heute zwei Häuser gebaut werden, wenn das Geld nicht in den Taschen der Spekulanten versickerte!!).

Die Instandhaltung der Altbauwohnungen ist von vielen Hausbesitzern und Wohnungsbaugesellschaften über Jahrzehnte hinweg regelrecht boykottiert worden, obwohl ihnen alljährlich Mieterhöhungen zu diesem Zweck zugestanden wurden und obwohl nachweisbar ist, daß die Mieteinnahmen durchaus ausreichen, um eine regelmäßige Instandhaltung zu ermöglichen.
Noch höhere Mieten nützen also gar nichts, wenn nicht endlich die gesetzliche Instandhaltungspflicht der Hausbesitzer kontrolliert wird: Das Mietrecht schreibt ausdrücklich vor, daß der Mieter durch seine Mietzahlung Anspruch darauf hat, daß Haus und Wohnung vom Vermieter ständig instandgehalten werden!

Hier liegt nach Meinung der Mieterorganisationen der Kern des Problems: Nicht Mieterhöhungen sind der Schlüssel zur Lösung der Wohnungsmisere, sondern die Wiederherstellung einer stärkeren öffentlichen Kontrolle über die Vermietung von Wohnungen, einer strikten Anwendung längst bestehender Gesetze.

Ein Beispiel: Bei seinem Amtsantritt im Dezember 198o verkündete der Weddinger Baustadtrat Lüdtke laut "Berliner Morgenpost": "Ich werde alle Gesetze voll ausschöpfen" - gegen Verwahrlosung und Leerstand. Knapp ein Jahr später ist von solchen Vorsätzen nur noch wenig zu spüren: Seit April weigert sich die GeSoBau, einer Auflage des Bauaufsichtsamts zur Instandsetzung des Eckhauses Edinburger Straße 45/Ofener Straße 7 nachzukommen, doch die Behörde zögert, diese Auflage durch konsequente Ausschöpfung aller gesetzlichen Möglichkeiten endlich durchzusetzen! (siehe den "Tagesspiegel" vom 27.1o.81).

Ein anderes Beispiel: Gegen den Willen der Mieter läßt ein Hausbesitzer in der Triftstraße 4 Modernisierungsarbeiten durchführen. Dabei rücken an einem schönen Morgen plötzlich Arbeiter an, brechen eine Wohnungstür auf, schlagen unter Protest der Mieterin eine Zwischenwand ein - der Mieter der Nachbarwohnung kommt mit einem Schock ins Krankenhaus (siehe "Berliner Morgenpost" vom 23.8.1981).

Das klingt unglaublich - wir sind doch hier nicht im Wilden Westen!? Wir sind es offenbar doch. Zumindest wird mit zweierlei Maß gemessen: Wenn Hausbesetzer mit Steinen schmeißen, sind alle Politiker hellauf empört - bei diesem Hausbesitzer aber blieben empörte Reaktionen aus, obwohl hier bestehende Gesetze brutal verletzt und Leben und Gesundheit der Mieter gefährdet wurden!
Beispiele dieser Art gibt es leider gerade im Wedding viele. Sie stehen selten in der Zeitung, doch in unseren Beratungsstellen sind sie fast alltäglich: Mieterrechte werden mißachtet, Wohnungen stehen gesetzwidrig leer; Häuser werden mutwillig abgerissen, Modernisierungen werden mit üblen Methoden durchgesetzt, Mieter müssen Wuchermieten bezahlen für menschenunwürdige Bruchbuden - die Behördenmühlen aber mahlen langsam; Hausbesitzer und Wohnungsbaugesellschaften können mit Langmut und Nachsicht rechnen.... Ja, es gibt Fälle, wo es scheint, daß die Behörden ihre Aufgaben im Dienst an den Wohnungsbaugesellschaften, statt im Dienst am Menschen sehen: So, wenn die Bauaufsicht in der Sparrstraße 3oo Wohnungen wegen Mängeln für unbewohnbar erklärte und sperren ließ, anstatt endlich die Beseitigung dieser Mängel durchzusetzen!

Auch im Wohnungsbereich zeigt sich, welchen Stellenwert der einzelne Mensch für unsere Gesellschaft hat. Der Mieter hat doch nicht nur vier Wände gemietet, in denen er schlafen und essen kann - sondern die Wohnung ist der Mittelpunkt des Familienlebens, Ort der Entspannung nach Feierabend, Spielraum und Lebensraum für die Kinder. Wie wenig Recht aber gibt man den Mietern, über Wohnung und Haus mitzuentscheiden; wie rücksichtslos wird über ihre Köpfe hinweg entschieden; wie skrupellos werden sie ausgenutzt und ausgenommen! Noch immer ist der Hausbesitzer fast unbeschränkter Herr im Haus, wie zu Kaisers Zeiten; noch immer ist das Mietrecht auf seiner Seite, ist allzuleicht mißbrauchbar, um einfach Menschen einzuschüchtern und gefügig zu machen!

Wer kümmert sich um die Rechte der Mieter? Die meisten kennen ihre Rechte gar nicht, und die wenigsten trauen sich, sie in Anspruch zu nehmen. Wir lernen wenig darüber in der Schule, und für Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen sind Wohnungsprobleme erst dann ein Thema, wenn Spektakuläres zu vermelden ist.

Die Aufgabe, über Mieterrechte aufzuklären, den Mietern bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu helfen, ist fast ausschließlich den Mieterorganisationen und -Initiativen überlassen. Die Wahl von Mietervertretern, die dem einzelnen Mieter Rat und Rückendeckung geben könnten, ist bisher lediglich in Sanierungsgebieten gesetzlich verankert, aber selbst dort noch längst nicht überall durchgesetzt. Dabei waren wir mit der Demokratie in den Mietshäusern schon einmal ein ganzes Stück weiter: Das Recht, Mietervertreter in jedem Haus zu wählen, war im Reichsmietengesetz der 2oer Jahre festgeschrieben und wurde uns erst von den Nazis wieder genommen!

Auch andere Mieterrechte wurden in den letzten Jahren Stück um Stück abgebaut: z.B. die Wohnungsämter in den Bezirken (bis 197o), das Mieterschutzgesetz (1975) - und jetzt soll die Mietpreisbindung für Altbauwohnungen folgen...

Es wird nicht leicht sein, den Abbau der Mieterrechte aufzuhalten und ein wirklich soziales, demokratisches Mietrecht durchzusetzen - ein Mietrecht, das den Menschen, nicht das Geld zum Maß aller Dinge nimmt. Wir werden das nur erreichen, wenn sich viel mehr Mieter entschließen, Mitglied einer Mieterorganisation zu werden: um künftig besser beraten zu sein, um sich geschützt zu wissen, um sich gemeinsam zu wehren!

Gerhard Hess

Mieter wurden evakuiert

Dachstuhl in Wedding nach Stemmarbeiten einsturzreif

Sieben Bewohner des Hauses Triftstraße 4 in Wedding mußten in der Nacht zu Sonnabend evakuiert werden, weil der Dachstuhl einzustürzen drohte. Ursache: Bauarbeiter hatten auf Anordnung der Hausverwaltung im vierten Stock eine 36 Zentimeter dicke tragende Mauer durchbrochen. Die Feuerwehr stützte die gefährdete Dachkonstruktion mit Stahlstempeln ab.

Am Freitagmorgen waren unangemeldet Arbeiter vor der Wohnung der 22jährigen Sabine D. in der vierten Etage erschienen. Sie hatten den Auftrag, einen Durchbruch zur Nachbarwohnung des 20 Jahre alten Ramon M. zu stemmen. Da Sabine D. freiwillig nicht öffnete, brachen die Arbeiter die Wohnungstür auf. Trotz des Protestes der jungen Frau begannen die Stemmarbeiten. Ramon M. wurde davon buchstäblich aus dem Bett geworfen, er kam mit einem Schock in ein Krankenhaus. Die Feuerwehr, die seinetwegen geholt worden war, alarmierte Polizei und Bauaufsicht und ließ die Arbeiten sofort einstellen, weil sie erkannte, daß eine tragende Mauer beschädigt wurde.

Zu spät: Am Freitagabend knisterte es bedrohlich im Dachgebälk des Hauses. Die Bauaufsicht ließ die obere Etage räumen, Weddings Sozialstadtrat Wolfgang Sordgaz (SPD) brachte die Bewohner vorerst in einem Hospiz unter. -de

Berliner Morgenpost
25.8.87

Städtische Häuser verfallen trotz Anordnung der Bauaufsicht weiter

Treuhandgesellschaft fehlen Mittel — Ungewöhnlicher Protest der Mieter

Gleich am Morgen war gestern die Polizei da, Besetzungsalarm. Transparente hingen an der Fassade der Eckhäuser in der Edinburger Straße 45 und Ofener Straße 7 in Wedding. Die Beamten konnten beruhigt wieder abziehen. Nicht „Wir haben instandbesetzt" stand auf den weißen Leinentüchern, sondern „Wir wollen instandgesetzt werden" und „Wo bleibt die Linie der Vernunft?" Die da so öffentlich protestieren sind die Mieter; eine, wie sie selbst sagen „durchwachsene" Hausgemeinschaft, Rentner, Facharbeiter — zwei Weddinger Durchschnittshäuser in ruhiger Lage. Seit langem kämpfen sie darum, daß die Gebäude vor dem Verfall gerettet werden. Im April wies, wie berichtet, die bezirkliche Bauaufsicht die Gesellschaft für Sozialen Wohnungsbau (GeSoBau) an, zu renovieren. Bis jetzt geschah nichts.

Die 1925 errichteten Gebäude gehörten seinerzeit zu den modernsten. Bäder in den meisten Wohnungen, eine Sammelheizung und im Hof eine Tiefgarage mit 20 Stellplätzen. 1977 kaufte der Bezirk das Grundstück um es als Bauland für eine mögliche Erweiterung der benachbarten Schulen in Reserve zu halten. Die GeSoBau übernahm die Gebäude in sein Treuhandvermögen.

Die Fassaden machen einen trostlosen Eindruck. Auf großen Flächen ist der Putz abgefallen, Feuchtigkeit dringt in die Wohnräume. Es gibt zwei Dachgärten. Einer davon ist so schlecht isoliert, daß es in der Wohnung darunter immer naß ist. Unter dem Dach nisten Tauben, weil Fenster kaputt sind. Und im Flur blättert Putz ab.

Im April wies die Bauaufsicht des Bezirkes die sein Eigentum verwaltende Treuhänderin an, für ungefähr 30 000 DM die wichtigsten Arbeiten zu erledigen. Die GeSoBau antwortete einen Monat später, sie habe dafür keine Mittel. Um die Häuser umfassend instandzusetzen und zu modernisieren müßten 2,3 Millionen DM aufgebracht werden, meinte GeSoBau-Geschäftsführer Bock gestern auf Anfrage. Die Gesellschaft will Mittel aus dem Landesmodernisierungsprogramm (LaMod) hierfür beantragen.

Ob ein solcher Antrag bei der guten Ausstattung der Wohnungen durchkommt, ist zweifelhaft. Allerdings werden vom nächsten Jahr an die Mittel für das LaMod zugunsten von Instandsetzungsprogrammen verringert. Möglicherweise hätte die GeSoBau dann eine Chance, hieß es in der Senatsbauverwaltung.

Hinsichtlich der Arbeiten, die schnell vorgenommen werden müßten, ist jetzt die bezirkliche Bauaufsicht am Zuge. Sie könnte, ähnlich wie dies mitunter bei privaten Eigentümern geschieht, eine Ersatzvornahme durchführen, also die Wohnungen isolieren lassen, die Taubenplage beseitigen und schließlich der GeSoBau die Rechnung schicken. Baustadtrat Lüdtke sagte, er sei bereit diesen Weg zu gehen. Die GeSoBau, auch wenn sie treuhänderisch Eigentum des Bezirks verwalte, werde nicht anders behandelt wie jeder andere Hauseigentümer. Man werde erneut eine Mängelbeseitigung anordnen. Handeln muß der Bezirk in jedem Fall. Ihm droht nämlich eine Unterlassungsklage, die der Berliner Mieterverein angekündigt hat.

wk

27.10.87 Tsp.

Rat & Hilfe für Weddinger Mieter,

Informationen & Kontakte zum Aktivwerden:

Adressen von Mieterorgansiationen und -Initiativen

I. Mieterorganisationen

Mieterorganisationen bieten ihren Mitgliedern gegen einen monatlichen Beitrag Beratung und Unterstützung, wann immer es Ärger mit dem Hauseigentümer gibt: z.B. bei Mieterhöhungen, bei Kündigung, bei Mängeln an Haus und Wohnung, bei Modernisierungsmaßnahmen. Sie helfen also überall in unserer Stadt, Mieterrechte durchzusetzen - durch Rechtsberatung in ihren Beratungsstellen, durch Rechtsvertretung vor Gericht, durch Stellungnahmen gegenüber Senat und Abgeordnetenhaus (wenn es um neue Gesetze geht), durch Unterstützung von Hausgemeinschaften und Mieterinitiativen, durch Flugblätter, durch Protestaktionen.
Die Mieterorganisationen finanzieren sich ausschließlich durch die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder, bekommen also für ihre Informationsarbeit vom Senat keinerlei Unterstützung.
Die beiden größten und aktivsten Mieterorganisationen in unserer Stadt sind der Berliner Mieterverein und die Berliner Mietergemeinschaft. Sie haben im Wedding eigene Beratungsstellen.

Berliner Mietergemeinschaft:

Mieterberatung montags 18 bis 19.3o Uhr im Informationszentrum Wedding, Buttmannstraße 5, Tel.: 465 8o 91
Mitgliedsbeitrag: monatlich DM 2,5o
Zusätzlicher Prozeß-Rechtsschutz: monatliche DM 2,oo
Aufnahmegebühr: DM 1,oo
Die Bezirksgruppe Wedding der Berliner Mietergemeinschaft trifft sich montags 2o Uhr im IZ Wedding, Buttmannstraße 5. Jeder, der sich engagieren will, ist zur Mitarbeit herzlich eingeladen. Kontakt über Michael Wefels, Tel.: 452 73 97.

Berliner Mieterverein:

Mieterberatung montags und mittwochs von 16 bis 18 Uhr im alten Rathaus, Müllerstraße 146.
Mitgliedsbeitrag einschließlich Prozeß-Rechtsschutz: monatlich DM 7,5o
Aufnahmegebühr: DM 7,5o

II. Mieterinitiativen

In Mieterinitiativen oder Bürgerinitiativen finden sich Leute zusammen, die ein gemeinsames Problem gemeinsam angehen wollen - z.B. Mieter, die endlich die Instandsetzung ihres Hauses durchsetzen wollen, oder Mieter mehrerer Häuser, die alle von einem Spekulanten aufgekauft worden sind, oder die Bewohner einer Straße, die Sanierungsgebiet werden soll.

Die Mieterinitiativen finanzieren sich ausschließlich durch Eigenleistungen und Spenden; Senatszuschüsse bekommen sie nur dann, wenn sie gleichzeitig als Betroffenenvertretung in einem Sanierungsgebiet gewählt und anerkannt sind. (Nach dem Städtebauförderungsgesetz sollen in den Sanierungsgebieten sog. Betroffenenvertretungen gewählt werden, in denen Vertreter der betroffenen Mieter, aber auch der betroffenen Hausbesitzer, Gewerbetreibenden und Arbeitnehmer sitzen. Diese Betroffenenvertretungen gibt es aber trotz Gesetz noch immer nicht in allen Sanierungsgebieten).

In den Mieterinitiativen ist jeder zur Mitarbeit willkommen. Man kann sich dort auch jederzeit Rat und Informationen holen.

Bürgerinitiative Wedding (und Betroffenenvertretung):

Liebenwalder Straße 16, Tel.: 455 44 4o
Bürgerberatung: Di 17.3o - 18.3o mit türkischer Dolmetscherin
Mi u. Do 17 - 19.oo,
Fr 11 - 12.oo Uhr
Sanierungsgruppe Schulstraße der BI Wedding: donnerstags, 19 Uhr, im Laden.

Bürgerinitiative Neue Hochstraße (und Betroffenenvertretung Neue Hochstraße):

dienstags, Neue Hochstraße 53,
Kontakt-Tel.: 461 42 98 oder 465 75 86

Büro für stadtteilnahe Sozialplanung (BFSS):

Müllerstraße 155, Tel.: 461 77 71
Sprechstunde dienstags 17 - 19 Uhr

Eine Organisation, die vom Senat finanziert wird und mit der Beratung und Betreuung von Mietern in Sanierungsgebieten beauftragt worden ist.

Informationszentrum Wedding e.V. (IZ):

Buttmannstraße 5, Tel.: 465 8o 91

Eine Bürgerinitiative, die die Weddinger Neue Zeitung (WNZ) herausgibt. Öffentliche Redaktionssitzung ist jeden Freitag ab 19 Uhr.

Mietergruppe Grüntaler Straße:

Kontakt-Tel.: Angelika von Hoff
465 55 49

Mieterinitiative Exerzierstraße (und Betroffenenvertretung Exerzierstraße):

Kontakt-Tel.: Ina Heinze 4684169 (tags),
492 21 o7 (abends)

Mieterinitiative Sparrstraße (und Betroffenenvertretung Sparrstraße):

Jeden 1. Montag im Monat, Sparrstraße 22, Hinterhaus, 3. Stock bei Wolfermann.

Mieterinitiative Stettiner Straße / Biesentaler Straße:

Kontakt-Tel.: Horst Lange 493 18 76

LITERATUR

Zitierte Literatur:

Arbeiter-Illustrierte-Zeitung 48/1931 (Die deutschen Filipows).

Arbeiter-Illustrierte-Zeitung, 13.11.1932 (Selbsthilfe gegen Wohnungselend).

Bahr, Hans-Eckehard: Heimat - Annäherung an Totgeglaubtes. Frankfurter Hefte 6/1977

Bauwelt 44/1979 (Berlins "Schrippenkirche" in Gefahr).

Berlin und seine Bauten. Berlin 1896.

Berlin und seine Bauten, Teil IV, Bd. B. Die Wohngebäude - Mehrfamilienhäuser, hg.v. Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin, Berlin - München - Düsseldorf 1974

Bezirksamt Wedding: Links und rechts der Panke, Berlin 1961

Bezirksamt Wedding: Unser Bezirk im Aufbau 1959 - 1962. Berlin, o.J.

Bezirksamt Wedding: Der Wedding zwischen gestern und heute, Berlin, o.J. (1962)

Bezirksamt Wedding: 5o Jahre Rathaus Wedding. Berlin 198o.

Deutsches Institut für Urbanistik: Wirkungsanalyse von Sanierungsmaßnahmen: Gebietsstruktur und soziale Lage. Kurzfassung. Berlin 198o.

Hegemann, Werner: Das steinerne Berlin. Berlin 193o.

Kessler, Harry Graf: Die Kinderhölle in Berlin. Berlin 1921. Erstausgabe: Die deutsche Nation. Sonderheft November 192o).

Meyer, Hannes: Aus dem Reisetagebuch eines Architekten.

Architektura SSSR 1/1933. Nachdruck: Neue Gesellschaft f. Bildende Kunst: Wem gehört die Welt - Kunst und Gesellschaft in der Weimarer Republik. Berlin 1977. S. 157

Noack, Victor: Kulturschande. Die Wohnungsnot als Sexualproblem. Berlin 1925.

Reyher, Lutz: Die wirtschaftliche Struktur Westberliner Sanierungsgebiete. Berlin 1966.
Reyher, Lutz: Die wirtschaftliche Struktur Westberliner Sanierungsgebiete. Berlin 1966.
Rote Fahne, 6.1.1933 (Rote Streikfahnen im "Meyershof")

Rote Fahne, 8.1.1933 (Wir wollen im Meyershof nicht verrecken)

Senator für Bau- und Wohnungswesen: 13. Bericht über Stadterneuerung 1.1.1975 - 31.12.1977. Berlin 1978.

Senator für Bau- und Wohnungswesen: Bericht über das Ergebnis der vorbereitenden Untersuchungen für den Untersuchungsbereich Wedding-Courbièreplatz. Berlin 1979.

Senator für Bau- und Wohnungswesen: Stadterneuerung Wedding, Sanierungszeitung Nr. 4, 1980.

Schimmler, Bernd: Der Wedding anno dunnemals. Berlin 1980.

Schwab, Alexander: Das Buch vom Bauen. Berlin 1930.

SPD Wedding: Wahlkampfbroschüre 1981

Suchsdorf, Otto: Geschichte des Gesundbrunnens. Berlin 1891.

Wagner, Martin: Das wachsende Haus. Ein Beitrag zur Lösung der städtischen Wohnungsfrage. Berlin, Leipzig 1932.

Zapf, Katrin: Rückständige Viertel. Frankfurt a.M. 1969.

Weitere Literatur:

Nagel, Otto: Die weiße Taube oder Das nasse Dreieck. München 1979.

Neukrantz, Klaus: Barrikaden am Wedding. Berlin 1978.

Stenbock-Fermor, Alexander Graf: Deutschland von unten. Luzern, Frankfurt a.M. 1980. (Erstausgabe Stuttgart 1931).

„Berlin erstickt in dem steinernen Sarge, in den es gezwängt wurde und den es selber bauen half. Die folgenden Bilder und Druckseiten schildern diesen Sarg, sowie die Kräfte, die ihn bauten und die ihn hoffentlich zerbrechen, aber sie schildern auch die Übermacht des bürokratischen Schlendrians und die fast zwangsweise Gleichgültigkeit der in Mietkasernen und Paragraphen erstickenden Opfer dieser Bürokratie, die Berlins Neugestaltung zu verhindern droht, nachdem sie die Kraft zur Neugestaltung vielleicht schon vernichtet hat." (Werner Hegemann, 1930)